

The background is a solid blue color. On the left side, there is a stylized white graphic of a pen nib pointing downwards. A thin white vertical line runs parallel to the pen nib. In the center, there are two overlapping white rectangular boxes containing text.

Verkaufsprospekt

**Unternehmensbericht**





## VERKAUFSPROSPEKT

für

**Euro 2.000.000,-**  
**Stück 2.000.000 Inhaberstammaktien**  
**ohne Nennbetrag (Stückaktien)**

aus der am 12. April 1999 beschlossenen Kapitalerhöhung um Euro 2.000.000,-

sowie für

**Euro 1.273.055,-**  
**Stück 1.273.055 Inhaberstammaktien**  
**ohne Nennbetrag (Stückaktien)**  
aus dem Eigentum der abgebenden Altaktionäre

sowie für bis zu

**Euro 490.957,-**  
**Stück 490.957 Inhaberstammaktien**  
**ohne Nennbetrag (Stückaktien)**  
aus dem Eigentum der abgebenden Altaktionäre im Hinblick auf die den Konsortialbanken eingeräumte Mehrzuteilungsoption ("Greenshoe")

und zugleich

## UNTERNEHMENSBERICHT

für

**Euro 12.730.000,-**  
**Stück 12.730.000 Inhaberstammaktien**  
**ohne Nennbetrag (Stückaktien)**

**mit einem rechnerischen Nennbetrag**  
**(auf eine Stückaktie anteilig entfallender Betrag am Grundkapital)**  
**von jeweils Euro 1 und jeweils mit voller Gewinnberechtigung**  
**ab dem 1. Januar 1999**

der

**TELEGATE AG**  
**Planegg (Landkreis München)**

für die Zulassung zum Geregelteten Markt mit Aufnahme des Handels

**im Neuen Markt**

an der Frankfurter Wertpapierbörse  
-Wertpapier-Kenn-Nummer 511 880-  
-ISIN Code DE 000 511 880 6-  
-Common Code 9633421-

**20. April 1999**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>ALLGEMEINE INFORMATIONEN</b> .....	4
VERANTWORTLICHKEIT FÜR DEN INHALT DES PROSPEKTS.....	4
EINSICHTNAHME IN UNTERLAGEN.....	4
GEGENSTAND DES PROSPEKTS.....	4
<b>ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS</b> .....	5
DIE GESELLSCHAFT.....	5
AUSGEWÄHLTE KONSOLIDIERTE UNTERNEHMENSDATEN.....	5
ZUSAMMENFASSUNG DES ANGBOTS.....	7
<b>DAS ANGEBOT</b> .....	10
ALLGEMEINES.....	10
BEVORRECHTIGTE ZUTEILUNG.....	11
STIMMRECHT.....	11
GEWINNBERECHTIGUNG.....	11
BÖRSENNOTIERUNG.....	11
VERWENDUNG DES PLAZIERUNGSERLÖSES.....	11
LIEFERBARKEIT UND ABRECHNUNG.....	12
<b>RISIKOFAKTOREN</b> .....	13
KURZE UNTERNEHMENSDAUER; ANLAUFVERLUSTE.....	13
RISIKEN BEI DER ERSCHLIEßUNG NEUER GESCHÄFTSFELDER.....	13
ABHÄNGIGKEIT VON DTAG.....	14
RISIKEN BEI DER ABRECHNUNG DURCH DTAG.....	14
WETTBEWERB.....	14
FEHLENDE VERTRAGLICHE KUNDENBINDUNG.....	14
TECHNOLOGISCHER WANDEL UND WETTBEWERB DURCH ALTERNATIVE MEDIEN.....	14
ABHÄNGIGKEIT VON BESONDERS WICHTIGEN MITARBEITERN.....	15
ABHÄNGIGKEIT VON INFORMATIONSSYSTEMEN.....	15
JAHR 2000.....	15
DERZEITIGE AKTIONÄRE UND ZUKÜNFTIGE AKTIENVERKÄUFE; KONTROLLE DER GESELLSCHAFT.....	15
NEUER MARKT, FEHLEN EINES ÖFFENTLICHEN MARKTS UND MÖGLICHE VOLATILITÄT DES AKTIENPREISES.....	16
ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN.....	16
<b>VERLUSTVORTRÄGE/DIVIDENDENPOLITIK</b> .....	17
<b>KAPITALAUSSTATTUNG</b> .....	18
<b>DARSTELLUNG UND ANALYSE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG</b> .....	19
AUSGEWÄHLTE KONSOLIDIERTE UNTERNEHMENSDATEN.....	20
ERGEBNIS DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT.....	20
ANALYSE DER ENTWICKLUNG DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT.....	22
LIQUIDITÄT UND KAPITALAUSSTATTUNG.....	24
<b>GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b> .....	26
EINFÜHRUNG.....	26
STRATEGIE.....	26
WIRTSCHAFTLICHES UND REGULATORISCHES UMFELD.....	27
ANGEBOTENE DIENSTLEISTUNGEN.....	29
NETZWERK, CALL-CENTER UND DATENBASIS.....	30
KUNDEN.....	32
VERTRIEB UND MARKETING.....	32
ABRECHNUNGSSYSTEM.....	32
WETTBEWERBER.....	32

LIZENZEN .....	33
WESENTLICHE VERTRÄGE .....	33
RECHTSSTREITIGKEITEN .....	34
MITARBEITER .....	34
GRUNDBESITZ .....	35
LAUFENDE UND ZUKÜNFTIGE INVESTITIONEN .....	35
<b>ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE GESELLSCHAFT .....</b>	<b>36</b>
HANDELSREGISTEREINTRAGUNG; SITZ DER GESELLSCHAFT .....	36
GRÜNDUNG .....	36
GESCHÄFTSJAHR .....	36
GEGENSTAND DER GESELLSCHAFT .....	36
GRUNDKAPITAL UND AKTIEN .....	36
DIVIDENDEN UND GESETZLICHE RÜCKLAGEN .....	38
MITTEILUNGS- UND BEKANNTMACHUNGSPFLICHTEN .....	39
ERWERB EIGENER AKTIEN DURCH DIE GESELLSCHAFT .....	39
ALTAKTIONÄRE .....	39
ORGANE .....	41
BEKANNTMACHUNGEN, ZAHL- UND HINTERLEGUNGSSTELLE .....	44
DIVIDENDEN .....	44
<b>AUFLÖSUNG .....</b>	<b>45</b>
<b>ABSCHLUSSPRÜFER .....</b>	<b>45</b>
<b>MARKTINFORMATIONEN .....</b>	<b>46</b>
<b>BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND .....</b>	<b>47</b>
<b>FINANZTEIL .....</b>	<b>49</b>
<b>BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS ZU DEN KONSOLIDierten ABSCHLÜSSEN UND KONSOLIDierten KAPITALFLUSSRECHNUNGEN FÜR DIE GESCHÄFTSJAHERE 1997 UND 1998 (U.S. GAAP) .....</b>	<b>64</b>
<b>BESTÄTIGUNGSVERMERKE DES ABSCHLUSSPRÜFERS ZU DEN EINZELABSCHLÜSSEN FÜR DIE GESCHÄFTSJAHERE 1996, 1997 UND 1998 (HGB) .....</b>	<b>80</b>
<b>GESCHÄFTSENTWICKLUNG UND AUSBLICK .....</b>	<b>82</b>

## ALLGEMEINE INFORMATIONEN

### Verantwortlichkeit für den Inhalt des Prospekts

Die Telegate AG (“Gesellschaft” oder “Telegate”) und die am Ende dieses Verkaufsprospektes/ Unternehmensberichtes (“Prospekt”) aufgeführten Banken übernehmen gemäß § 13 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz i.V.m. bzw. gemäß §§ 77, 45 Börsengesetz die Verantwortung für den Inhalt des Prospektes und erklären hiermit, daß ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

### Einsichtnahme in Unterlagen

Die in diesem Prospekt erwähnten, die Gesellschaft betreffenden Unterlagen sowie die zukünftigen Geschäftsberichte und Zwischenberichte können während der üblichen Geschäftszeiten bei der Gesellschaft, Fraunhoferstr. 20, 82152 Planegg-Martinsried, sowie in den Geschäftsräumen der Morgan Stanley Bank AG, Rahmhofstr. 2-4, 60313 Frankfurt am Main, eingesehen werden.

### Gegenstand des Prospekts

Gegenstand des Prospekts als Verkaufsprospekt sind auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von nennwertlosen Stückaktien der Gesellschaft mit einem rechnerischen Nennbetrag (das ist der auf eine einzelne Aktie entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals) von jeweils Euro 1 (“Aktien”), und zwar (a) Stück 2.000.000 Aktien (mit einem rechnerischen Gesamtnennbetrag von Euro 2.000.000,-) aus der am 12. April 1999 beschlossenen Kapitalerhöhung der Gesellschaft um Euro 2.000.000,-, (b) Stück 1.273.055 Aktien (mit einem rechnerischen Gesamtnennbetrag von Euro 1.273.055,-) aus dem Eigentum der abgebenden Altaktionäre sowie (c) bis zu Stück 490.957 Aktien (mit einem rechnerischen Gesamtnennbetrag von bis zu Euro 490.957,-) im Hinblick auf die den Konsortialbanken eingeräumte Mehrzuteilungsoption (“Greenshoe”) aus dem Eigentum der abgebenden Altaktionäre, jeweils mit voller Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 1999.

Gegenstand dieses Prospektes als Unternehmensbericht ist das gesamte Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von Euro 12.730.000,- (nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung um Euro 2.000.000,-), eingeteilt in Stück 12.730.000 auf den Inhaber lautenden Stammaktien in Form von nennwertlosen Stückaktien der Gesellschaft mit einem rechnerischen Nennbetrag von jeweils Euro 1, jeweils mit voller Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 1999.

## ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS

Die folgende Zusammenfassung wird durch die an anderer Stelle des Prospekts enthaltenen Informationen und durch die Jahresabschlüsse ergänzt.

### **Die Gesellschaft**

Telegate bietet bundesweit Auskunftsdienstleistungen unter der Rufnummer 11 88 0 an. Die Gesellschaft wurde im August 1996 gegründet und baute zunächst ihr erstes Call-Center in Neubrandenburg auf. Seit Dezember 1996 bietet Telegate bundesweit Auskunftsdienstleistungen über das Festnetz an; zunächst über die Rufnummer 0 11 99, seit Oktober 1997 über die neue Rufnummer 11 88 0. Seit dem 1. Januar bzw. 1. Februar 1998 ist Telegate über die Rufnummer 11 88 0 auch über Mobilfunk aus dem D2- sowie dem D1-Netz und seit dem 1. April 1998 aus dem e-plus-Netz erreichbar. Ende März 1999 verfügte Telegate über 6 Call-Center, aus denen Informationsdienstleistungen erbracht werden. Im ersten Quartal 1999 bediente Telegate 19,5 Millionen Anrufer und wickelte damit in der Spitze 300.000 Anrufe pro Tag ab. Neben dem Kerngeschäftsfeld Auskunftsdienstleistungen bietet Telegate weitere Dienstleistungen wie den Zugang zu Servicenummern, Wetterauskunft und Weitervermittlung an.

Das Ziel von Telegate besteht darin, der führende alternative Anbieter von Telefonauskunftsdienstleistungen neben der Deutsche Telekom AG und ein führender Anbieter sonstiger Informationsdienstleistungen in Deutschland zu werden. Telegate setzt hierbei auf die derzeitigen Vorteile des Telefons gegenüber dem Internet in den Bereichen Marktdurchdringung, Nutzerfreundlichkeit und Abrechnung. Telegate beabsichtigt weiter, Informationsdienstleistungen mittelfristig auch im Ausland anzubieten und ihre technische Infrastruktur dazu zu benutzen, auch Sprachtelefondienstleistungen mit Spezialtarifen zu erbringen.

### **Ausgewählte konsolidierte Unternehmensdaten**

Die nachfolgenden ausgewählten konsolidierten Finanzdaten aus den konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnungen sowie den konsolidierten Bilanzen sind nach U.S. GAAP (US-amerikanische Rechnungslegungsgrundsätze) erstellt worden. Zum Umfang der Prüfung siehe "Finanzteil – Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers zu den konsolidierten Abschlüssen und den konsolidierten Kapitalflußrechnungen für die Geschäftsjahre 1997 und 1998 (U.S. GAAP)".

**Geschäftsjahr zum  
31. Dezember**

	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>(TDM)</i>	<i>(TDM)</i>
<b>Ausgewählte Daten aus der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung nach U.S. GAAP:</b>		
Umsatzerlöse .....	79.361	10.270
Bruttoergebnis vom Umsatz .....	24.547	-1.281
Kosten für Werbung .....	26.620	9.403
Abschreibungen .....	5.421	2.241
Personalkosten .....	6.216	2.805
Jahresfehlbetrag .....	-23.599	-20.263

**Geschäftsjahr zum  
31. Dezember**

	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>(TDM)</i>	<i>(TDM)</i>
<b>Ausgewählte Daten aus der konsolidierten Bilanz nach U.S. GAAP:</b>		
Liquide Mittel .....	7.412	6.870
Nettoumlaufvermögen .....	-10.118	-3.400
Bilanzsumme .....	41.380	21.398
Eigenkapital .....	-11.207	-11.381
<i>Statistische Angaben:</i>		
Durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter .....	1.002	113



## Zusammenfassung des Angebots

Angebotene Aktien:	Das Angebot umfaßt (a) Stück 2.000.000 Aktien aus einer Kapitalerhöhung um Euro 2.000.000,- durch Ausgabe von Stück 2.000.000 Aktien, die am 12. April 1999 beschlossen und gezeichnet und am 16. April 1999 in das Handelsregister eingetragen wurde, sowie (b) Stück 1.273.055 Aktien aus dem Eigentum der abgebenden Altaktionäre. Zu den Einzelheiten des Umfangs der Veräußerung durch bestimmte Altaktionäre siehe "Allgemeine Informationen über die Gesellschaft – Altaktionäre".
Mehrzuteilungsoption:	Bestimmte abgebende Altaktionäre haben den Konsortialbanken die Option eingeräumt, zur Deckung von Überzuteilungen weitere bis zu insgesamt 490.957 Aktien zu übernehmen ("Mehrzuteilungsoption" oder "Greenshoe"). Die Mehrzuteilungsoption kann voraussichtlich innerhalb von dreißig Kalendertagen nach Aufnahme der Notierung der Aktien im Neuen Markt von Morgan Stanley Bank AG ausgeübt werden.
Globaler Koordinator und Konsortialbanken:	Morgan Stanley Bank AG, Frankfurt am Main ("Morgan Stanley") ist der globale Koordinator und Konsortialführer des Angebots. Weitere Konsortialbanken sind DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank AG, Credit Suisse First Boston Aktiengesellschaft, Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bankhaus Reuschel & Co. und Landesbank Sachsen Girozentrale (zusammen "Konsortialbanken").
Das Angebot:	Das Angebot bestand aus einem öffentlichen Angebot der Aktien in der Bundesrepublik Deutschland und einer Privatplazierung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika durch die Konsortialbanken unter Führung von Morgan Stanley in der Zeit vom 13. bis zum 20. April 1999 ("Angebot"). Die Anzahl der angebotenen Aktien kann im Rahmen der Mehrzuteilungsoption erhöht werden.
Preisspanne, Kaufpreis und Anzahl der zugeteilten Aktien:	Der Kaufpreis pro Aktie wurde mit Hilfe des im Bookbuilding-Verfahren erstellten Orderbuchs bestimmt. Der Preisrahmen, innerhalb dessen Kaufangebote abgegeben werden konnten, betrug Euro 23,50 bis Euro 27 pro Aktie. Der Kaufpreis pro Aktie wurde von Morgan Stanley zusammen mit der Gesellschaft und den Altaktionären am 20. April 1999 auf Euro 27,- festgelegt. Der Kaufpreis wird voraussichtlich am 22. April 1999 in der Börsen-Zeitung, der Frankfurter Allgemeine Zeitung und im Handelsblatt veröffentlicht. Anleger, die ihren Kaufantrag über eine Konsortialbank gestellt haben, können die Anzahl der jeweils zugeteilten Aktien voraussichtlich ab dem 21. April 1999 bei dieser Konsortialbank in Erfahrung bringen. Der Kaufpreis ist voraussichtlich am 26. April 1999 zu zahlen.
Grundkapital nach Kapitalerhöhung:	Euro 12.730.000,-
Prozentsatz des angebotenen Grundkapitals:	25,71% (29,57%, wenn die Mehrzuteilungsoption voll ausgeübt wird).
Altaktionäre:	Vor Abschluß des Angebots wird das Grundkapital der Gesellschaft von der Telegate Holding GmbH, Planegg (Landkreis München), der RED LINE Telekommunikations GmbH, Miltenberg, der THC Century AG, Liechtenstein, der Sachsen LB Corporate Finance Holding GmbH, Leipzig, sowie Herrn Peter Wünsch, Herrn Dr. Klaus Harisch, Herrn Dr. Christian Schwarz-Schilling sowie Herrn Dirk Roesing (zusammen "Altaktionäre") gehalten. Von diesen werden im Zuge des Angebotes die RED LINE Telekommunikations GmbH und die THC Century AG und bei vollständiger Ausübung der Mehrzuteilungsoption auch die

Sachsen LB Corporate Finance Holding GmbH (zusammen “abgebende Altaktionäre”) insgesamt bis zu 1.764.012 Aktien verkaufen. Im unmittelbaren Anschluß an das Angebot werden die Altaktionäre zusammengenommen 74,29% der ausstehenden Aktien halten (70,43%, wenn die Mehrzuteilungsoption voll ausgeübt wird). Siehe hierzu sowie zu den Einzelheiten des Umfangs der Veräußerung durch einzelne Altaktionäre “Allgemeine Informationen über die Gesellschaft – Altaktionäre”.

Marktschutzvereinbarung:

Die Altaktionäre und die Gesellschaft haben sich nach dem Regelwerk des Neuen Marktes verpflichtet, unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des nationalen Aktienrechts innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ab dem Datum der Zulassung der Aktien zum Neuen Markt keine Aktien direkt oder indirekt anzubieten, zu veräußern, dieses anzukündigen oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, die einer Veräußerung wirtschaftlich entsprechen. Auf begründeten Antrag kann die Deutsche Börse AG nach dem Regelwerk des Neuen Marktes die Gesellschaft von der vorstehenden Verpflichtung befreien.

In Ergänzung dieser Marktschutzvereinbarung nach dem Regelwerk des Neuen Marktes haben sich die Altaktionäre sowie die Gesellschaft verpflichtet, einen Befreiungsantrag gegenüber der Deutsche Börse AG nur mit Zustimmung von Morgan Stanley zu stellen. Die Telegate Holding GmbH hat sich gegenüber Morgan Stanley vertraglich verpflichtet, in einem Zeitraum von weiteren 6 Monaten nach Ablauf des Marktschutzes gemäß Regelwerk Neuer Markt Aktien nur insoweit zu verkaufen, als dies nicht zu einer Reduzierung ihres Anteils an der Gesellschaft auf weniger als 50% + 1 Aktie führt; die Altaktionäre Peter Wünsch und Dr. Klaus Harisch haben sich ergänzend verpflichtet, in dem vorgenannten Zeitraum keine Aktien zu veräußern. Die RED LINE Telekommunikations GmbH und die THC Century AG haben sich ergänzend verpflichtet, in dem vorgenannten Zeitraum (weitere 6 Monate nach Ablauf des Marktschutzes gemäß Regelwerk Neuer Markt) maximal Aktien mit einem rechnerischen Nennbetrag von jeweils 0,25% des Grundkapitals der Gesellschaft zu veräußern. Die Altaktionäre Dirk Roesing und Dr. Christian Schwarz-Schilling haben sich verpflichtet, in dem vorgenannten Zeitraum jeweils maximal 50% ihres Aktienbesitzes zu veräußern.

Verwendung des  
Platzierungserlöses:

Der Gesellschaft fließt im Rahmen des Angebots der Platzierungserlös aus der Kapitalerhöhung um nominal Euro 2.000.000,- abzüglich der von der Gesellschaft zu tragenden Platzierungskosten (siehe dazu “Das Angebot”) zu. Der Nettoerlös dient der Stärkung der Bilanzrelationen und soll als Betriebskapital sowie zur Finanzierung des weiteren Wachstums und für allgemeine Gesellschaftszwecke verwendet werden. Siehe noch “Das Angebot – Verwendung des Platzierungserlöses”. Der Platzierungserlös aus dem Verkauf von 1.273.055 Aktien (1.764.012 Aktien im Fall der vollständigen Ausübung der Mehrzuteilungsoption) kommt den abgebenden Altaktionären abzüglich der von diesen zu tragenden Platzierungskosten zugute.

Gewinnberechtigung:

Die angebotenen Aktien sind jeweils für das gesamte Geschäftsjahr 1999, d.h. ab dem 1. Januar 1999 voll gewinnberechtigt.

Dividende:

Aufgrund vorgetragener Verluste und einer im März 1999 beschlossenen Kapitalherabsetzung wird die Gesellschaft aus rechtlichen Gründen gehindert sein, in naher Zukunft Dividenden zu zahlen. Siehe unten “Verlustvorträge/Dividendenpolitik”. Die Gesellschaft beabsichtigt im übrigen, in absehbarer Zeit keine Dividendenzahlungen vorzunehmen. Vorstand und Aufsichtsrat werden vielmehr der Hauptversammlung

vorschlagen, etwaige Gewinne, soweit rechtlich zulässig, zur Finanzierung der weiteren Entwicklung und des weiteren Wachstums der Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft zu thesaurieren.

Bevorrechtigte Zuteilung:	Im Rahmen des Angebots werden Mitarbeitern der Gesellschaft insgesamt 56.500 Aktien zur bevorrechtigten Zeichnung angeboten. Darüber hinaus werden insgesamt 26 Personen, die entweder Mitarbeiter von Altaktionären oder der Gesellschaft bzw. Altaktionären nahestehende Personen sind, Aktien mit einem Kaufpreis von insgesamt bis zu Euro 1,025 Mio. zur bevorrechtigten Zeichnung angeboten. Siehe noch "Das Angebot – Bevorrechtigte Zuteilung".
Stimmrechte:	Jede Aktie gewährt eine Stimme. Beschränkungen der Stimmrechte bestehen nicht.
Börsenzulassung:	Das gesamte Grundkapital, das nach der Eintragung der Durchführung der am 12. April 1999 beschlossenen Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital Euro 12.730.000,- beträgt, ist am 20. April 1999 zum Regierten Markt mit Aufnahme des Handels im Neuen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen worden. Die Aufnahme der Notierung im Neuen Markt ist für den 22. April 1999 vorgesehen.
Lieferung/Abrechnung:	<p>Die Lieferung der Aktien gegen Zahlung erfolgt voraussichtlich am 26. April 1999. Die Aktien werden in einer oder mehreren Globalurkunden verbrieft, die bei der Deutsche Börse Clearing AG ("DBC") hinterlegt werden. Ein Stückedruck für effektive Aktienurkunden ist nicht vorgesehen.</p> <p>Auf Grund des Angebots erworbene Aktien können nach Wahl der Anleger entweder einem Konto einer Bank bei der DBC als Wertpapiersammelbank oder einem Konto eines Teilnehmers des durch Morgan Guaranty Trust Company of New York, Niederlassung Brüssel, betriebenen Euroclear-Systems ("Euroclear") oder bei der Cedelbank, société anonyme ("Cedelbank") zugunsten des Anlegers gutgeschrieben werden. Siehe noch "Das Angebot – Lieferbarkeit und Abrechnung".</p>
Vorgesehenes Kürzel für den Neuen Markt:	TGT

## DAS ANGEBOT

### Allgemeines

Die im Rahmen dieses Prospektes angebotenen Aktien waren Bestandteil eines Angebots von insgesamt 3.273.055 Stück Aktien (bzw. 3.764.012 Stück Aktien, falls die nachfolgend beschriebene Mehrzuteilungsoption vollständig ausgeübt wird). Die Aktien wurden in der Zeit vom 13. bis zum 20. April 1999 in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich angeboten sowie außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika privat plaziert.

Im Übernahmevertrag hat sich die Gesellschaft verpflichtet, an die unten aufgeführten Konsortialbanken Aktien zum Ausgabebetrag von Euro 1 pro Aktie auszugeben, bzw. werden sich die abgebenden Altaktionäre verpflichten, an diese Konsortialbanken Aktien zu verkaufen, und die Konsortialbanken werden sich einzelschuldnerisch (jeweils für sich) verpflichten, die unten aufgeführte Anzahl von Aktien zu erwerben:

	<u>Anzahl der Aktien</u>
Morgan Stanley Bank AG.....	1.800.181
DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank AG.....	654.611
Credit Suisse First Boston Aktiengesellschaft.....	294.575
Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien.....	196.383
Bankhaus Reuschel & Co.....	196.383
Landesbank Sachsen Girozentrale.....	130.922

Der Preisrahmen, innerhalb dessen Kaufangebote abgegeben werden können, belief sich auf Euro 23,50 bis Euro 27 pro Aktie. Der Kaufpreis der Aktien wurde mit Hilfe des im Bookbuilding-Verfahren erstellten Orderbuchs von Morgan Stanley in Abstimmung mit der Gesellschaft und den Altaktionären am 20. April 1999 auf Euro 27,- festgelegt. Der Kaufpreis wird voraussichtlich am 22. April 1999 in der Börsen-Zeitung, der Frankfurter Allgemeine Zeitung und im Handelsblatt veröffentlicht. Anleger, die ihren Kaufauftrag an eine Konsortialbank gestellt haben, können die Anzahl der jeweils zugeteilten Aktien voraussichtlich ab dem 21. April 1999 bei dieser Konsortialbank erfahren. Der Kaufpreis ist voraussichtlich am 26. April 1999 zu zahlen. Die Lieferung der Aktien gegen Zahlung erfolgt voraussichtlich am 26. April 1999 (vgl. "Lieferung und Abrechnung").

Stück 2.000.000 der angebotenen Aktien stammen aus einer am 12. April 1999 beschlossenen Barkapitalerhöhung. Stück 1.273.055 (bzw. Stück 1.764.012 im Fall der vollständigen Ausübung der Mehrzuteilungsoption) der angebotenen Aktien stammen aus dem Eigentum der abgebenden Altaktionäre.

Im Übernahmevertrag wurde den Konsortialbanken die Option eingeräumt, in einem Zeitraum von 30 Tagen beginnend mit dem Tag der Aufnahme der Notierung der Aktien im Neuen Markt insgesamt bis zu 490.957 Stück Aktien aus dem Eigentum bestimmter abgebender Altaktionäre zu dem an anderer Stelle im Prospekt genannten Kaufpreis abzüglich Übernahmevergütung und -provision zu erwerben (Mehrzuteilungsoption oder auch Greenshoe). Weiterhin haben diese Altaktionäre den Konsortialbanken die Option eingeräumt, die darlehensweise Überlassung von bis zu 490.957 Stück Aktien für einen Zeitraum von bis zu 35 Kalendertagen nach Aufnahme der Notierung der Aktien im Neuen Markt zu verlangen. Die Wertpapierleihe kann ganz oder teilweise durch Ausübung der Mehrzuteilungsoption zurückgeführt werden.

Die Altaktionäre und die Gesellschaft haben sich nach dem Regelwerk des Neuen Marktes verpflichtet, unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des nationalen Aktienrechts innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ab dem Datum der Zulassung der Aktien zum Neuen Markt keine Aktien direkt oder indirekt anzubieten, zu veräußern, dies anzukündigen oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, die einer Veräußerung wirtschaftlich entsprechen. Auf begründeten Antrag kann die Deutsche Börse AG nach dem Regelwerk des Neuen Marktes die Gesellschaft von vorstehender Verpflichtung befreien.

In Ergänzung dieser Marktschutzvereinbarung nach dem Regelwerk des Neuen Marktes haben sich die Altaktionäre sowie die Gesellschaft verpflichtet, einen Befreiungsantrag gegenüber der Deutsche Börse AG nur mit Zustimmung von Morgan Stanley zu stellen. Die Telegate Holding GmbH hat sich gegenüber Morgan Stanley vertraglich verpflichtet, in einem Zeitraum von weiteren 6 Monaten nach Ablauf des Marktschutzes gemäß Regelwerk Neuer Markt Aktien nur insoweit zu verkaufen, als dies nicht zu einer Reduzierung ihres Anteils an der Gesellschaft auf weniger als 50% + 1 Aktie führt; die Altaktionäre Peter Wunsch und Dr. Klaus Harisch haben sich ergänzend verpflichtet, in dem vorgenannten Zeitraum keine Aktien zu veräußern. Die RED LINE Telekommunikations GmbH und die THC Century AG haben sich ergänzend verpflichtet, in dem vorgenannten Zeitraum (weitere 6 Monate nach Ablauf des Marktschutzes gemäß Regelwerk Neuer Markt)

maximal Aktien mit einem rechnerischen Nennbetrag von jeweils 0,25% des Grundkapitals der Gesellschaft zu veräußern. Die Altaktionäre Dirk Roesing und Dr. Christian Schwarz-Schilling haben sich verpflichtet, in dem vorgenannten Zeitraum jeweils maximal 50% ihres Aktienbesitzes zu veräußern.

Im Übernahmevertrag hat sich die Gesellschaft verpflichtet, die Konsortialbanken im Innenverhältnis von bestimmten Haftungsverbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Angebot freizustellen.

### **Bevorrechtigte Zuteilung**

Den Mitarbeitern der Gesellschaft werden insgesamt 56.500 Aktien zur bevorrechtigten Zeichnung angeboten. Für bis zu 20 Aktien pro Mitarbeiter ist ein um 20% gegenüber dem Emissionspreis ermäßigter Kaufpreis zu zahlen. Für die Zeichnung einer die Stückzahl 20 übersteigenden Anzahl von Aktien pro Mitarbeiter ist ein gegenüber dem Emissionspreis nicht ermäßigter Kaufpreis zu entrichten. Insgesamt entfallen bis zu 39.000 Aktien auf die Operatoren der Telegate (ca. 1.300), wobei jeder Operator maximal bis zu 30 Aktien zeichnen kann. Bis zu 17.500 Aktien entfallen auf einen Kreis von ca. 35 Führungskräften der Telegate, die maximal jeweils bis zu 500 Aktien zeichnen können. Zusätzlich können die Führungskräfte über die Höchstgrenze von 500 Aktien hinaus die Aktien zu gleichen Teilen zeichnen, die durch die Operatoren und andere Führungskräfte im Rahmen der vorgesehenen 39.000 bzw. 17.500 Aktien nicht gezeichnet wurden. Die Führungskräfte müssen sich in speziell zur Verfügung gestellten Zeichnungsaufträgen verpflichten, die gezeichneten Aktien nicht vor Ablauf von zwölf Monaten nach Aufnahme der Notierung der Aktien im Neuen Markt zu veräußern. Zu diesem Zweck werden diese im Rahmen der vorstehend beschriebenen bevorrechtigten Zuteilung gezeichneten Aktien Sperrdepots bei der Sparkasse Leipzig gutgeschrieben.

Darüber hinaus werden insgesamt 26 Personen, die entweder Mitarbeiter von Altaktionären oder der Gesellschaft bzw. Altaktionären nahestehende Personen sind, Aktien zur bevorrechtigten Zeichnung angeboten. Dabei sind 15 Personen berechtigt, jeweils Aktien mit einem Kaufpreis von bis zu Euro 50.000,- bevorrechtigt zu zeichnen, und 11 Personen jeweils Aktien mit einem Kaufpreis von bis zu Euro 25.000,-.

### **Stimmrecht**

Jede Aktie gewährt eine Stimme, Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

### **Gewinnberechtigung**

Die angebotenen Aktien sind jeweils mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1999 ausgestattet.

### **Börsennotierung**

Das gesamte, nach der Eintragung der Durchführung der am 12. April 1999 beschlossenen Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital Euro 12.730.000,- betragende Grundkapital, ist am 20. April 1999 zum Geregelteten Markt mit Aufnahme des Handels im Neuen Markt der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen worden. Die Aufnahme des Handels ist für den 22. April 1999 vorgesehen.

### **Verwendung des Plazierungserlöses**

Die Gesellschaft beabsichtigt, den Erlös aus der Kapitalerhöhung zur Stärkung der Bilanzrelationen, als Betriebskapital sowie zur Finanzierung des weiteren Wachstums und für allgemeine Gesellschaftszwecke zu verwenden. Die Höhe der Beträge, die für den betreffenden Zweck ausgegeben werden, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Geplante Investitionen, die aus dem Erlös der Kapitalerhöhung finanziert werden sollen, umfassen insbesondere den Aufbau neuer Call-Center, die Anschaffung von Vermittlungstechnik und den Ausbau des Leitungsnetzwerkes sowie die Expansion in weitere internationale Märkte. Der Plazierungserlös aus dem Verkauf von Aktien der abgebenden Altaktionäre fließt diesen zu, abzüglich der von den abgebenden Altaktionären zu tragenden Plazierungskosten (einschließlich der auf die von den abgebenden Altaktionären verkauften Aktien entfallenden Bankprovisionen).

Die Gesellschaft trägt im Zusammenhang mit dem Angebot Sachkosten in Höhe von ca. DM 4 Mio. sowie die auf die im Rahmen der Kapitalerhöhung plazierten Aktien entfallende Bankenprovision. Die Konsortialbanken erhalten von der Gesellschaft insgesamt Euro 2,16 Mio. als Provision. Darüber hinaus hat sich die Gesellschaft verpflichtet, an Morgan Stanley in Abhängigkeit von der Zufriedenheit der Telegate mit den Leistungen von Morgan Stanley im Rahmen des Börsenganges einen zusätzlichen Betrag von bis zu DM 1,5 Mio. zu zahlen. Dementsprechend wird der Nettoerlös der Gesellschaft aus dem Angebot der Aktien aus der Kapitalerhöhung ca. Euro 49 Mio. betragen.

### **Lieferbarkeit und Abrechnung**

Die im Rahmen des Angebots angebotenen Aktien sind in einer oder mehreren Globalurkunden verbrieft, die bei der DBC hinterlegt werden. Aufgrund des öffentlichen Angebots erworbene Aktien können nach Wahl der Anleger entweder einem Konto einer Bank bei der DBC als Wertpapiersammelbank oder einem Konto eines Euroclear- bzw. Cedelbank-Teilnehmers zu ihren Gunsten gutgeschrieben werden. Die im Eigentum der Altaktionäre verbleibenden Aktien sind ebenfalls in Globalurkunden verbrieft.

Gemäß der Satzung der Gesellschaft ist der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seiner Aktien ausgeschlossen. Ein Stückedruck von effektiven Aktienurkunden ist dementsprechend nicht vorgesehen.

Die Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN) für die Aktien lautet 511880. Der International Securities Identification Code (ISIN) für die Aktien lautet DE 000 511 880 6 und der Common Code 9633421.

## RISIKOFAKTOREN

**Insbesondere aufgrund der kurzen Unternehmensdauer von Telegate, der deshalb nur sehr begrenzt verfügbaren historischen Informationen für eine Bewertung der Gesellschaft und des ungewissen Erfolges zukünftiger Geschäftsfelderweiterungen beinhaltet der Erwerb der mit diesem Prospekt angebotenen Aktien ein Risiko. Anleger sollten bei der Entscheidung über den Kauf von Aktien im Rahmen des Angebots die nachfolgenden besonderen Risikofaktoren, verbunden mit den anderen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen, sorgfältig berücksichtigen:**

### **Kurze Unternehmensdauer; Anlaufverluste**

Telegate ist ein junges Unternehmen, welches erst mit Beginn der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes Ende 1996 seine Geschäftstätigkeit (Anbieten von Telefonauskunftsdienstleistungen) aufgenommen hat. Investoren haben daher nur sehr begrenzte und wenig aussagekräftige historische Finanzinformationen betreffend die Gesellschaft und deren Bewertung. Aufgrund des erst kürzlich aufgenommenen Geschäftsbetriebes und des Wettbewerbs in einem sich gerade entwickelnden Markt kann es keine Gewähr geben, daß sich die Gesellschaft im Bereich der Telefoninformationsdienstleistungen langfristig als maßgebliches Auskunftsdienstleistungsunternehmen behaupten kann.

Seit ihrem Bestehen erwirtschaftete Telegate Verluste, die sich nach HGB auf DM 1,7 Mio. im Geschäftsjahr 1996, DM 16,1 Mio. im Geschäftsjahr 1997 und DM 31,1 Mio. im Geschäftsjahr 1998 beliefen. Telegate agiert in einem Markt, der Wettbewerb, ständigem technologischen Wandel und möglichen Änderungen regulatorischer Rahmenbedingungen unterliegt. Telegate ist damit in einem Geschäftsumfeld tätig, welches Risiken birgt. Die Fähigkeit der Gesellschaft, positive Geschäftsergebnisse zu erzielen, wird insbesondere davon abhängen, daß die Gesellschaft ständig neue Kunden gewinnt und hält sowie ihren Bekanntheitsgrad steigert. Maßgeblich für den Geschäftserfolg der Gesellschaft werden weiter die ständige Steigerung der Attraktivität der angebotenen Informationsdienste, die Entwicklung der Kosten des Daten- und Netzzugangs sowie die Höhe der Tarife von Wettbewerbern und der eigenen Tarife und damit der erzielten Erlöse sein. Vgl. "Darstellung und Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung – Wichtige Einflußfaktoren für das Ergebnis der Geschäftstätigkeit".

### **Risiken bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder**

Das Kerngeschäftsfeld von Telegate bilden bislang Auskunftsdienstleistungen. Telegate beabsichtigt, sich als allgemeiner Informationsanbieter weiterzuentwickeln und ihre Netzinfrastruktur auch zum Angebot von Sprachtelefonie mit Spezialtarifen im Festnetz zu benutzen. Siehe "Geschäftstätigkeit – Strategie".

Die Möglichkeit des Angebots von allgemeinen Informationsdienstleistungen durch Telegate unter der Rufnummer 11 88 0 wird durch regulatorische Rahmenbedingungen begrenzt, insbesondere durch die vorläufigen Regeln für die Zuteilung von Rufnummern für Auskunftsdienste, die von der zuständigen Behörde, soweit erforderlich, geändert werden können. Nach der derzeit geltenden Fassung dieser Regeln darf eine Auskunftsnummer nur für die Auskunft über Teilnehmerdaten sowie die Weitervermittlung zu einer erfragten Rufnummer verwandt werden. Die Grenzen des regulatorischen Rahmens sind jedoch unscharf, einschließlich der Bedingungen, unter denen allgemeine Informationsdienstleistungen über die Auskunftsnummer von Telegate erbracht werden dürfen. Telegate kann daher nicht sicher gewährleisten, daß sich zukünftige Geschäftsfelderweiterungen innerhalb des jeweils geltenden regulatorischen Rahmens verwirklichen lassen. Bei einer Verletzung der Zuteilungsregeln für Auskunftsnummern drohen Verfügungen, unzulässige Dienstleistungen einzustellen, möglicherweise sogar der Rufnummernentzug. Siehe auch "Geschäftstätigkeit – Lizenzen". Ein Rufnummernentzug würde die wirtschaftliche Existenz der Gesellschaft in Frage stellen.

Bei der internationalen Erweiterung der Geschäftsaktivitäten wird Telegate, wie schon in Deutschland, von den jeweils herrschenden wirtschaftlichen und regulatorischen Markt- und Rahmenbedingungen und der Kooperationsbereitschaft der jeweiligen Netzbetreiber abhängig sein. Es ist daher ungewiß, ob und in welchem Umfang Telegate in der Lage sein wird, international zu expandieren.

Der Wettbewerb im Bereich der Sprachtelefonie ist außerordentlich hart und derzeit durch einen Preiskampf und durch Unsicherheiten bei der Auslegung regulatorischer Rahmenbedingungen gekennzeichnet; es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß zukünftig regulatorische Rahmenbedingungen zu Ungunsten alternativer Netzbetreiber geändert werden. Es gibt daher auch keine Gewähr dafür, daß Telegate sich dieses Geschäftsfeld erfolgreich erschließen kann. Sollte dies nicht der Fall sein, wären die damit in Zusammenhang stehenden Investitionen möglicherweise unrentabel; dies hätte einen nachteiligen Effekt auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

## **Abhängigkeit von DTAG**

Telegate unterhält ein auf angemieteten Standleitungen der Deutsche Telekom AG ("DTAG") basierendes Netzwerk. Die Gesellschaft hat mit der DTAG einen Vertrag über den besonderen Netzzugang geschlossen, der die Zuführung und Übergabe von Anrufen aus dem Festnetz der DTAG in das Netzwerk der Telegate regelt. Die Vermittlungsstellen des Telegate-Netzwerkes verfügen jeweils über eine bestimmte Anzahl von Anschlüssen für Telekommunikationsdiensteanbieter (AFTD), d.h. technischen Vorrichtungen, über die Verbindungen vom Netz der DTAG aufgenommen werden. Diese AFTD-Anschlüsse werden derzeit nur von der DTAG (gegen Entgelt) zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, daß die DTAG, soweit bei einem Anstieg der Zahl der von Telegate abgewickelten Anrufe eine entsprechend höhere Zahl von AFTD-Anschlüssen benötigt wird, diese zeitgerecht zur Verfügung stellt.

## **Risiken bei der Abrechnung durch DTAG**

Telegate ist derzeit darauf angewiesen, die über das Festnetz erbrachten Auskunftsdienstleistungen über die DTAG abzurechnen. Die Inkassoleistungen der DTAG werden auf der Grundlage eines Abrechnungs- und Inkassovertrages erbracht, der von der DTAG jedoch zum 30. September 1999 gekündigt wurde. Das Insolvenz- und Inkassorisiko der Telegate-Kunden verbleibt bei Telegate. Darüber hinaus entscheidet die DTAG bis zu einem Telegate-Rechnungsbetrag von DM 50,- (netto) ohne Rückfrage bei der Telegate über einen Verzicht oder eine Erstattung des Betrages, sollte dieser vom Kunden nicht bezahlt oder reklamiert werden. Diese Regelung hat in der Vergangenheit nicht zu größeren Rechnungsausfällen geführt. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß sich dies in Zukunft ändert.

Die nach dem Abrechnungs- und Inkassovertrag von Telegate zu entrichtende Inkassogebühr besteht aus einem bestimmten Prozentsatz vom Umsatzwert der abzurechnenden Auskunftsdienstleistungen und einer Pauschale für Druck und Versand der Rechnungen. Es ist bislang offen, ob die Inkassogebühr der Regulierung durch die Regulierungsbehörde unterliegt. Presseverlautbarungen aus dem März 1999 zufolge beabsichtigt die DTAG, von Telekommunikationsunternehmen für das Inkasso von Telefonrechnungen zukünftig deutlich höhere Gebühren als bislang zu erheben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die DTAG nach der erfolgten Kündigung der derzeit bestehenden vertraglichen Vereinbarung höhere Inkassogebühren auch von der Telegate verlangt. Dies hätte deutlich negative Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

## **Wettbewerb**

Telegate operiert in einem Markt, der wesentlich durch die DTAG als ehemaligem Monopolnetzbetreiber geprägt ist. Bei einem Gesamtumsatz für Telefonauskunftsdienstleistungen in Deutschland von geschätzt knapp DM 1 Mrd. im Jahr 1998 belief sich der Marktanteil von Telegate auf knapp ca. 10%. Die Gesellschaft konkurriert in Gestalt der DTAG mit einem Unternehmen, welches über erheblich größere finanzielle Ressourcen und einen wesentlich höheren Bekanntheitsgrad als Telegate verfügt. Telegate betreibt Wettbewerb vor allem mit den Faktoren Qualität und Service bei einem wettbewerbsorientierten Preis. In der jüngeren Vergangenheit hat die DTAG ihre Preise für Telefonauskünfte erhöht, um ihre Verluste in diesem Geschäftsfeld zu senken und damit dem Vorwurf der Quersubventionierung zu begegnen. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß die DTAG zukünftig ihre Preise ohne Quersubventionierung senkt oder weitere Wettbewerber, wie etwa andere Telekommunikationsunternehmen als die DTAG, mit niedrigeren Tarifen in den Markt eintreten. Siehe "Geschäftstätigkeit – Wettbewerb". Telegate ist der Auffassung, daß das Unternehmen durch seinen zeitlichen Vorsprung in bezug auf den Markteintritt und den damit aufgebauten Markteintrittsbarrieren gute Voraussetzungen geschaffen hat, seine Wettbewerbsposition konsequent auszubauen und zu sichern. Aufgrund des gerade erst einsetzenden Wettbewerbs in diesem Markt kann die Gesellschaft jedoch keine Gewähr dafür geben, daß sich die Gesellschaft tatsächlich als hinter der DTAG führendes Auskunftsdienstleistungsunternehmen behaupten kann.

## **Fehlende vertragliche Kundenbindung**

Die Kunden der Telegate sind bis auf die Outsourcing-Partner (siehe "Geschäftstätigkeit – Angebotene Dienstleistungen") nicht vertraglich gebunden, sondern entscheiden von Fall zu Fall, die Dienste von Telegate in Anspruch zu nehmen. Kunden können daher kurzfristig zu Wettbewerbern abwandern, insbesondere der DTAG bzw. weiteren in den Markt eintretenden Wettbewerbern. Telegate steht somit in einem ständigen Preis- und Leistungswettbewerb mit ihren Wettbewerbern.

## **Technologischer Wandel und Wettbewerb durch alternative Medien**

Die Telekommunikationsindustrie und auch Auskunftsdienstleistungen unterliegen einem rapiden technologischen Wandel und sich verändernden Kundenbedürfnissen. Der Erfolg der Gesellschaft wird daher



davon abhängen, daß sie sich dem technologischen Wandel und geänderten Kundenbedürfnissen stellt und ggf. auch alternative Technologien wie etwa das Internet verwendet. Im Bereich der Auskunftsdienstleistungen im Internet sind bereits diverse Dienstleister tätig, so daß nicht gewährleistet ist, daß Telegate ihre Dienstleistungen in diesem Medium erfolgreich anbieten kann. Wettbewerb droht in gewissem Ausmaß auch aus der Verwendung von CD-ROMs. Der Zugriff auf Daten im Internet ist jedoch noch relativ langsam und CD-ROMs bedürfen, ebenso wie Telefonbücher, der ständigen Neuanschaffung wegen Alterung der Daten. Derartige Medien sind häufig auch nicht greifbar, wenn gerade eine Auskunft benötigt wird. Die Gesellschaft erwartet insbesondere aufgrund der Zunahme des Mobilfunks und der hierüber abgefragten Auskunftsdienstleistungen, daß die Bedeutung von Konkurrenten im Internet bzw. die Nutzung von CD-ROMs auf Festnetzbenutzer beschränkt bleibt und aufgrund der genannten Nachteile diese Medien auch im Festnetz derzeit nur begrenzt Konkurrenz für die Gesellschaft darstellen. Aufgrund des rapiden technologischen Wandels gibt es aber keine Gewähr dafür, daß nicht zukünftig dem Angebot von Telegate vergleichbare Dienstleistungen auf heute noch nicht absehbaren Wegen angeboten werden und damit die Dienstleistungen von Telegate technisch oder ökonomisch überholt werden.

### **Abhängigkeit von besonders wichtigen Mitarbeitern**

Der künftige Erfolg der Gesellschaft hängt in erheblichem Umfang von der Tätigkeit der Vorstände und leitender Angestellte der Gesellschaft ab. Der Wettbewerb um solches Personal ist intensiv. Der Verlust von wichtigen Mitarbeitern oder die Unfähigkeit, benötigtes Personal mit der erforderlichen Qualifikation zu gewinnen und zu halten, könnte die Geschäftstätigkeit und die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen.

### **Abhängigkeit von Informationssystemen**

Telegate benötigt für den Betrieb ihres Telefonauskunftsnetzes und die Abrechnung mit den Kunden Informationssysteme. Die Gesellschaft erwartet, daß solche Systeme und die zugehörige Hard- und Software an die gestiegene Kundenzahl und den Technologiewandel anzupassen sind. Schwierigkeiten beim Einsatz neuer Informationssysteme oder der Anpassung bestehender Informationssysteme können sich vorübergehend negativ auf Telegate und ihre Finanz- und Ertragslage auswirken.

### **Jahr 2000**

Mit dem Beginn des Jahres 2000 ergeben sich bestimmte allgemein bekannte und generell bestehende Risiken aus der Programmierung von elektronischen Datenverarbeitungen. Im Fall von Telegate betreffen diese die elektronischen Datenverarbeitungsprogramme von Telegate selbst sowie diejenigen von Dritten, mit denen Telegate in Geschäftsbeziehung steht. Telegate hat nach ihrer Auffassung die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um Störungen ihres Betriebes aus der Fehlfunktion von Datenverarbeitungen mit dem Beginn des Jahres 2000 zu vermeiden. Insbesondere hat Telegate folgende Maßnahmen getroffen: Telegate hat alle Hard- und Softwarelieferanten aufgefordert zu bestätigen, daß die jeweilige Hard- und Software dem Jahr 2000 gerecht wird. Teilweise (EWSD-Vermittlungstellen und ADMOSS – siehe dazu “Geschäftstätigkeit – Netzwerk, Call-Center und Datenbasis”) wird für die selbstgenutzte Hard- und Software derzeit eine Anpassung vorgenommen. Es kann aber keine Gewähr dafür geben, daß es mit Beginn des Jahres 2000 nicht zu Betriebsstörungen bei Telegate kommt oder aufgrund von Betriebsstörungen bei Erbringern von Dienstleistungen diese Dienstleistungen verzögert oder nicht in der erforderlichen Form erbracht werden. Dies könnte eine negative Auswirkung auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

### **Derzeitige Aktionäre und zukünftige Aktienverkäufe; Kontrolle der Gesellschaft**

Nach Ablauf der Marktschutzvereinbarung können die Altaktionäre ihre Aktien verkaufen. Dies kann negative Auswirkungen auf den Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft haben (siehe “Allgemeine Informationen über die Gesellschaft – Altaktionäre”).

Nach Abschluß des Angebots werden die Altaktionäre zusammengenommen über 74,29% (70,43%, wenn die Mehrzuteilungsoption vollständig ausgeübt wird) des Aktienkapitals der Gesellschaft verfügen. Dabei kontrolliert die Telegate Holding GmbH (an der RSL Com Deutschland GmbH (“RSL Com”) mehrheitlich beteiligt ist) auch nach Abschluß des Angebots mehr als 50% des Aktienkapitals. Die Altaktionäre sind daher in der Lage, die meisten Hauptversammlungsbeschlüsse mit ihren Stimmen herbeizuführen, darunter die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder und die Beschlußfassung über die Dividendenzahlung. Sofern die Altaktionäre 75% des auf einer Hauptversammlung präsenten Grundkapitals vertreten, könnten sie im Falle einer abgestimmten Stimmenabgabe auch solche wichtigen Beschlüsse mit ihren Stimmen herbeiführen, die mit einer qualifizierten Mehrheit zu fassen sind.

## **Neuer Markt, Fehlen eines öffentlichen Markts und mögliche Volatilität des Aktienpreises**

Vor dem Angebot gab es keinen öffentlichen Markt für die Aktien der Gesellschaft. Der Kaufpreis der Aktien ist von Morgan Stanley in Abstimmung mit der Gesellschaft und den Altaktionären nach Abschluß des Bookbuilding-Verfahrens festgelegt worden. Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, daß der Kaufpreis der Aktien dem Preis entspricht, zu dem die Aktien im Anschluß an das Angebot gehandelt werden, oder daß sich ein aktiver Handel in den Aktien entwickeln und nach dem Angebot fortsetzen wird. Der Markt für Aktien von Telekommunikationsunternehmen oder anderer Wachstumsunternehmen war in der Vergangenheit starken Schwankungen bei den Kursen und Handelsumsätzen ausgesetzt, die oft nicht oder nicht in diesem Ausmaß mit den Geschäftsergebnissen dieser Unternehmen in Verbindung standen. Diese Marktschwankungen können auch die Kurse der Aktien der Gesellschaft negativ beeinflussen. Der Kurs der Aktie könnte auch durch negative Kursentwicklungen bei vergleichbaren Unternehmen beeinflusst werden. Die Gesellschaft wird die Zulassung der Aktien zum Regierten Markt mit Aufnahme des Handels im Neuen Markt, einem seit ca. zwei Jahren bestehenden Handelssegment der Frankfurter Wertpapierbörse für die Notierung von jungen und wachstumsorientierten Werten, beantragen. Da im Neuen Markt per Anfang März 1999 nur 73 Werte gehandelt werden und einige dieser Werte starke Kursschwankungen aufweisen, kann nicht ausgeschlossen werden, daß diese Volatilität der Aktien anderer Emittenten auch die Kursentwicklung der Aktien der Gesellschaft beeinflusst.

## **Zukunftsgerichtete Aussagen**

Dieser Prospekt enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen einschließlich Angaben unter Verwendung der Worte "glaubt", "geht davon aus", "erwartet" oder Formulierungen ähnlicher Bedeutung. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen beinhalten bekannte und unbekannt Risiken, Ungewißheiten und andere Faktoren, die dazu führen können, daß die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse, Finanzlage, Entwicklung oder Leistungen der Gesellschaft oder der relevanten Branchen wesentlich von denjenigen abweichen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden. Zu diesen Faktoren gehören unter anderem: der Wettbewerb durch andere Unternehmen, die laufenden Kapitalbedürfnisse der Gesellschaft, Finanzierungskosten, Änderungen des Betriebsaufwands, die weitere Verfügbarkeit der zum Stichtag dieses Prospekts amtierenden Vorstandsmitglieder und tätigen Führungskräfte sowie gegebenenfalls die Gewinnung neuer qualifizierter Führungskräfte, Unsicherheiten aus dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft und sonstige in diesem Prospekt genannte Faktoren. Vor dem Hintergrund dieser Ungewißheiten sollten sich zukünftige Investoren nicht auf derartige in die Zukunft gerichtete Aussagen verlassen. Die Gesellschaft übernimmt keinerlei Verpflichtung, derartige in die Zukunft gerichtete Aussagen an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

## VERLUSTVORTRÄGE/DIVIDENDENPOLITIK

In der Vergangenheit hat die Gesellschaft keinerlei Dividenden gezahlt. Zum 31. Dezember 1998 beliefen sich die vorgetragenen Verluste der Gesellschaft nach HGB auf DM 48,94 Mio. Die seit Gründung der Telegate im August 1996 aufgelaufenen Verluste resultieren im wesentlichen aus folgendem: Bis zur Freischaltung der Rufnummer 11 88 0 am 1. Oktober 1997 operierte die Telegate unter der alten Nummer 0 11 99. Da diese Nummer aufgrund der geplanten Nummernumstellung jedoch kaum beworben wurde, waren ca. ein Jahr lang lediglich geringe Umsätze zu verzeichnen. Gleichzeitig war jedoch von Anfang an hoher technischer Aufwand für den Aufbau und die Erhaltung sämtlicher Kapazitäten bei niedriger Kostendegression zu verzeichnen. Seit Freischaltung der Rufnummer 11 88 0 wurden Maßnahmen zur Steigerung des Bekanntheitsgrads der Telegate und vor allem des Aufbaus der Nummer 11 88 0 vorgenommen, was zu hohem Werbeaufwand führte. Zu den hohen Verlusten trugen weiterhin die insbesondere anfangs sehr hohen Vorleistungen an die DTAG für Leitungs- und Datenkosten bei.

Etwaige Jahresüberschüsse in zukünftigen Jahren sind zunächst mit Verlustvorträgen zu verrechnen, bevor sie als Dividenden ausgeschüttet werden könnten. Darüber hinaus hat die Gesellschaft durch Hauptversammlungsbeschluß vom 18. März 1999 ihr Kapital um Euro 7.129,51 herabgesetzt. Das Aktiengesetz schreibt vor, daß nach einer solchen Kapitalherabsetzung ein Gewinn nicht ausgeschüttet werden darf, bevor die gesetzliche Rücklage und die Kapitalrücklage zusammen 10% des herabgesetzten Grundkapitals erreicht haben. Darüber hinaus ist die Zahlung eines Gewinnanteils von mehr als 4% erst für das Geschäftsjahr zulässig, das später als zwei Jahre nach der Beschlußfassung über die Kapitalherabsetzung beginnt. Der Vorstand und der Aufsichtsrat beabsichtigen im übrigen, das ihnen nach der Satzung der Gesellschaft zustehende Recht auszuüben, den Jahresüberschuß, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und eines Verlustvortrages verbleibt, ganz oder teilweise ohne Zustimmung der Hauptversammlung in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen. Soweit dieses Recht der Höhe nach beschränkt ist (vgl. "Allgemeine Informationen über die Gesellschaft – Dividenden"), beabsichtigen der Vorstand und der Aufsichtsrat, der Hauptversammlung vorzuschlagen, daß auch der übrige Jahresüberschuß in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt wird. Diese Dividendenpolitik kann sich allerdings in Zukunft ändern.

Solange die Aktien in Globalurkunden verbrieft sind, die bei der DBC hinterlegt sind, und dementsprechend die dividendenberechtigten Aktien in einem Clearingsystem verwahrt werden, werden Dividenden in Übereinstimmung mit den Regeln des jeweiligen Clearingsystems ausgezahlt.

Nachfolgend wird das Ergebnis je Aktie nach U.S. GAAP für das Geschäftsjahr 1997 und für das Geschäftsjahr 1998 (jeweils unter Einbeziehung der früheren Tochtergesellschaften) wiedergegeben. Dabei wurde das Grundkapital der Telegate AG zum 31. März 1999 i.H.v. Euro 10.730.000,-, umgerechnet in DM zum Umrechnungskurs 1 Euro = DM 1,95583 (unter Berücksichtigung der Durchführung der am 30. Dezember 1998 beschlossenen Kapitalerhöhung um DM 19.550.000,- sowie der Kapitalherabsetzung um Euro 7.129,51), als Berechnungsgrundlage herangezogen und das Ergebnis je Aktie fiktiv für Stückaktien mit einem rechnerischen Nennbetrag von Euro 1 errechnet.

### Jahresfehlbetrag nach U.S. GAAP

	je Stückaktie in DM	in Mio. DM
Geschäftsjahr 1997 (Pro-forma) .....	-0,96	-20.263
Geschäftsjahr 1998 (Pro-forma) .....	-1,12	-23.599

Nach HGB hätte das Ergebnis pro Aktie auf Grundlage der oben dargestellten Berechnungsmethode für das Geschäftsjahr 1997 DM -0,77 und für das Geschäftsjahr 1998 DM -1,48 betragen.

## KAPITALAUSSTATTUNG

Die nachfolgende Tabelle gibt zum 31. Dezember 1998 die Kapitalisierung der Gesellschaft nach U.S. GAAP ohne sowie Pro-forma unter Berücksichtigung der am 12. April 1999 beschlossenen Kapitalerhöhung um Euro 2.000.000,- wieder (wobei der Plazierungserlös auf Grundlage des Plazierungspreises von Euro 27,- pro Aktie errechnet wurde). Dabei wurde jedoch bei der Kapitalisierung der Gesellschaft ohne Berücksichtigung der am 12. April 1999 beschlossenen Kapitalerhöhung um Euro 2.000.000,- eine Kapitalerhöhung um bis zu DM 27.550.000,- berücksichtigt, die am 30. Dezember 1998 beschlossen und in Höhe von DM 19.550.000, am 18. März 1999 durchgeführt und am 31. März 1999 in das Handelsregister eingetragen wurde. Diese Tabelle sollte im Zusammenhang mit dem Jahresabschluß der Gesellschaft und den dazugehörigen Erläuterungen gelesen werden, die an anderer Stelle im Prospekt enthalten sind.

	<b>31. Dez. 1998</b>	<b>31. Dez. 1998</b>
	<b>TDM Vor Angebot*</b>	<b>TDM Nach Angebot</b>
Kurzfristige Verbindlichkeiten (einschließlich der langfristigen Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr) .....	32.110	32.110
Langfristige Verbindlichkeiten (inkl. Rückstellungen für Altersvorsorge in Höhe von TDM 153).....	20.478	20.478
Eigenkapital Stammaktien.....	21.000	24.898
Kapitalrücklagen.....	33.432	125.356
Verlustvortrag .....	-22.490	-22.490
Jahresfehlbetrag der laufenden Periode .....	-23.599	-23.599
Summe Eigenkapital gesamt .....	8.343	104.165
Summe Kapitalisierung gesamt .....	28.821	124.643

\* Pro-forma unter Berücksichtigung der Durchführung der am 30. Dezember 1998 beschlossenen Kapitalerhöhung um bis zu DM 27.550.000,-, deren Durchführung in Höhe von DM 19.550.000,- am 31. März 1999 in das Handelsregister eingetragen wurde.

## DARSTELLUNG UND ANALYSE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

*Die nachfolgende Darstellung und Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung von Telegate ist in Verbindung mit der Beschreibung der Geschäftstätigkeit und mit den im Finanzteil dieses Prospekts abgedruckten geprüften Einzelabschlüssen nach HGB sowie den konsolidierten Abschlüssen nach U.S. GAAP nebst Anhängen zu lesen.*

Die nachfolgende Darstellung und Analyse der Geschäftsentwicklung ist auf die Geschäftsjahre 1997 und 1998 beschränkt. Telegate wurde im August 1996 gegründet und hat danach den Geschäftsbetrieb aufgenommen. Das Geschäftsjahr 1996 ist wesentlich geprägt durch die Aufnahme des Geschäftsbetriebs und den Aufbau der technischen Infrastruktur, so daß nennenswerte Umsätze noch nicht erzielt werden konnten. Dieses Geschäftsjahr scheidet deshalb als Referenzzeitraum aus. Da sich die Gesellschaft aber auch während der Geschäftsjahre 1997 und 1998 noch im Aufbau befand, läßt auch die retrospektive Betrachtung dieser beiden Geschäftsjahre nur sehr bedingt Rückschlüsse auf Entwicklungen in der Zukunft zu.

Die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung von Telegate wird auf der Grundlage von konsolidierten Abschlüssen nach U.S. GAAP dargestellt. Die Jahresabschlüsse zum Stichtag 31. Dezember 1997 und 1998 wurden auf konsolidierter Basis unter Einbeziehung der drei in der Vergangenheit die Call-Center betreibenden Tochtergesellschaften von Telegate erstellt. Zwei der drei Tochtergesellschaften wurden mit Wirkung zum 1. Januar 1998 auf Telegate verschmolzen. Der Geschäftsbetrieb der dritten Tochtergesellschaft wurde zum 1. August 1998 auf Telegate übertragen. Im Jahresabschluß der Telegate AG zum 31. Dezember 1998 ergab sich aufgrund der zum 1. Januar 1998 wirksam gewordenen Verschmelzungen aufgrund der Verlustvorträge der aufgenommenen Tochtergesellschaften ein Verschmelzungsverlust von DM 3,822 Mio., der den Jahresfehlbetrag nach HGB entsprechend erhöhte. Bei der Erstellung der konsolidierten Abschlüsse nach U.S. GAAP wurde dieser Verschmelzungsverlust in den Verlustvortrag umgliedert.

Die Anwendung der unterschiedlichen Rechnungslegungsgrundsätze nach HGB und U.S. GAAP führt zu den folgenden wesentlichen Abweichungen der geprüften konsolidierten Abschlüsse nach U.S. GAAP gegenüber den geprüften Jahresabschlüssen nach HGB:

- Nach U.S. GAAP sind die sonstigen betrieblichen Erträge und die Personalkosten der Operatoren, die in den Einstandskosten der erbrachten Leistungen gezeigt werden, um die Lohnsubventionen, die Telegate für das Einstellen von Langzeitarbeitslosen erhalten hat, zu kürzen.
- Die Zuführung zum Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6 EStG in Höhe der gewährten Investitionszuschüsse ist bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu eliminieren. Gleichzeitig sind die sonstigen betrieblichen Erträge um die Einstellung der Forderung aus der Zusage von Investitionszuschüssen in gleicher Höhe zu kürzen. Die Auflösung des Sonderpostens ist bei den sonstigen betrieblichen Erträgen und den Abschreibungen ergebnisneutral zu eliminieren. Dementsprechend wird in der Bilanz nach U.S. GAAP kein Sonderposten ausgewiesen.
- Der Personalaufwand für die Teamleiter und Operatoren in den Call-Centern wird im U.S. GAAP-Abschluß nicht der Position Personalkosten, sondern den Einstandskosten der erbrachten Leistungen zugeordnet.
- Die Kosten für Werbung werden nicht im sonstigen betrieblichen Aufwand, sondern als separate Position ausgewiesen.
- Der außerordentliche Aufwand wird um die Zuführung zur Rückstellung für die Börseneinführung im Jahr 1998 (ca. DM 3,35 Mio.) ergebnisverbessernd reduziert. Die Rückstellungen werden in gleicher Höhe gekürzt.
- Die geleasteten Operator-Plätze (Technik) werden im U.S. GAAP-Abschluß aktiviert und planmäßig über 60 Monate abgeschrieben.
- Der im HGB-Abschluß auf der Aktivseite ausgewiesene, nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag wird im U.S. GAAP-Abschluß passivisch vom Eigenkapital abgesetzt.
- Die Forderung für noch ausstehende Investitionszuschüsse wird im U.S. GAAP-Abschluß nicht unter den sonstigen Vermögensgegenständen, sondern gesondert auf der Aktivseite ausgewiesen.

- Im Gegensatz zum HGB-Abschluß werden im U.S. GAAP-Abschluß der kurzfristig fällig werdende Teil der langfristigen Verbindlichkeiten, die Zinsabgrenzungen und die langfristigen Verbindlichkeiten ebenfalls gesondert auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.
- Aufgrund des Unterschiedes zwischen dem Ergebnis nach HGB und dem Ergebnis nach U.S. GAAP sind in der Bilanz des U.S. GAAP-Abschlusses aktive latente Steuern anzusetzen. Diese sind jedoch aufgrund der Unsicherheit der Einschätzungen der Geschäftsleitung hinsichtlich der Erzielung zukünftiger zu versteuernder Gewinne, die zur Realisierung dieser latenten Steuern notwendig sind, in voller Höhe wertberichtigt worden.

Wegen der unterschiedlichen Rechnungslegungsgrundsätze und aufgrund der unterschiedlichen Basis für die Erstellung von Konzernabschlüssen und Einzelabschlüssen sind die testierten konsolidierten Abschlüsse nach U.S. GAAP nicht mit den testierten Abschlüssen nach HGB im Finanzteil dieses Prospektes vergleichbar. Eine Konzernabschlußpflicht nach HGB bestand in den Geschäftsjahren 1996, 1997 und 1998 nicht. Maßgeblich für die Ausschüttung von Dividenden sind allein die Einzelabschlüsse von Telegate nach HGB.

#### Ausgewählte konsolidierte Unternehmensdaten

Die nachfolgenden ausgewählten konsolidierten Finanzdaten aus den konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnungen sowie den konsolidierten Bilanzen sind nach U.S. GAAP erstellt worden. Zum Umfang der Prüfung siehe "Finanzteil – Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers zu den konsolidierten Abschlüssen und den konsolidierten Kapitalflußrechnungen für die Geschäftsjahre 1997 und 1998 (U.S. GAAP)".

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	1998	1997
	<i>(TDM)</i>	<i>(TDM)</i>
<b>Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung nach U.S. GAAP:</b>		
Umsatzerlöse.....	79.361	10.270
Bruttoergebnis vom Umsatz.....	24.547	-1.281
Kosten für Werbung.....	26.620	9.403
Abschreibungen.....	5.421	2.241
Personalkosten.....	6.216	2.805
Jahresfehlbetrag.....	-23.599	-20.263

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	1998	1997
	<i>(TDM)</i>	<i>(TDM)</i>
<b>Ausgewählte Daten aus der Bilanz nach U.S. GAAP:</b>		
Liquide Mittel.....	7.412	6.870
Nettoumlaufvermögen.....	-10.118	-3.400
Bilanzsumme.....	41.380	21.398
Eigenkapital.....	-11.207	-11.381
<i>Statistische Angaben:</i>		
Durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter.....	1.002	113

#### Ergebnis der Geschäftstätigkeit

##### Überblick

Telegate bietet bundesweit Auskunftsdienstleistungen (Inlands- und Auslandsauskunft) unter der Rufnummer 11 88 0 an. Die Gesellschaft wurde im August 1996 gegründet und baute zunächst ihr erstes Call-Center in Neubrandenburg auf. Seit Dezember 1996 bietet Telegate bundesweit Auskunftsdienstleistungen über das Festnetz an; zunächst über die Rufnummer 0 11 99, seit Oktober 1997 über die neue Rufnummer 11 88 0. Seit dem 1. Januar bzw. 1. Februar 1998 ist Telegate über die Rufnummer 11 88 0 auch über Mobilfunk aus dem D2- sowie dem D1-Netz und seit dem 1. April 1998 aus dem e-plus-Netz erreichbar. Heute verfügt Telegate über

sechs Call-Center, aus denen Auskunftsdienstleistungen erbracht werden. Im vierten Quartal 1998 bediente Telegate knapp über 16,6 Millionen Anrufer gegenüber 19,5 Millionen Anrufern im 1. Quartal 1999 und wickelte damit in der Spitze bis zu 280.000 Anrufe pro Tag gegenüber in der Spitze 300.000 Anrufen im 1. Quartal 1999 ab.

### ***Herkunft der Umsatzerlöse***

Im Jahre 1997 erzielte die Gesellschaft ihre Umsätze ausschließlich aus der Erbringung von Auskunftsdienstleistungen für Kunden, die sich von Fall zu Fall für die Inanspruchnahme der Auskunftsdienstleistungen von Telegate entschieden. Seit Beginn des Jahres 1998 erbringt Telegate Auskunftsdienstleistungen auf der Grundlage von Outsourcing-Verträgen auch für Kunden von Telekommunikationsunternehmen, die größtenteils mit der Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsmarktes ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen haben. Derzeit umfassen diese Unternehmen Mannesmann Arcor, debitel, e-plus und o.tel.o.

### ***Zusammensetzung der Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen***

Die Kosten für die erbrachten Auskunftsdienstleistungen setzen sich im wesentlichen zusammen aus Kosten für Verbindungsleistungen, die von der DTAG an Telegate erbracht werden, d. h. die Kosten der Nutzung der Netze der DTAG für die Zuleitung eines Auskunftsanrufes an die acht Netzzugangspunkte zwischen der DTAG und Telegate, den Mieten für Standleitungen zwischen den Netzübergabepunkten und den Vermittlungseinrichtungen von Telegate in Rostock und Neubrandenburg sowie für die Standleitungen zwischen den Vermittlungseinrichtungen und den einzelnen Call-Centern. Die Kosten für die erbrachten Leistungen umfassen weiter die Kosten für den Datenzugang, insbesondere den Zugriff auf Daten bei der DTAG, und die Personalkosten für die Teamleiter und Operatoren in den Call-Centern. Der größte Teil der Kosten der erbrachten Leistungen (nämlich ca. 60% in 1998) entfällt auf die Inanspruchnahme von Leistungen der DTAG, insbesondere die Netzzugangs- und Datenzugangs-kosten. Die Entgelte für diese Leistungen basieren teilweise auf den Vorgaben der Regulierungsbehörde (vgl. dazu "Geschäftstätigkeit – Wirtschaftliches und regulatorisches Umfeld – Tarife").

### ***Wichtige Einflussfaktoren für das Ergebnis der Geschäftstätigkeit***

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit wird nach Auffassung der Gesellschaft vor allen Dingen von folgenden Faktoren beeinflusst:

*Höhe der Tarife für erteilte Auskünfte.* Das Tarifmodell von Telegate wird wesentlich durch die Bezugskosten der Leistungskomponenten (Netzzugang, Daten, Personal) und den Tarif beeinflusst, den die DTAG als marktführendes Auskunftsdienstunternehmen für Auskunftsdienstleistungen erhebt. In der Vergangenheit hat die DTAG, die ursprünglich Auskunftsdienste kostenlos anbot, ihre Tarife zwecks Vermeidung des Vorwurfs der Quersubventionierung erhöht. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß die DTAG oder andere Wettbewerber von Telegate zukünftig niedrigere als die gegenwärtig angebotenen Tarife für Auskunftsdienstleistungen anbieten.

*Wachstum des Auskunftsdienstes.* Das Ergebnis wird naturgemäß auch von dem Wachstum des Telekommunikationsmarktes allgemein und des Auskunftsdienstleistungsmarktes im besonderen abhängen. Telegate ist bestrebt, ihren Marktanteil zulasten der DTAG auszubauen und erwartet durch die Zunahme des Mobilfunkes in der Bundesrepublik Deutschland eine verstärkte Inanspruchnahme von Auskunftsdiensten.

*Kosten des Netzzugangs und Datenzugangs.* Telegate ist auf den Netzzugang bei anderen Carriern angewiesen, vor allem auf den Netzzugangsvertrag mit der DTAG. Deshalb wird das weitere Ergebnis der Geschäftstätigkeit von Telegate wesentlich davon beeinflusst werden, welche Preise sich für den Netzzugang herausbilden. Derzeit zahlt Telegate für den Netzzugang durchschnittlich DM 0,059 pro Minute.

Die von der DTAG in der Vergangenheit in Rechnung gestellten Kosten für den Datenzugang wurden im Zuge eines Mißbrauchsverfahrens von der Telegate und einem alternativen Netzbetreiber vor dem Bundeskartellamt angegriffen. Das Bundeskartellamt hat bei Einstellung des Mißbrauchsverfahrens gegen die DTAG bestimmte Eckpunkte für künftige Datenzugriffstarife gesetzt. Telegate erwartet auf Grundlage dieser Eckpunkte zukünftig eine Tarifsenkung. Siehe "Geschäftstätigkeit – Wirtschaftliches und regulatorisches Umfeld – Tarife – Datenzugangstarife".

*Personalkosten.* Der Personalstand der Telegate zählte zum 31. Dezember 1998 1.283 Köpfe (dies entspricht 951 Vollzeitbeschäftigten). Im Durchschnitt beschäftigte Telegate im Jahr 1998 1.002 Mitarbeiter. Die meisten Mitarbeiter sind fest angestellt. Die Personalkosten beliefen sich im Jahre 1998 auf ca. 35% der Umsatzerlöse.

Die Ertragslage der Gesellschaft wird wesentlich davon abhängen, daß in der Zukunft die Personalkosten pro Mitarbeiter nicht erheblich steigen.

*Werbeaufwand.* Das Anruf-Volumen und damit die Ertragslage der Gesellschaft hängt in erheblichem Maße von dem Umfang des Werbeaufwands ab. Telegate hat seine Aufwendungen für Werbung seit Beginn der Geschäftstätigkeit kontinuierlich gesteigert. Im Jahre 1998 beliefen sich die Aufwendungen auf TDM 26.620. In den nächsten Jahren plant Telegate eine konsequente Fortführung der Werbung vor allem in Rundfunk und Fernsehen und in geringerem Umfang auch in Printmedien und hat hierfür für das Jahr 1999 eine weitere Erhöhung der Ausgaben eingeplant.

*Saisonalität.* Das Geschäft der Telegate weist im Jahresverlauf leichte Schwankungen auf. Sowohl in den Sommermonaten Juni bis September als auch im Dezember sind regelmäßig Rückgänge beim Anrufsvolumen zu verzeichnen.

*Subventionen.* Die Telegate hat bisher regelmäßig Subventionen von Bundesländern sowohl für die Investitions- als auch für die Personalförderung erhalten; davon sind im Abschluß 1997 TDM 6.738 und im Abschluß 1998 TDM 6.919 berücksichtigt. Bei Investitionen in Sachanlagen und Software wird in der Regel mit Subventionen in Höhe von etwa 18-35% des Anschaffungswertes gerechnet. Die Telegate wird bei Kapazitätserweiterungen – z.B. der Beschaffung eines neuen Call-Centers – weiterhin Fördermittel beantragen. Für die Gewährung von Fördermitteln kann jedoch keine Gewähr übernommen werden.

### Analyse der Entwicklung der Geschäftstätigkeit

#### Vergleich Geschäftsjahr 1998 mit Geschäftsjahr 1997

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998		Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997	
	TDM	In % der Umsatz- erlöse	TDM	in % der Umsatz- erlöse
<b>Gewinn- und Verlustrechnung nach U.S. GAAP:</b>				
Umsatzerlöse.....	79.361	100	10.270	100
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen .....	54.815	69	11.551	112
<b>Bruttoergebnis vom Umsatz.....</b>	<b>24.547</b>	<b>31</b>	<b>-1.281</b>	<b>-12</b>
Kosten für Werbung.....	26.620	34	9.403	92
Personalkosten .....	6.216	8	2.805	27
Abschreibungen.....	5.421	7	2.241	22
Allgemeine Verwaltungskosten .....	8.208	10	3.640	35
Zinsertrag.....	238	0	20	0
Zinsaufwand.....	1.956	2	912	9
Sonstige Erträge (Aufwendungen).....	37	0	-1	0
<b>Jahresfehlbetrag.....</b>	<b>-23.599</b>	<b>-30</b>	<b>-20.263</b>	<b>-197</b>

*Umsatzerlöse.* Die Umsatzerlöse stiegen von TDM 10.270 im Geschäftsjahr 1997 um 673% auf TDM 79.361 im Geschäftsjahr 1998. Sie ergeben sich anhand der Anzahl und Dauer der vom Endverbraucher getätigten Anrufe. Der Anstieg 1998 spiegelt die Ausweitung des Geschäftsbetriebs im Jahr 1998 mit einer Erweiterung der angebotenen Dienstleistungen und einer kontinuierlichen Steigerung der Anzahl der Anrufe von knapp ca. 8,4 Mio. Anrufen im ersten Quartal 1998 auf ca. 16,6 Mio. Anrufe im vierten Quartal 1998 wider.

*Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen.* Die Herstellungskosten der erbrachten Leistungen erhöhten sich von TDM 11.551 in 1997 um 375% auf TDM 54.815 in 1998. Bezogen auf die Umsatzerlöse reduzierten sie sich von 112,47% auf 69,07%. Hierin spiegelt sich der degressive Kostenverlauf bei zunehmender Kapazitätsauslastung wider. Die Herstellungskosten bestehen zum einen aus den Kosten für Netzzugang und Datenzugang in Höhe von TDM 8.531 in 1997 und TDM 35.704 in 1998. Zum anderen sind hier die Personalkosten für die Teamleiter und Operatoren in den Call-Centern in Höhe von TDM 3.020 in 1997 und TDM 19.111 in 1998 enthalten.



*Bruttoergebnis vom Umsatz.* Das Bruttoergebnis vom Umsatz verbesserte sich von TDM -1.281 im Geschäftsjahr 1997 auf TDM 24.547 im Geschäftsjahr 1998. Auch hierin spiegelt sich die höhere Kapazitätsauslastung wider.

*Kosten für Werbung.* Die Kosten für Werbung stiegen von TDM 9.403 im Geschäftsjahr 1997 um 183% auf TDM 26.620 im Geschäftsjahr 1998. Dabei haben sich die Ausgaben im Bereich Fernsehwerbung von 1997 auf 1998 beinahe vervierfacht. Sie hatten in 1998 einen Anteil von etwa 50% am gesamten Werbeaufwand. Weitere wesentliche Kostenpunkte waren hier die Rundfunkwerbung, die Ausgaben für Werbeberatung, Werbeproduktion sowie Promotions.

*Personalkosten.* Die Position Personalkosten enthält sämtliche Personalkosten, die nicht auf die Teamleiter und Operatoren der Call-Center entfallen. Sie sind von TDM 2.805 in 1997 um 122% auf TDM 6.216 in 1998 angestiegen. Bezogen auf die Umsatzerlöse entspricht dies allerdings einem Rückgang von 27,31% auf 7,8%. Die Personalkosten verteilen sich auf die Bereiche Finanzen und Personal, Technik und Betrieb sowie Marketing und Vertrieb.

*Abschreibungen.* Die Abschreibungen erhöhten sich von TDM 2.241 im Geschäftsjahr 1997 um 142% auf TDM 5.421 im Geschäftsjahr 1998 aufgrund der zahlreichen Investitionen, insbesondere in neue Operator-Plätze, Hardware für Gateway- und Server-Rechner sowie EWSD-Anlagen für die Call-Center und Softwareerweiterungen.

*Allgemeine Verwaltungskosten.* Die allgemeinen Verwaltungskosten sind von TDM 3.640 in 1997 um 125% auf TDM 8.208 gestiegen, gemessen an den Umsatzerlösen konnten sie jedoch von 35,44% auf 10,34% gesenkt werden. Die wichtigsten Einzelpositionen waren hier in beiden Jahren die Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Finanzierung des Unternehmens sowie die Mietkosten in 1998. Im übrigen sind hier Reise- und Kfz-Kosten, Versicherungen u.ä. enthalten.

*Zinserträge.* Die Zinserträge betreffen vor allem Zinsen auf Termineinlagen.

*Zinsaufwand.* Die Zinsaufwendungen enthalten für das Jahr 1997 (TDM 912) im wesentlichen den Zinsaufwand für die im Jahr 1997 von damaligen Aktionären gewährten Darlehen. Im Jahr 1998 erhöhte sich der Aufwand für Zinsen und ähnliche Aufwendungen auf TDM 1.956; dieser Anstieg resultiert im wesentlichen aus dem Zinsaufwand für ein 1998 in Höhe von TDM 5.500 valutiertes Bankdarlehen.

*Jahresfehlbetrag.* Der Jahresfehlbetrag stieg von TDM -20.263 im Geschäftsjahr 1997 um 16,5% auf TDM -23.599 im Geschäftsjahr 1998. Bezogen auf die Umsatzerlöse zeigt sich eine signifikante Ergebnisverbesserung. Der relative Rückgang bei allen Kostenpositionen im Vergleich zu den Umsatzerlösen ist typisch für ein Wachstumsunternehmen. Bedingt durch hohe Anlaufkosten, insbesondere für Werbung, konnte ein Überschuß aber noch nicht erzielt werden.

## Liquidität und Kapitalausstattung

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	1998	1997
	<i>(TDM)</i>	<i>(TDM)</i>
<b>Kapitalflußrechnung nach U.S. GAAP:</b>		
Jahresfehlbetrag .....	-23.599	-20.263
Wertberichtigungen zur Anpassung des Reingewinns an den Mittelzufluß aus Betriebstätigkeit		
Abschreibungen .....	5.421	2.241
Erlöse aus dem Abgang von Anlagevermögen .....	-33	0
Wertberichtigung auf Forderungen .....	544	0
Veränderungen des Betriebsvermögens und -verbindlichkeiten:		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-11.443	66
Sonstige Vermögensgegenstände .....	428	-1.817
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen .....	2.405	3.341
Sonstige Verbindlichkeiten .....	12.612	4.337
<b>Mittelabfluß aus laufender Geschäftstätigkeit .....</b>	<b>-13.666</b>	<b>-12.094</b>
<b>Investitionstätigkeit:</b>		
Zugänge zu Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen .....	-14.834	-10.178
Erlöse aus dem Abgang von Anlagevermögen	46	0
<b>Mittelabfluß aus der Investitionstätigkeit .....</b>	<b>-14.788</b>	<b>-10.178</b>
<b>Finanzierungstätigkeit:</b>		
Kapitaleinlagen .....	1.440	0
Einzahlungen aus Aktienemissionen .....	20.000	8.848
Einzahlungen aus öffentlichen Zuschüssen .....	3.556	2.823
Gesellschafterdarlehen .....	0	17.085
Einzahlungen aus der Aufnahme von Bankkrediten .....	5.500	0
Rückzahlung von Bankkrediten .....	-1.100	0
Festgelder	-400	0
<b>Mittelzufluß/-abfluß aus der Finanzierungstätigkeit .....</b>	<b>28.996</b>	<b>28.756</b>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	542	6.484
Finanzmittelbestand am Jahresanfang .....	6.870	386
<b>Finanzmittelbestand am Jahresende .....</b>	<b>7.412</b>	<b>6.870</b>

### ***Mittelabfluß aus laufender Geschäftstätigkeit***

Die Telegate konnte aufgrund ihrer hohen Jahresfehlbeträge weder im Jahr 1997 noch im Jahr 1998 einen positiven Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit (TDM -12.094 in 1997 bzw. TDM -13.666 in 1998) erzielen.

*Abschreibungen.* Im Anstieg der Abschreibungen von TDM 2.241 im Jahr 1997 um 142% auf TDM 5.421 im Jahr 1998 spiegelt sich die rege Investitionstätigkeit der Telegate wider.

*Veränderung des Betriebsvermögens und -verbindlichkeiten.* Im Vergleich des Geschäftsjahres 1997 zum Geschäftsjahr 1998 erhöhte sich aufgrund des Anstiegs der Kundenforderungen infolge der Geschäftsausweitung das Betriebsvermögen von TDM 12.294 um 78,9% auf TDM 21.992. Das kurzfristige Fremdkapital erhöhte sich von TDM 15.694 zum 31. Dezember 1997 um 105% auf TDM 32.110 zum 31. Dezember 1998. Hier sind im wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, insbesondere gegenüber der Siemens AG und der DTAG, und Rückstellungen für noch ausstehende Rechnungen Dritter enthalten. Das Nettoumlaufvermögen war wegen der Höhe des kurzfristigen Fremdkapitals im gesamten Betrachtungszeitraum negativ (TDM -3.400 zum 31. Dezember 1997 und TDM -10.118 zum 31. Dezember 1998).

### ***Investitionstätigkeit***

Der hohe Mittelabfluß aus Investitionstätigkeit in den Geschäftsjahren 1997 (TDM 10.178) und 1998 (TDM 14.788) erklärt sich aus der Ausweitung des Geschäfts. Die Investitionen betrafen im wesentlichen den Auf- und Ausbau der technischen Infrastruktur für das Kerngeschäft, die telefonische Auskunft, einschließlich der Ausstattung der Call-Center. Insbesondere wurde in die Erweiterung der Call-Center-Kapazität durch Eröffnung neuer Standorte und den Ausbau der Siemens-EWSD-Vermittlungstechnik investiert. Die Investitionen fielen ausschließlich im Inland an.

### ***Finanzierungstätigkeit und liquide Mittel***

*Finanzierungstätigkeit.* Die Finanzierung im Jahr 1997 erfolgte überwiegend durch Gesellschafterdarlehen (TDM 17.085) und zwei Kapitalerhöhungen um TDM 532 bzw. TDM 353. Im Jahr 1998 erfolgte eine weitere Kapitalerhöhung um nominal TDM 132 mit einem Agio von TDM 19.868, und TDM 5.500 eines bereits in 1997 zugesagten Bank-Darlehen wurden valuiert. Desweiteren flossen der Telegate im Jahre 1997 Investitionszuschüsse in Höhe von TDM 2.823 und im Jahre 1998 von TDM 3.556 zu.

*Liquide Mittel.* Die liquiden Mittel erhöhten sich im untersuchten Zeitraum von TDM 6.870 zum Ende des Geschäftsjahres 1997 auf TDM 7.412 zum Ende des Geschäftsjahres 1998, da der Mittelabfluß aus der Geschäfts- und Investitionstätigkeit (TDM 28.454) durch den Mittelzufluß aus der Finanzierungstätigkeit (TDM 28.996) kompensiert werden konnte.

### ***Kapitalausstattung und langfristige Verbindlichkeiten***

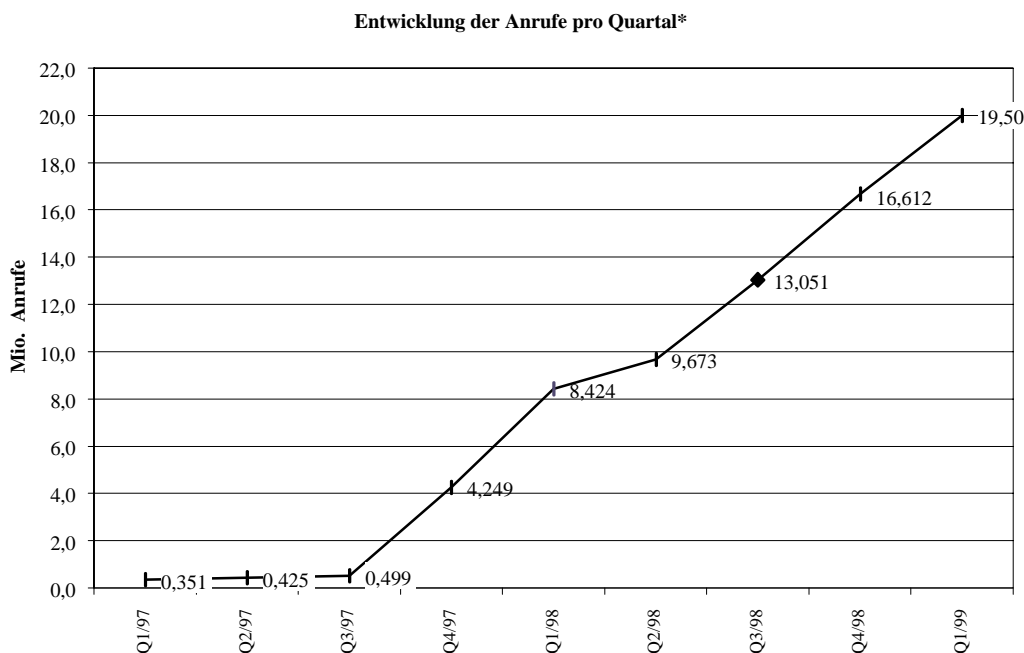
*Eigenkapital.* Das Eigenkapital entwickelte sich von TDM -11.381 zum 31. Dezember 1997 auf TDM -11.207 zum 31. Dezember 1998. Trotz der Einzahlungen in die Kapitalrücklage von TDM 21.308 wurde das Eigenkapital auch in 1998 vollständig verbraucht. Die Gesellschaft war damit auch zum 31. Dezember 1998 im handelsrechtlichen Sinne bilanziell überschuldet. Eine Überschuldung im konkursrechtlichen Sinne lag zum 31. Dezember 1998 gleichwohl wegen der hierbei als Eigenkapital zu qualifizierenden Gesellschafter-Darlehen mit Rangrücktritt in Höhe von insgesamt TDM 17.197 nicht vor.

*Langfristige Verbindlichkeiten.* Telegate wurde im Jahr 1997 eine langfristige Investitionskreditlinie in Höhe von TDM 13.500 eingeräumt, die im Jahr 1998 mit TDM 5.500 valuiert und noch im selben Jahr um TDM 1.100 zurückgeführt wurde. Der Kredit ist bis zum Jahr 2004 in halbjährlichen Raten zurückzuführen.

## GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

### Einführung

Telegate bietet bundesweit Auskunftsdienstleistungen (Inlands- und Auslandsauskunft) unter der Rufnummer 11 88 0 an. Die Gesellschaft wurde im August 1996 gegründet und baute zunächst ihr erstes Call-Center in Neubrandenburg auf. Seit Dezember 1996 bietet Telegate bundesweit Auskunftsdienstleistungen über das Festnetz an; zunächst über die Rufnummer 0 11 99, seit Oktober 1997 über die neue Rufnummer 11 88 0. Seit dem 1. Januar bzw. 1. Februar 1998 ist Telegate über die Rufnummer 11 88 0 auch über Mobilfunk aus dem D2- sowie dem D1-Netz und seit dem 1. April 1998 aus dem e-plus-Netz erreichbar. Heute verfügt Telegate über 6 Call-Center, aus denen Auskunftsdienstleistungen erbracht werden. Im ersten Quartal 1999 bediente Telegate 19,5 Millionen Anrufer und wickelte damit in der Spitze bis zu 300.000 Anrufe pro Tag ab. Neben dem Kerngeschäftsfeld Auskunftsdienstleistungen bietet Telegate weitere Dienstleistungen wie den Zugang zu Servicenummern, den Zugang zur Wetterauskunft und Weitervermittlung an. Die nachfolgende Graphik demonstriert die Entwicklung des abgewickelten Anrufvolumens seit Aufnahme des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft bis Ende März 1999.



\*Die Graphik zeigt die Anzahl aller bearbeiteten Anrufe (inkl. Outsourcer).

### Strategie

Das Ziel von Telegate besteht darin, der führende alternative Anbieter von Telefonauskunftsdienstleistungen neben der DTAG und ein führender Anbieter sonstiger Informationsdienstleistungen in Deutschland zu werden. Telegate beabsichtigt weiter, Informationsdienstleistungen mittelfristig auch im Ausland anzubieten und ihre technische Infrastruktur dazu zu benutzen, auch Sprachtelefondienstleistungen mit Spezialtarifen zu erbringen. Im einzelnen beabsichtigt Telegate:

*Entwicklung der Dachmarke.* Telegate hat durch konsequente Marketingmaßnahmen vor allem im Rundfunk und Fernsehen nach Auffassung der Gesellschaft einen nennenswerten Bekanntheitsgrad des Namens Telegate und der Rufnummer 11 88 0 erreicht. Die Gesellschaft plant, den Namen Telegate als Dachmarke auch für der Rufnummernauskunft verwandte Dienstleistungen zu nutzen.

*Entwicklung zu einem führenden Informationsanbieter.* Telegate ist heute nach der DTAG der größte Auskunftsanbieter in Deutschland und bietet Inlands- wie auch Auslandsauskunftsdienste an. Telegate beabsichtigt, sich im Rahmen der durch die Rufnummerzuteilung für Auskunftsunternehmen gesetzten Grenzen (siehe dazu oben "Risikofaktoren – Risiken bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder" und unten "Lizenzen") zum allgemeinen Informationsanbieter weiter zu entwickeln und deckt mit dem Zugang zur Wetterauskunft bereits einen ersten Service in diesem Bereich ab. Im Laufe des Jahres 1999 soll dieses

Geschäftsfeld durch bundesweiten Zugang zu Kinauskunft und Börsen- sowie Sportinformationen und danach durch kontinuierliche Hinzufügung weiterer Informationsdienstleistungen erweitert werden. Die hierzu benötigten Informationen bezieht Telegate von dritten Unternehmen. Telegate erwartet insbesondere aufgrund des Wachstums im Telekommunikationssektor eine wachsende Nachfrage nach Informationen. Während im Festnetzbereich diese gesteigerte Nachfrage auch über alternative Medien wie das Internet abgedeckt werden kann, bestehen im Mobilfunksektor derartige Alternativen in der Regel noch nicht. Das Internet zeichnet sich im übrigen durch eine derzeit noch beschränkte Anzahl von Teilnehmern und durch einen derzeit vergleichsweise komplexen Informationszugang aus.

*Erbringung von Call-Center Diensten.* Im Bereich Call-Center Dienste erbringt Telegate bereits im Outsourcing Auskunftsdienste für die alternativen Telekommunikationsgesellschaften Mannesmann Arcor, debitel, o.tel.o und e-plus. Telegate beabsichtigt, ihre bestehenden Call-Center auch für andere Dienstleistungen Dritter (z.B. für Reservierungen, Bestellungen, Kundendienste) zwecks optimaler Ausnutzung ihrer Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

*Datenvermarktung.* Telegate beschafft sich derzeit die für Auskunftsdienstleistungen erforderlichen Daten von Dritten, insbesondere von der DTAG. Telegate wird zukünftig so beschaffte Daten selbst verwalten und pflegen und diesen Datenbestand Dritten gegen Entgelt zur Verfügung stellen.

*Internationale Ausdehnung.* Wie noch vor kurzem in der Bundesrepublik Deutschland werden in den meisten Ländern Europas Auskunftsdienstleistungen von den staatlichen bzw. ehemals staatlichen Telekommunikationsunternehmen angeboten. Telegate beabsichtigt, das in Deutschland gewonnene Know-how und die bei der Entwicklung des Auskunftsdienstes gewonnene Erfahrung in Abhängigkeit von den einzelstaatlichen Regulierungsrahmen dazu auszunutzen, um Auskunftsdienste auch in anderen Ländern Europas sowie in den USA anzubieten. Als mittelfristig erreichbare Länder hat die Gesellschaft in Europa Österreich, Spanien, das Vereinigte Königreich, Schweiz, Italien, Liechtenstein, Frankreich, Türkei und die Beneluxstaaten identifiziert. Telegate prüft im übrigen derzeit, inwieweit ausländischen Telekommunikationsunternehmen Outsourcing-Dienstleistungen angeboten werden können, im Rahmen derer Kunden solcher Unternehmen im Ausland deutsche Teilnehmerdaten über Telegate abfragen könnten. Im Zuge der angestrebten internationalen Ausdehnung hat sich Telegate bereits die Nutzung der Rufnummer 11 88 0 in Luxemburg sowie der 11 88 00 in Österreich gesichert.

*Anbieten von Sprachtelefondienstleistungen.* Telegate verfügt für die technische Abwicklung ihrer Auskunftsdienstleistungen über ein angemietetes Telekommunikationsnetz und eigene Vermittlungsstellen. Telegate beabsichtigt, diese Infrastruktur zwecks Ausnutzung von Synergien auch zum Anbieten von Sprachtelefondiensten im Festnetz in ausgewählten Bereichen einzusetzen (Netzzugangsnummer 0 10 80). Hierbei wird sich Telegate auf Sprachtelefondienste aus ausgewählten Großstädten konzentrieren und besonders günstige Tarife für Gespräche zwischen diesen Großstädten ("city to city") und von solchen Großstädten ("city to nation") anbieten. Voraussichtlich noch im Mai sollen unter der Telegate-Netzzugangsnummer Sprachtelefondienste in Hamburg angeboten werden. Im Juni soll das Angebot auf die Städte Berlin, Frankfurt, Hannover, München, Nürnberg und Stuttgart erweitert werden. Die Zuführung von Anrufen erfolgt nach Aufnahme aus dem Netz der DTAG über das Netzwerk von Telegate; die Terminierung eines Anrufes kann wahlweise über andere Telekommunikationsnetze, wie z.B. das der RSL Com, erfolgen.

## **Wirtschaftliches und regulatorisches Umfeld**

### ***Überblick***

Deutschland ist der größte Telekommunikationsmarkt in Europa. Nach Schätzungen der Gesellschaft, die auf Angaben der DTAG in ihrem Geschäftsbericht 1997, als die DTAG noch weitgehend eine Monopolstellung hatte, basieren, werden derzeit jährlich ca. 500 Mio. Anrufe mit Auskunftswünschen in Deutschland abgewickelt. Daraus ergibt sich auf Grundlage des heutigen Preisniveaus ein Marktvolumen von geschätzt knapp DM 1 Mrd. p.a.

Bis zur schrittweisen Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsmarktes war die DTAG der einzige Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsdienstleistungen im Festnetz und auch für Auskunftsdienstleistungen. Hieran änderte sich mit der Zulassung von Wettbewerbern im Mobilfunkbereich Anfang der neunziger Jahre nichts. Erst mit der vollständigen Liberalisierung auch des öffentlichen Sprachtelefondienstes im Festnetz am 1. Januar 1998 wurde es privaten Anbietern wirtschaftlich möglich, in Konkurrenz zur DTAG Auskunftsdienstleistungen anzubieten. Bis zu diesem Zeitpunkt hinderten hohe und unregulierte Netzzugangs- und Datenbankkosten sowie ein quersubventionierter, nicht kostendeckender Auskunftspreis der DTAG einen wirtschaftlichen Wettbewerb auf dem Gebiet der Auskunftsdienstleistungen.

Im Frühsommer 1996 wurde Telegate vorläufig die Auskunftsnummer 0 11 99 zugeteilt, die durch Telegate seit Dezember 1996 genutzt wurde. Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation ("BMPT") hat mit Datum vom 19. März 1997 "Vorläufige Regeln für die Zuteilung von Rufnummern für Auskunftsdienste" vorgelegt. Danach konnten Auskunftsdienste Rufnummern beantragen, sofern sie durch ein detailliertes Realisierungskonzept nachgewiesen haben, daß sie Auskunftsdienste betreiben wollen. Telegate wurde im Juni 1997 im Rahmen einer Rufnummerzuteilungsveranstaltung die Rufnummer 11 88 0 zugeteilt. Seit dem 1. Oktober 1997 ist diese Rufnummer bundesweit geschaltet.

### ***Lizenzpflichtigkeit***

Das bloße Anbieten von Auskunftsdiensten einschließlich der Terminierung von Anrufen durch Weitervermittlung ist lizenzfrei. Ein Auskunftsdienst bedarf jedoch für eine optimale Leistungsabwicklung der Zuteilung einer speziellen Rufnummer, deren Vergabe sich nach Vergaberichtlinien richtet, die vom BMPT aufgestellt wurden und eine Zuverlässigkeitsprüfung beinhalten. Nach den derzeit geltenden vorläufigen Richtlinien dient ein Auskunftsdienst allein der Weitergabe von Nummern und Teilnehmerdaten; zulässig ist daneben die Weitervermittlung an eine vom Anfragenden gewünschte Teilnehmernummer. Informationsdienste, die nicht der Weitergabe von Nummern und Teilnehmerdaten dienen, können daher unter der Auskunftsnummer 11 88 0 nur in Form der Weitervermittlung erbracht werden. Bei Nichteinhaltung dieser Richtlinien, insbesondere infolge der Erbringung von Dienstleistungen unter der Auskunftsnummer, die nicht Auskunftsdienst sind, kann die Auskunftsnummer entzogen werden. Siehe unten "Lizenzen".

Für das Angebot von Sprachtelefondiensten ist nach dem Telekommunikationsgesetz ("TKG") eine Lizenz erforderlich. Das TKG sieht vier Lizenzklassen vor, und zwar für

- das Betreiben von Übertragungswegen jeweils für die Öffentlichkeit für Mobilfunkdienstleistungen (Lizenzklasse 1), Satellitenfunkdienstleistungen (Lizenzklasse 2) und andere Telekommunikationsdienstleistungen (Lizenzklasse 3) sowie
- das Angebot von Sprachtelefondienst auf der Basis selbst betriebener Telekommunikationsnetze (Lizenzklasse 4).

Die Vergabe von Lizenzen ist grundsätzlich zahlenmäßig nicht limitiert. Telegate verfügte zunächst nur über eine auf Verbindungslinien zwischen den acht Regeleinzugsbereichen der DTAG und den beiden Vermittlungsknoten der Telegate in Rostock und Neubrandenburg beschränkte Lizenz der Klasse 4 (Linienlizenz). Am 11. Februar 1999 wurde Telegate eine bundesweite Lizenz der Lizenzklasse 4 für den Sprachtelefondienst erteilt.

### ***Tarife***

Nach dem TKG unterliegen Tarife im Telekommunikationsbereich einer besonderen regulatorischen Kontrolle. Das TKG unterscheidet zwischen Entgelten, die der vorherigen Genehmigung bedürfen, und solchen, die nur einer nachträglichen Prüfung unterliegen.

*Netzzugangstarife.* Hinsichtlich der Bedingungen des Netzzugangs ist die DTAG verpflichtet, anderen Nutzern Zugang zu ihrem Telekommunikationsnetz zu gewähren. Dieser Zugang kann über allen Nutzern zugängliche Anschlüsse (allgemeiner Netzzugang) und über besondere Anschlüsse (besonderer Netzzugang) gewährt werden; letzteres schließt die Zusammenschaltung von Netzen ein. Für die Inanspruchnahme der Zuführungsleitungen der DTAG entrichtet Telegate derzeit Gebühren aufgrund einer Vereinbarung über den besonderen Netzzugang. Dieser Vertrag über den Anschluß für Telekommunikationsdiensteanbieter (sogen. AfTD-Vertrag) beinhaltet einen Tarif, der über dem von der Regulierungsbehörde festgesetzten Tarif für Zusammenschaltungsvereinbarungen liegt. Nach derzeitigem Stand belaufen sich diese Gebühren auf durchschnittlich 0,059 DM pro Minute.

*Datenzugangstarife.* Nach dem TKG steht der Telegate ein Anspruch auf Übermittlung von Teilnehmerdaten gegen Entgelt durch die DTAG zu. Das BMPT und später die Regulierungsbehörde haben es abgelehnt, über die Angemessenheit der Preisgestaltung der DTAG zu entscheiden, da die Zurverfügungstellung von Teilnehmerdaten nicht als Telekommunikationsdienstleistung im Sinne des TKG zu qualifizieren sei. Telegate und ein alternativer Netzbetreiber haben daraufhin gegen die DTAG ein Mißbrauchsverfahren vor dem Bundeskartellamt in Berlin eingeleitet. Das Bundeskartellamt hat das Mißbrauchsverfahren inzwischen eingestellt, jedoch bestimmte Eckpunkte für eine vertragliche Einigung zwischen der DTAG und den betroffenen Unternehmen definiert. Aufgrund dieser Eckpunkte ist zu erwarten, daß sich für Telegate nach Abschluß eines neuen Vertrages mit der DTAG die Kosten für den Datenzugriff reduzieren werden.

*DTAG-Auskunftstarife.* Die von der DTAG selbst angebotenen Auskunftsdienstleistungen müssen nach dem TKG "erschwinglich" sein. Ob dies ein Verbot für marktbeherrschende Unternehmen wie die DTAG einschließt, Abschlüsse auf den Tarif vorzunehmen, die die Wettbewerbsmöglichkeiten anderer Unternehmen auf einem Markt der Telekommunikation beeinträchtigen, ist umstritten.

### **Angebotene Dienstleistungen**

Das Kerngeschäftsfeld der Telegate beinhaltet das Anbieten von Informationen, insbesondere Auskunftsdienstleistungen sowie Weitervermittlung an Servicenummern. Darüber hinaus bietet Telegate auch Weitervermittlung zu anderen Endteilnehmern an.

### ***Inlands- und Auslandsauskunft***

Telegate bietet Kunden in der Bundesrepublik Deutschland über die Rufnummer 11 88 0 Auskunftsdienstleistungen über Anschlüsse in der Bundesrepublik Deutschland sowie in Österreich, Frankreich, Schweiz, Großbritannien und den USA an. Für die Auslandsauskunft verfügt Telegate über einen Zugriff auf die Teilnehmerdatenbanken von PTA (Österreich), SWISSCOM (Schweiz), British Telecom (Vereinigtes Königreich), France Telecom (Frankreich) sowie LSSI (USA). Die erteilten Auskünfte umfassen nicht nur bestimmte Verbindungen (Telefon-, Fax- und Mobilfunknummern) einschließlich kompletter Adressen, sondern auch Auskünfte über bestimmte Branchen (etwa alle Zahnärzte in einem bestimmten Ortsnetzbereich, alle Autovermieter in Deutschland, etc.). Als besonderen Service bietet Telegate seit dem 1. Februar 1999 ohne Mehrkosten auch Auskunftsdienstleistungen auf Türkisch für türkische Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland an. Auskunftsdienstleistungen in weiteren Fremdsprachen sind geplant. Auskünfte werden von den Operatoren persönlich, also nicht über eine Tonbandansage, erteilt. Sollte Telegate eine einzelne Anfrage innerhalb von 2 Minuten nicht beantworten können, wird der Kunde in der Regel kostenlos zurückgerufen.

Telegate erbringt des weiteren seit April 1998 Auskunftsdienstleistungen im Outsourcing für Telekommunikationsunternehmen über die diesen zugeteilten Auskunftsnummern. Derzeit umfassen diese Unternehmen Mannesmann-Arcor (Rufnummer 11 87 0), debitel (11 81 8), e-plus (11 87 7) und seit Dezember 1998 o.tel.o. (11 88 8) und damit Telekommunikationsunternehmen, die ursprünglich teilweise Auskunftsdienstleistungen selbst abgewickelt haben. Die Kunden werden über die den Outsourcing-Partnern zugeteilten Auskunftsnummern direkt mit den Call-Centern der Telegate verbunden. In den Call-Centern sind jeweils bestimmte Operatoren für die Bedienung der über die Outsourcing-Partner zugeleiteten Auskunftsersuchen zuständig. Diese Operatoren erbringen den Auskunftsdienst der Telegate im Namen des jeweiligen Outsourcing-Partners. Den betroffenen Telekommunikationsunternehmen werden besondere Tarife nach einem Preismodell für Outsourcing-Partner berechnet. Von dem Gesamtvolumen der durch Telegate erbrachten Auskunftsdienstleistungen entfällt derzeit insgesamt nur ein Anteil von ca. 4,1% aller Auskunftsanfragen auf durch die Outsourcing-Partner zugeschaltete Gespräche.

### ***Sonstige Informationsdienstleistungen***

Telefonkunden verfügen häufig nicht über die gerade benötigten Servicenummern. Telegate bietet neben Telefonauskünften die Weitervermittlung zu über 4.500 Servicenummern an und verfügt hierbei über eine umfangreiche Datenbank für kostenfreie 0130/0800 sowie sogenannte shared-cost 0180-Nummern. Zu den angebotenen Servicenummern zählen etwa Autoservicestationen einschließlich ADAC, Schlüsseldienste oder die Buchungshotline der Lufthansa. Die Kunden haben die Wahl, sich die gewünschte Nummer zu notieren und selbst anzuwählen oder sich weitervermitteln zu lassen; in letzterem Fall stellte Telegate bis Ende Januar 1999 für die Dauer des Gespräches ihre allgemeinen Tarife (siehe unten "Tarife") und seitdem in Abhängigkeit von Distanz, Tageszeit, Wochentag und Dauer des weiterverbundenen Gesprächs unterschiedliche Tarife in Rechnung.

Telegate vermittelt Anrufer über die Rufnummer 11 88 0 an die Online-Datenbank "WetterMax", die Auskünfte über die aktuelle Wetterlage in Deutschland und eine Sturmvorhersage für die nächsten drei Tage erteilt. Diese Datenbank wurde von der More&More Communication (Ismaning) sowie dem Deutschen Wetterdienst gemeinsam entwickelt.

### ***Call Completion***

Seit September 1998 verbindet Telegate Auskunftssuchende auf Wunsch zum gewünschten Gesprächsteilnehmer weiter, statt dem Anrufer nur die gewünschte Rufnummer mitzuteilen. Ein solcher Service ist insbesondere für Auskunftssuchende aus dem Mobilfunknetz äußerst hilfreich, da diese häufig keine Möglichkeit haben, sich eine Rufnummer zu notieren. Technisch wird die Terminierung des Anrufs grundsätzlich über RSL Com abgewickelt, die mit den Vermittlungsknoten der Telegate durch Mietleitungen verbunden ist. Bei

Kapazitätsengpässen der RSL Com kann die Weitervermittlung auch über das Netz der DTAG oder andere Telekommunikationsnetze anderer Anbieter erfolgen. Telegate zahlt der RSL Com für die Inanspruchnahme der Leistungen ein Entgelt zu derzeit noch mündlich vereinbarten Tarifen; der Abschluß einer schriftlichen Zusammenschaltungsvereinbarung ist in Kürze zu erwarten.

### **Tarife (brutto)**

Telegate erhebt derzeit für Anfragen aus dem Festnetz der DTAG eine einmalige Auskunftgebühren von DM 0,968 und DM 0,121 je angefangene 7,5 Sekunden. Die Zeit, die ein Anrufer in einer Warteschleife zubringt, wird von Telegate nicht berechnet. Für Call-Completion werden seit Februar 1999 dem Anrufer in Abhängigkeit von Distanz, Tageszeit, Wochentag und Dauer des weiterverbundenen Gesprächs unterschiedliche Tarife berechnet.

Für Anfragen aus dem Mobilfunknetz werden dem jeweiligen Mobilfunkbetreiber derzeit je Anfrage DM 1,58 berechnet.

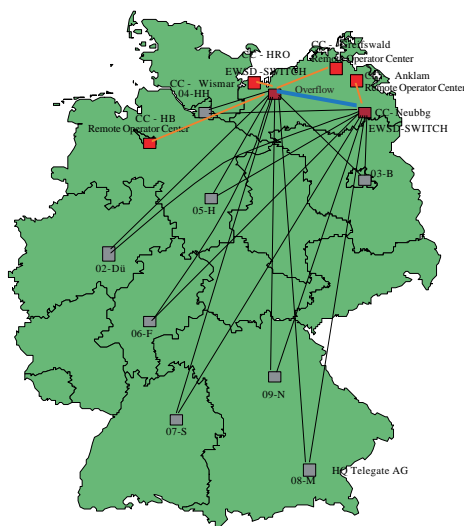
Für die Auslandsauskunft findet ein gestaffelter Tarif je nach den Kosten des Datenzugangs Anwendung, der von Land zu Land unterschiedlich ist.

Telegate konkurriert mit ihren Wettbewerbern in erster Linie über den angebotenen Service. Deshalb beabsichtigt Telegate grundsätzlich nicht, ihre Tarife zu senken und mit den Wettbewerbern in einen Preiskampf zu treten, sofern nicht ohne Preissenkung wesentliche Marktanteilsverluste drohen würden.

### **Netzwerk, Call-Center und Datenbasis**

#### *Netzwerk*

Anrufe von Kunden, die über ihren Festnetzanschluß oder über Mobilfunk Auskunftsdienstleistungen von Telegate in Anspruch nehmen möchten, werden über das Netzwerk der DTAG an Netzzugangspunkten in acht Regeleinzugsbereichen (Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Hannover, Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg) gesammelt und von dort über angemietete Standleitungen zu den beiden Vermittlungseinrichtungen der Telegate in Rostock und Neubrandenburg und von dort an die Call-Center weitergeleitet. Per Ende Februar 1999 ist die Kapazität des Telegate-Netzwerkes darauf ausgelegt, täglich maximal 330.000 Auskunftsanfragen zu beantworten. Die Anmietung weiterer Leitungen soll bis Ende Mai 1999 erfolgen und eine Kapazitätserweiterung auf bis zu 450.000 Anfragen täglich bewirken. Die nachfolgende Graphik illustriert die Anordnung des Telegate-Auskunftsnetzwerkes in der Bundesrepublik Deutschland:



Für die Inanspruchnahme der Zuführungsleistungen und der Netzzugangspunkte der DTAG entrichtet Telegate Gebühren aufgrund einer Netzzugangsvereinbarung mit der DTAG. Nach derzeitigem Stand belaufen sich diese Gebühren auf durchschnittlich 0,059 DM pro Minute. Die Verbindung aus den Netzen der Mobilfunkbetreiber erfolgt grundsätzlich ebenfalls über die DTAG. Das e-plus Netz ist mit dem Netz von



Telegate durch Standleitung direkt verbunden. Die Anbindung an Outsourcing-Partner erfolgt über Mietleitungen zu den Netzknoten in Neubrandenburg und Rostock.

Von den Netzzugangspunkten der DTAG aus hat Telegate ein Netz von Standleitungen der DTAG fest angemietet, über die die Anrufe an die vermittelnden Netzknoten (sog. Switches) der Telegate in Rostock oder Neubrandenburg gelangen. Diese Netzknoten bestehen aus EWSD (Elektronisches Wähl System Digital)-Vermittlungsrechnern der Firma Siemens AG, welche aufgrund ihrer verbreiteten Verwendung im Telekommunikationssektor die Anbindung an die verschiedenen Telefonnetze gewährleisten. Von den Netzknoten aus werden die Anrufe ebenfalls über Standleitungen an die Call-Center der Telegate weitergeleitet. Bereits in den EWSD-Vermittlungssystemen wird über das System ADMOSS (Advanced Multifunctional Operator Service System) und die darin integrierte ACD-Funktionalität (automatic call distribution) eine gleichmäßige Verteilung der ankommenden Gespräche auf alle angemeldeten Operatorplätze erzielt. Abhängig von der gewünschten Auskunft können geschulte und erfahrene Operatoren ausgewählt werden, was z. B. die Bearbeitung einer Anfrage auf Türkisch erleichtert.

Die Auskunftstechnik wird mittels mehrerer Softwareprodukte der Firma PC-Plus Computing GmbH realisiert, die die Anbindung an die Auskunftsdatenbanken der nationalen und internationalen Netzbetreiber ermöglicht. Die Anbindung an die Teilnehmerdatenbank der DTAG erfolgt mittels Datenleitungen an das Rechenzentrum Bielefeld.

#### *Call-Center*

Telegate unterhält derzeit 6 Call-Center mit per Ende März 1999 insgesamt ca. 1.527 festangestellten Operatoren, die Auskunftswünsche entgegennehmen. Im einzelnen handelt es sich um die Auskunftsstellen Neubrandenburg, Greifswald, Anklam, Rostock, Bremen und das im März 1999 eröffnete Call-Center in Wismar mit 748 Operatorplätzen. Die Call-Center sind an sieben Tagen in der Woche besetzt und werden typischerweise im Mehrschichtenbetrieb betrieben; einzelne Call-Center werden 24 Stunden am Tag betrieben. Um Wartezeiten der Kunden zu verhindern, muß der Personaleinsatz genau geplant sein; hierzu wird spezielle Software eingesetzt. Aufgrund der Auswertung entsprechender Daten werden für jeden einzelnen Operator unter Berücksichtigung von Personalbedarf, Einsatzwünschen, Urlaubsplanung und Krankenstand Schichtmodelle und Einsatzpläne erstellt. Das System überprüft fortlaufend, ob der erstellte Einsatzplan mit der tatsächlichen Zahl der Anrufseingänge übereinstimmt.

In den Call-Centern bestehen drei Ebenen: Operatoren bearbeiten alle eingehenden Gespräche und können in Gruppen zusammengefaßt werden. Der Teamleiter leitet eine Gruppe von Operatoren, die u.a. im Problemfall ihre Gespräche an ihn weiterleiten können. Ein Einsatzplaner organisiert die Zuteilung der Operatoren zu den einzelnen Gruppen und die Arbeitszeiten. Der Operator erbringt die Auskunft mit Hilfe einer Workstation, auf welcher vermittlungstechnische und auskunftsbezogene Programmpakete installiert sind.

#### *Datenbasis*

Telegate verfügt über keinen eigenen Bestand an Teilnehmerdaten. Die einzige derzeit in Deutschland verfügbare Datenbank mit Teilnehmerdaten ist die Datenbank der DTAG in Bielefeld. Die Operatoren von Telegate greifen über die Suchmaschine NDIS (National Directory Inquiry System) direkt auf diese Datenbank zu. Für ihre Auslandsauskunft greift Telegate aufgrund vertraglicher Vereinbarungen online auf die Datenbanken der PTA (Österreich), SWISSCOM (Schweiz), British Telecom (Großbritannien), France Telecom (Frankreich) sowie LSSI (USA) zu.

Nach dem TKG steht der Telegate als Lizenznehmer für Sprachtelekommunikationsleistungen gegenüber der DTAG ein Anspruch auf Übermittlung von Teilnehmerdaten gegen ein Entgelt zu. Die DTAG berechnet den Anbietern von Auskunftsdienstleistungen derzeit DM 0,12 pro Datenbankzugriff und verlangt eine monatliche Bereitstellungspauschale in Höhe von DM 15.065,-. Zum 1. März 1998 kündigte die DTAG an, das Entgelt für den einzelnen Datenbankzugriff auf DM 0,1547 erhöhen zu wollen. Hiervon hat sie jedoch bislang abgesehen. Im Durchschnitt macht ein Auskunftersuchen eines Kunden ca. 3,5 Zugriffe des Operators auf die Datenbank der DTAG erforderlich; jede Auskunft verursacht derzeit daher durchschnittlich Zugriffskosten in Höhe von ca. DM 0,42. Das Bundeskartellamt hat bei Einstellung des von der Telegate und einem alternativen Netzbetreiber betriebenen Mißbrauchsverfahrens gegen die DTAG bestimmte Eckpunkte für künftige Datenzugriffstarife gesetzt. Telegate erwartet auf Grundlage dieser Eckpunkte zukünftig eine Tarifsenkung. Siehe "Wirtschaftliches und regulatorisches Umfeld – Tarife – Datenzugangstarife".

Telegate wird in naher Zukunft eine eigene Datenbank für Teilnehmerdaten einrichten. Für dieses Vorhaben sprechen neben wirtschaftlichen auch technische Gründe. Telegate könnte die Teilnehmerdaten in einer eigenen

Datenbank nach eigenen Vorstellungen erfassen, systematisieren und anreichern. Die technischen Nutzungsmöglichkeiten der Daten werden im wesentlichen nur durch regulatorische Auflagen der einschlägigen Telekommunikations- und Datenschutzgesetze beschränkt.

## **Kunden**

Telegate verfügt im Rahmen von Outsourcing Verträgen als vertraglich gebundene Kunden über derzeit 4 alternative Telekommunikationsunternehmen, für die die Gesellschaft Auskünfte im Outsourcing betreibt. Ansonsten entscheiden Kunden von Fall zu Fall, die Informationsdienstleistungen von Telegate oder die eines anderen Auskunftsdienstes in Anspruch zu nehmen. Auch die Kunden der Outsourcing-Partner sind bei der Auswahl ihres Auskunftsdienstes frei.

## **Vertrieb und Marketing**

Telegate, die mit Zuteilung der der ehemaligen Auskunftsnummer der DTAG (0 11 88) stark ähnelnden Rufnummer 11 88 0 eine günstige Ausgangsposition für die Steigerung ihres Bekanntheitsgrades erlangte, hat im Oktober 1997 eine umfangreiche Werbekampagne in Rundfunk und Fernsehen sowie Printmedien gestartet. Im Jahre 1997 beliefen sich die Aufwendungen für Werbung auf ca. DM 9,4 Mio. Auch im Jahre 1998 hat Telegate zwecks Steigerung des Bekanntheitsgrades die Werbung, vor allem im Rundfunk und Fernsehen, fortgesetzt und hierbei ca. DM 26,6 Mio. aufgewandt. Die Bedeutung der Werbung für die Entwicklung des Anrufvolumens ist erheblich. In den nächsten Jahren plant Telegate eine konsequente Fortführung der Werbung vor allem in Rundfunk und Fernsehen und in geringerem Umfang auch in Printmedien und hat hierfür für das Jahr 1999 eine weitere Erhöhung der Ausgaben eingeplant.

## **Abrechnungssystem**

Die über das Festnetz erbrachten Auskunftsdienstleistungen der Telegate werden über die DTAG im Rahmen eines Abrechnungs- und Inkassovertrages abgerechnet. Dieser Vertrag ist von der DTAG zum 30. September 1999 gekündigt worden. Bis zum 31. Januar 1999 erfolgte die Abrechnung im Wege des sog. Online-billing: In ihren Vermittlungsstellen registrierte die DTAG, welche Teilnehmer wie lange die Auskunftsdienstleistungen der Telegate über die Rufnummer 11 88 0 in Anspruch genommen haben. Auf der Grundlage der Telegate-Tarife (vgl. hierzu oben "Tarife") wurden den Kunden die Kosten für die Inanspruchnahme der Rufnummer 11 88 0 mit der normalen Telefonrechnung der DTAG in Rechnung gestellt. Die DTAG leitete die für Telegate eingezogenen Entgelte an Telegate weiter. Das Entgelt für die Inkassoleistung der DTAG war in den Tarifen der DTAG für die Zuführung von Gesprächen enthalten.

Zum 1. Februar 1999 wurde auf die Abrechnung im Verfahren des Offline-billing umgestellt. In den beiden EWSDs in Neubrandenburg und Rostock werden die eingehenden Gesprächs- und Teilnehmerdaten erfaßt und den verschiedenen Produkten der Telegate (Auskunft, Weitervermittlung, Servicedienstleistungen) zugeordnet. Diese Zuordnung ermöglicht eine gezielte Berechnung der verschiedenen Dienste, insbesondere die Dienstleistung der Weitervermittlung, etwa in das Ausland. Das Inkasso erfolgt auch in Zukunft technisch weiter über die DTAG, wobei Telegate seit dem 1. März über ein eigenes Billing-System verfügt. Telegate übermittelt dabei die selbst erstellten Rechnungsdaten an die DTAG, die DTAG stellt unter Ausweisung der Telegate-Leistungen die Rechnung gegenüber den Kunden und führt das eingezogene Entgelt an Telegate unter Einbehaltung einer Inkassogebühr ab; das Insolvenz- und Inkassorisiko der Kunden verbleibt bei Telegate.

Im Mobilfunkbereich erfolgt für Anrufe aus dem D1- und D2-Netz die Abrechnung ebenfalls über die DTAG, während Anrufe aus dem Netz von e-plus direkt über den betreffenden Mobilfunkbetreiber abgerechnet werden.

## **Wettbewerber**

Mit der vollständigen Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsmarktes am 1. Januar 1998 wurde eine Reihe von Netzbetreibern auf dem deutschen Telekommunikationsmarkt tätig. Die Regulierungsbehörde hat insgesamt 25 Unternehmen Rufnummern für Auskunftsdienste erteilt. Die neuen Netzbetreiber haben jedoch in der Regel davon abgesehen, einen eigenen Auskunftsservice zu betreiben. Einige Netzbetreiber haben den Auskunftsservice über die ihnen zugeteilte Nummer an Telegate übertragen (Mannesmann-Arcor, debitel, o.tel.o., e-plus). Derzeit steht Telegate mit folgenden Unternehmen in direktem Wettbewerb:

*DTAG.* Aufgrund ihrer ehemaligen Monopolstellung ist die DTAG Marktführer. Die derzeitigen Tarife der DTAG entsprechen im wesentlichen den Tarifen der Telegate, wobei die Telegate derzeit nach Ablauf der ersten Minute günstigere Tarife in Rechnung stellt.

*FragFred/Deutsche Telefonbuch Verlags GmbH.* Seit dem 1. April 1998 bieten verschiedene regionale Telefonbuchverlage unter der Bezeichnung "Frag Fred" mit einem betont jugendlichen Image Auskunftsdienstleistungen unter der Rufnummer 11 81 1 an.

*Talkline.* Seit Oktober 1998 bietet Talkline einen Auskunftsdienst unter der Nummer 11 85 0 an. Die von Talkline angebotenen Auskunftsdienstleistungen umfassen auch die Weitervermittlung an eine gewünschte Rufnummer.

*Sonstige.* Neben den genannten Unternehmen bieten auch die Mobilfunknetzbetreiber T-Mobil und Mannesmann Mobilfunk Auskunftsdienste an, die jedoch nur von den eigenen Kunden über das jeweilige Mobilfunknetz erreicht werden können. Wettbewerber der Telegate sind letztendlich auch die Outsourcing-Partner, da diese über ihre eigene Auskunftsnummer einen Auskunftsdienst anbieten, auch wenn dieser (für den Kunden unsichtbar) über Telegate abgewickelt wird. Trotz des technologischen Vorsprungs, den sich Telegate auf dem Gebiet der Auskunftsdienstleistungen erworben hat, kann nicht ausgeschlossen werden, daß derartige Netzbetreiber, die überwiegend über wesentlich höhere finanzielle Ressourcen als Telegate verfügen, die Outsourcing-Vereinbarungen mit Telegate beenden und ihre Auskunftsdienste aktiver vermarkten und selbst abwickeln werden.

*Wettbewerb durch alternative Medien.* Auskunftssuchende haben eine Bandbreite von Möglichkeiten, sich Daten zu beschaffen. Hierzu zählen das Internet, Telefonbücher und auf CD-ROMs abgespeicherte Datensätze. Der durch Telefonbücher, CD-ROM und Internet erbrachte Auskunftsdienst, der neben der DTAG durch eine Vielzahl von Unternehmen angeboten wird, stellt nach Auffassung der Gesellschaft bislang keine wesentliche Konkurrenz zum telefonischen Auskunftsdienst dar. Telefonbücher und CD-ROMs müssen regelmäßig aus Aktualisierungsgründen neu beschafft werden. Der über Internet angebotene Auskunftsservice ist relativ langsam. Insbesondere im wachsenden Mobilfunkbereich sind derartige Medien häufig keine Alternative, da der Anrufer auf sie zumeist im entscheidenden Moment keinen Zugriff hat.

## **Lizenzen**

Das bloße Anbieten von Auskunftsdiensten einschließlich der Terminierung von Anrufen durch Weitervermittlung ist lizenzfrei. Ein Auskunftsdienst bedarf für eine optimale Leistungsabwicklung allerdings der Zuteilung einer speziellen Rufnummer. Telegate wurden im Juni 1997 im Rahmen einer Rufnummerzuteilungsveranstaltung die Rufnummer 11 88 0 (sowie noch die Nummern 11 88 7, 11 89 0, 11 89 9) zugeteilt. Diese Rufnummer darf allein zur Weitergabe von Nummern und Teilnehmerdaten verwendet werden; zulässig ist daneben die Weitervermittlung an eine vom Anfragenden gewünschte Teilnehmernummer. Bei Nichteinhaltung dieser Richtlinien, insbesondere infolge der Erbringung von Dienstleistungen, die nicht Auskunftsdienst sind, kann die Rufnummer entzogen werden. Telegate ist bestrebt, darauf zu achten, daß über die Rufnummer 11 88 0 nur Auskünfte über bestimmte Merkmale von Teilnehmern abgefragt werden können und sonstige, hiermit nicht in Verbindung stehende Informationsangebote, nur über eine Weitervermittlung an eine separate geographische Rufnummer bzw. eine Servicenummer angeboten werden. Die genauen Grenzen der Vermarktung und Benutzung einer Auskunftsnummer sind jedoch unscharf. Siehe auch "Risikofaktoren – Risiken bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder".

Telegate ist am 18. Dezember 1997 zunächst eine auf bestimmte Verbindungslinien beschränkte Lizenz der Lizenzklasse 4 für den Sprachtelefondienst auf der Basis selbstbetriebener Telekommunikationsnetze durch das BMPT erteilt worden. Mit dieser Lizenz erhielt Telegate das Recht, nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes und der darauf basierenden Rechtsverordnungen im Lizenzgebiet im Rahmen der Lizenzklasse 4 Sprachtelefondienste auf der Basis selbstbetriebener Telekommunikationsnetze anzubieten. Die Aufnahme des Betriebs durfte zum 1. Januar 1998 erfolgen. Der räumliche Geltungsbereich der Lizenz erstreckte sich auf die Fernlinien zwischen den Betriebsstätten Neubrandenburg und Rostock und den Endpunkten Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Hannover, Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg. Diese räumliche Beschränkung ist inzwischen entfallen, da Telegate am 11. Februar 1999 eine bundesweite Lizenz der Lizenzklasse 4 erteilt worden ist.

## **Wesentliche Verträge**

*Outsourcing-Verträge.* Die Telegate übernimmt im Outsourcing Auskunftsdienste für andere Telekommunikationsunternehmen. Mit Mannesmann-Arcor, debitel, e-plus und o.tel.o. hat die Telegate im Laufe des Jahres 1998 entsprechende Outsourcing-Verträge geschlossen. Nach den vertraglichen Vereinbarungen nimmt Telegate Anrufe unter der für die Erbringung des Auskunftsdienstes den Outsourcing-Partnern zugeteilten Rufnummern entgegen und erteilt dem Anrufer die gewünschte Auskunft über Teilnehmerdaten. Darüber hinaus bietet Telegate nach entsprechender Aufforderung durch die Outsourcing-Partner den Anrufern die

Weitervermittlung an eine gewünschte Rufnummer an. Die Verträge mit den Outsourcing-Partnern haben eine Laufzeit von ca. drei Jahren und sind sodann mit einer Frist von drei bis zwölf Monaten kündbar.

*Verträge mit der DTAG.* Telegate hat am 8. November 1996 mit der DTAG einen Vertrag über den Zugang zu dem Telefonnetz der DTAG durch einen "Anschluß für Diensteanbieter (AfD)" geschlossen. Neben dem Netzzugang regelt dieser Vertrag den Zugriff von Telegate auf die Datenbank der DTAG und das Auskunftssystem AKS und die Erbringung von Abrechnungsleistungen durch die DTAG. Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. Dezember 1999 und verlängert sich automatisch um 1 Jahr, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von 3 Monaten vor Ablauf gekündigt wird. Dieser Vertrag ist zwischenzeitlich mehrfach geändert worden. Durch Änderungsvertrag vom 21./28. Oktober 1997 wurde Telegate an das neue Abfragesystem NDIS der DTAG angebunden. Der Netzzugang wurde durch Änderungsvertrag vom 7. Mai 1998 auf den für Telegate günstigeren "Anschluß für Telekommunikationsdiensteanbieter (AfTD)" umgestellt. Die Abrechnung mit der DTAG erfolgt seit Februar 1999 auf der Grundlage eines gesonderten Abrechnungs- und Inkassovertrags vom 2./12. Oktober 1998, der durch die DTAG zum 30. September 1999 gekündigt wurde. Siehe "Risikofaktoren – Risiken bei der Abrechnung durch DTAG".

Neben dem AfD/AfTD-Vertrag hat die Telegate am 7. April 1998 eine Zusammenschaltungsvereinbarung mit der DTAG geschlossen, welche den Zusammenschluß des Telegate-Netzes (angemietete Standleitungen, die über Vermittlungsstellen miteinander verbunden sind) mit dem Festnetz der DTAG regelt. Die Auskunftsdienstleistungen der Telegate werden derzeit jedoch auf der Basis des AfD/AfTD-Vertrages und nicht aufgrund der Zusammenschaltungsvereinbarung erbracht. Seitdem Telegate eine bundesweite Lizenz der Lizenzklasse 4 erteilt worden ist, kann Telegate auf Grundlage dieser Zusammenschaltungsvereinbarung neben dem bisherigen Kerngeschäft (Informationsdienstleistungen), weitere Telekommunikationsdienstleistungen, wie z.B. bundesweite Sprachtelefonie abwickeln. Die Zusammenschaltungsvereinbarung ist mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines jeden Jahres kündbar; überdies kann unter bestimmten, in der Vereinbarung definierten Umständen jede Partei eine Neuverhandlung des Vertrages bzw. eine Änderung verlangen. Die in der Zusammenschaltungsvereinbarung enthaltenen Preise sind vorläufig und mit der Maßgabe vereinbart worden, daß die von der Regulierungsbehörde vorläufig oder endgültig angeordneten Preise aufgrund von Entscheidungen der Regulierungsbehörde oder der Gerichte, gegebenenfalls mit Rückwirkung, Gültigkeit erlangen. Die DTAG hat wie in bezug auf andere Telekommunikationsunternehmen auch mit Schreiben vom 21. Dezember 1998 die Zusammenschaltungsvereinbarung mit Telegate mit Wirkung zum 31. Dezember 1999 gekündigt, um eine Neuverhandlung der Tarife für Zusammenschaltungsleistungen (Interconnection Tarife) einzuleiten. Von dieser Kündigung ist das Kerngeschäft der Telegate nicht betroffen, da die Auskunftsdienstleistungen derzeit auf der Grundlage des AfD/AfTD-Vertrags erbracht werden.

*Zusammenschaltungsvereinbarung mit RSL Com.* Telegate verhandelt derzeit den Abschluß einer Zusammenschaltungsvereinbarung mit der RSL Com. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung soll RSL Com Leistungen auf dem Gebiet der Weitervermittlung von Anrufen und der Sprachtelefonie (call by call) erbringen. Dies erfolgt derzeit noch auf Grundlage einer formlosen Vereinbarung.

## **Rechtsstreitigkeiten**

Telegate und ihre Tochtergesellschaften sind bzw. waren außer an den unten genannten Verfahren nicht an Gerichts- oder Schiedsverfahren, die einen erheblichen Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft oder ihrer Tochtergesellschaften haben könnten oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben, beteiligt. Solche Verfahren sind nach Kenntnis der Gesellschaft oder ihrer Tochtergesellschaften auch nicht angedroht.

Telegate ist als Kläger an einer Reihe von Verwaltungsrechtsstreitigkeiten beteiligt, die sich insbesondere gegen die Bundesrepublik Deutschland richten. Dabei geht es um die Verpflichtung der zuständigen Regulierungsbehörde, der Quersubventionierung des Auskunftsdienstes der DTAG zu begegnen, gegen die nach Auffassung der Telegate überhöhten Datenzugangskosten der DTAG einzuschreiten und einen für Telegate günstigeren Tarif für den besonderen Netzzugang anzuordnen. Teilweise sind diese Rechtsstreitigkeiten durch Kartellrechtsverfahren bzw. die Veränderung regulatorischer Rahmenbedingungen überholt, so daß sich ein Weiterbetreiben der Verwaltungsrechtsstreitigkeiten möglicherweise erübrigt. Im übrigen würde Telegate von einem ihr günstigen Verfahrensverlauf profitieren; sollte Telegate in den angestrengten Verwaltungsverfahren unterliegen, hätte dies jedenfalls keine Belastung der Gesellschaft für die Vergangenheit zur Folge.

## **Mitarbeiter**

Zum 31. Dezember 1998 beschäftigte Telegate 1.283 Mitarbeiter im Rahmen eines festen Arbeitsverhältnisses. Zum 31. Dezember 1996 beschäftigte Telegate 56, zum 31. Dezember 1997 488 festangestellte Mitarbeiter. Nur gelegentlich greift die Gesellschaft auf Zeitarbeitskräfte zurück. Die Gesellschaft

geht davon aus, daß sie in der Vergangenheit gute Beziehungen mit den Mitarbeitern aufgebaut hat. Dies wird belegt durch eine geringe Zahl von Kündigungen seitens der Mitarbeiter und das Fehlen von Arbeitsniederlegungen in jeder Form. Für die Mitarbeiter gelten keine Tarifverträge. Die Standardarbeitsverträge der Gesellschaft sehen 30 Arbeitsstunden pro Woche oder 130 Arbeitsstunden pro Monat vor. Der jährliche Urlaubsanspruch beträgt je nach Alter zwischen 25 und 30 Arbeitstage.

### **Grundbesitz**

Telegate verfügt nicht über eigenen Grundbesitz. Sämtliche Geschäftsgebäude und Betriebsräume einschließlich der Call-Center sind angemietet. Die Mietverträge haben in der Regel eine Laufzeit von zehn Jahren. Die Summe der Mieten belief sich im Jahre 1998 auf DM 1,4 Mio.

### **Laufende und zukünftige Investitionen**

Die derzeit laufenden Investitionsaktivitäten erstrecken sich primär auf den Bereich Technik. So erfolgt derzeit der Ausbau der EWSD-Anlagen in Rostock und Neubrandenburg, der Aufbau des Call-Centers in Wismar sowie die Erweiterung des Leitungsnetzes. Weitere Investitionsprojekte sind der Aufbau einer Datenbank sowie die sukzessive Anpassung der technischen Infrastruktur für die Einführung neuer Dienstleistungen. Die Finanzierung der Investitionen wird derzeit sowohl durch langfristige Darlehen von Gesellschaftern oder ehemaligen Gesellschaftern, als auch durch langfristige Bankdarlehen gewährleistet. Die mittelfristige Planung der Telegate sieht für die kommenden Jahre neben adäquaten Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen der technischen Anlagen auch die konsequente Kapazitätsanpassung an die steigenden Kundenanfragen vor. Zu diesem Zweck werden weiterhin Investitionen in neue Standorte, Vermittlungstechnik sowie Leitungsnetzwerk getätigt. Ziel weiterer Investitionen wird der Ausbau neuer Geschäftsfelder sein. Hierzu gehören insbesondere die Geschäftsfelder Ausland (Internationalisierung) und Telefonie (call by call). Die geplanten Investitionen in das Geschäftsfeld Ausland stehen im Zusammenhang mit dem geplanten Markteintritt der Telegate in mehreren ausgewählten Ländern. Darüber hinaus sind weitere Investitionen in die Entwicklung zusätzlicher Serviceleistungen für Kunden geplant. Die Finanzierung der künftigen Investitionstätigkeit soll zu einem erheblichen Teil aus den der Telegate aus der Kapitalerhöhung zufließenden Mitteln und im übrigen aus dem freien Cash Flow erfolgen.

## ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE GESELLSCHAFT

### **Handelsregistereintragung; Sitz der Gesellschaft**

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht München unter HR B 114518 eingetragen. Der Sitz der Gesellschaft ist Planegg, Ortsteil Martinsried, Landkreis München.

### **Gründung**

Die Gesellschaft wurde am 7. August 1996 unter der Firma Telegate Aktiengesellschaft für telefonische Informationsdienste gegründet und am 30. Oktober 1996 in das Handelsregister beim Amtsgericht München mit einem Grundkapital von DM 325.000,- eingetragen. Die Gründer der Gesellschaft waren Frau Christiane Baierl, Taufkirchen, Herr Thomas Franke, Penzberg, Frau Angelika Franke, Penzberg, Herr Peter Wünsch, Gauting, Frau Susanne Wünsch, Gauting, Herr Dr. Klaus Harisch, Altenstadt, sowie Herr Dr. Christian Schwarz-Schilling, Bidingen. Der Bericht über die Prüfung der Gründung der Telegate wurde von Herrn WP/StB Dipl.-Kfm. Gerhard Fischer erstellt. Der Gründungsprüfer hat festgestellt, daß die Angaben der Gründer über die Übernahme der Aktien, über die Einlagen auf das Grundkapital sowie über die Festsetzungen nach den §§ 26 und 27 AktG zutreffend sind.

### **Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

### **Gegenstand der Gesellschaft**

Aufgrund einer am 18. März 1999 beschlossenen Satzungsänderung, die am 1. April 1999 in das Handelsregister eingetragen wurde, ist Gegenstand des Unternehmens die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen aller Art, der Aufbau und die Vermarktung von Informationsdatenbanken sowie die Erbringung von Auskunftsdiensten über die Teilnehmer in öffentlichen Telefonnetzen und sonstiger Informations- und Auskunftsdienste im In- und Ausland. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen durchzuführen, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen. Innerhalb dieses Gesellschaftsgegenstandes kann die Gesellschaft andere Unternehmen gründen, erwerben oder sich an solchen beteiligen, Niederlassungen errichten und alle sonstigen Maßnahmen ergreifen sowie Rechtsgeschäfte vornehmen, die zur Erreichung und Förderung des Gesellschaftszwecks notwendig oder dienlich sind. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise solchen Unternehmen überlassen.

### **Grundkapital und Aktien**

#### ***Derzeitiges Kapital***

Das Grundkapital der Gesellschaft belief sich bei Eintragung der Gesellschaft am 30. Oktober 1996 auf DM 325.000,- und war eingeteilt in 65.000 Stück auf den Namen lautenden Stammaktien mit einem Nennwert von jeweils DM 5,-. Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 15. November 1996 wurde eine Erhöhung des Grundkapitals um DM 108.000,- auf DM 433.000,- gegen Bareinlage beschlossen. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 30. Dezember 1996 in das Handelsregister eingetragen. Durch Beschlüsse der Hauptversammlungen vom 2. Juli 1997 und 1. August 1997 wurden weitere Erhöhungen des Grundkapitals um DM 532.385,- auf DM 965.385,- und um weitere DM 352.795,- auf insgesamt DM 1.318.180,- beschlossen. Die Durchführung dieser Kapitalerhöhungen wurde am 15. September 1997 in das Handelsregister eingetragen. Durch Hauptversammlungsbeschluß vom 28. Mai 1998 wurde die Erhöhung des Grundkapitals um DM 131.820,- auf DM 1.450.000,- beschlossen. Die Durchführung dieser Kapitalerhöhung wurde am 22. Juni 1998 in das Handelsregister eingetragen. Durch Hauptversammlungsbeschluß vom 30. Dezember 1998 wurde das Grundkapital der Gesellschaft von DM 1.450.000,- um bis zu DM 27.550.000,- auf bis zu DM 29.000.000,- erhöht. Die Aktien wurden den bisherigen Aktionären der Gesellschaft im Verhältnis 1:19 zum Bezug angeboten; teilweise wurde von diesem Bezugsrecht kein Gebrauch gemacht. Die Kapitalerhöhung wurde deshalb nur in Höhe von DM 19.550.000,- durchgeführt. Der Ausgabepreis betrug DM 5,- pro Aktie; die Aktien sind ab dem 1. Januar 1999 gewinnberechtigt. Die Durchführung der Kapitalerhöhung um DM 19.550.000,- auf DM 21.000.000,- wurde am 31. März 1999 in das Handelsregister eingetragen.

Durch Hauptversammlungsbeschluß vom 18. März 1999 wurde die Umstellung des Grundkapitals der Gesellschaft auf Euro beschlossen. Auf Grund dieser Umstellung belief sich das Grundkapital unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung um DM 19.550.000,- auf zunächst Euro 10.737.129,51. Durch Hauptversammlungsbeschluß vom selben Tag wurde eine Herabsetzung des Grundkapitals um Euro 7.129,51 auf Euro 10.730.000,- durch gleichzeitige Neueinteilung der Aktiennennbeträge, eine Umwandlung der Namens- in Inhaberaktien und zugleich die Umstellung von Nennbetrags- auf Stückaktien beschlossen. Auf Grundlage

dieses Beschlusses belief sich das Grundkapital der Gesellschaft nunmehr auf Euro 10.730.000,- und ist eingeteilt in 10.730.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien.

Sämtliche vorstehenden Hauptversammlungsbeschlüsse vom 18. März 1999 wurden am 1. April 1999 in das Handelsregister eingetragen.

Ebenfalls durch Hauptversammlungsbeschluß vom 18. März 1999 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 17. März 2004 das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien einmal oder mehrmals bis zu einem Betrag von insgesamt Euro 2.000.000 gegen Bareinlage zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen, sofern die neuen Aktien von einem oder mehreren Kreditinstituten zum Zweck der breiten Plazierung im Rahmen einer erstmaligen Börseneinführung der Gesellschaft zum Ausgabebetrag von Euro 1 pro Aktie gezeichnet werden. Der danach noch verbleibende Teil des genehmigten Kapitals unterliegt dem Bezugsrecht der Aktionäre. Der Vorstand hat am 12. April 1999 beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von 2.000.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien zum Ausgabebetrag von Euro 1 auf Euro 12.730.000,- mit der Maßgabe zu erhöhen, daß diese Aktien ab dem 1. Januar 1999 voll dividendenberechtigt sind. Dem hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft mit Beschluß am 12. April 1999 zugestimmt. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist am 16. April 1999 in das Handelsregister eingetragen worden. Seit Eintragung der Durchführung dieser Kapitalerhöhung beläuft sich das Grundkapital der Gesellschaft auf Euro 12.730.000. Die im Zuge des Angebots angebotenen Aktien wurden, soweit es sich nicht um Aktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre handelt, aufgrund dieses Beschlusses begeben.

Aktien können in Form von Globalurkunden, welche mehr als eine Aktie verkörpern, ausgegeben werden. Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihres Anteils durch effektive Aktienurkunden besteht nicht. Die Aktien sind frei übertragbar.

### ***Bedingtes Kapital***

Die Gesellschaft hat die Grundlage für ein Aktienoptionsprogramm für einen bestimmten Kreis von Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten der Telegate geschaffen. Zu diesem Zweck hat die Hauptversammlung der Telegate am 18. März 1999 beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu Euro 200.000 bedingt zu erhöhen. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Gewährung von Optionen zum Bezug von Aktien der Telegate. Der Vorstand der Telegate wird ermächtigt, bis zum 17. März 2004 einmalig oder mehrmals Optionen zum Bezug von Aktien der Telegate an leitende Angestellte der Telegate auszugeben. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, bis zum 17. März 2004 einmalig oder mehrmals Optionen zum Bezug von Aktien der Telegate an Mitglieder des Vorstandes der Telegate auszugeben. Bezugsberechtigt sind die Mitglieder des Vorstandes und leitende Angestellte der Telegate. Der Kreis der Berechtigten und der Umfang des jeweiligen Optionsrechtes werden durch den Vorstand und, soweit auch Vorstandsmitglieder zu den Berechtigten zählen, durch den Aufsichtsrat festgelegt. Der bezugsberechtigte Personenkreis darf 40 Personen nicht überschreiten. Von dem über die auszugebenden Optionen maximal beziehbaren Gesamtvolumen von 200.000 Stück Aktien entfallen 25% auf den Vorstand und 75% auf die leitenden Angestellten. Der Zeitraum zwischen Beginn und Ende des Rechtes, Optionsrechte zu zeichnen (Erwerbszeitraum), beträgt jeweils einen Monat. Zwecks Klarstellung des Beschlusses der Hauptversammlung vom 18. März 1999 hat eine weitere außerordentliche Hauptversammlung am 12. April 1999 eine Klarstellung im Hinblick auf den bezugsberechtigten Personenkreis beschlossen. Dieser am 16. April 1999 in das Handelsregister eingetragene Beschluß sieht vor, daß leitende Angestellte im Sinne des vorgenannten Beschlusses vom 18. März 1999 einschließlich der nachstehend beschriebenen Optionsbedingungen sowohl leitende Angestellte im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes als auch weitere Mitarbeiter der Telegate in Führungspositionen sind.

Die Optionen haben eine Laufzeit von vier Jahren ab dem Zeitpunkt ihrer Gewährung. Sie können während der Laufzeit, beginnend nach einer Wartezeit von 24 Monaten nach Einräumung der Optionsrechte in näher bestimmten Ausübungszeiträumen ausgeübt werden. Die Inhaber der Optionen erhalten das Recht, von ihrem Optionsrecht Gebrauch zu machen und während der Laufzeit gegen Bezahlung eines Basispreises je Aktie neue Stückaktien der Gesellschaft zu beziehen.

Der Basispreis entspricht bei Berechtigten, denen Optionen vor dem Börsengang der Telegate gewährt werden, dem Kaufpreis je Aktie im Rahmen des Angebots (siehe "Das Angebot - Allgemeines"). Bei Gewährung von Optionen nach dem Börsengang entspricht der Basispreis dem arithmetischen Mittel der Schlußkurse der Telegate-Aktie an der Frankfurter Wertpapierbörse in den zehn Handelstagen vor ihrer Gewährung. Die Option kann durch Vorstandsmitglieder nur dann ausgeübt werden, wenn der Einheitskurs der Telegate Aktie an der Frankfurter Wertpapierbörse sich im Zeitraum zwischen Einräumung der Option und der Ausübung der Option

im Durchschnitt um 5% besser als der MSCI-Europe Telecoms Index entwickelt hat (Erfolgsziel). Die Option kann durch leitende Angestellte nur dann ausgeübt werden, wenn sich der Einheitskurs der Telegate-Aktie an der Frankfurter Wertpapierbörse im Zeitraum zwischen der Einräumung der Option und der Ausübung der Option im Durchschnitt besser als der Neue Markt Performance Index oder im Durchschnitt um 5% besser als der MSCI-Telecoms Europe Index entwickelt hat (Erfolgsziel). Der Vorstand ist ermächtigt, weitere Einzelheiten der Ausgabe der Optionen (einschließlich der Festlegung des Kreises der Bezugsberechtigten), der Festlegung der Optionsbedingungen und auch des Verkaufes der durch Ausübung der Option erworbenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzusetzen, es sei denn, die Optionen sollen an Mitglieder des Vorstandes ausgegeben werden; in diesem Fall legt der Aufsichtsrat weitere Einzelheiten fest. Die Optionsbedingungen können auch Sonderregelungen enthalten für den Fall des Ausscheidens von Bezugsberechtigten aus dem Unternehmen, wie etwa durch Kündigung, Pensionierung oder Tod.

### ***Zukünftige Kapitalerhöhungen***

Das Grundkapital der Gesellschaft kann gegen Bar- oder Sacheinlagen aufgrund eines Hauptversammlungsbeschlusses, der mit einer Mehrheit von drei Viertel des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals zu fassen ist, erhöht werden.

Nach dem Aktiengesetz haben die Aktionäre ein gesetzliches Bezugsrecht im Hinblick auf neu ausgegebene Aktien (wie auch auf Wandelanleihen, Optionsanleihen, Genußscheine und Gewinnschuldverschreibungen). Die Hauptversammlung kann das Bezugsrecht mit einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Viertel des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals ausschließen. Neben diesen formellen Voraussetzungen erfordert der Bezugsrechtsausschluß auch eine inhaltliche Rechtfertigung, über die der Vorstand der Hauptversammlung einen schriftlichen Bericht vorlegen muß. Das Interesse der Gesellschaft am Ausschluß des Bezugsrechts muß gegenüber den Interessen der Aktionäre am Bestehen des Bezugsrechts überwiegen. Bezugsrechte dürfen ohne eine solche besondere inhaltliche Rechtfertigung ausgeschlossen werden, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen 10% des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet.

Bezugsrechte sind frei übertragbar und können an deutschen Wertpapierbörsen für einen festgelegten Zeitraum bis zwei Tage vor Ablauf der Bezugsfrist gehandelt werden.

### **Dividenden und gesetzliche Rücklagen**

Auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat beschließt die ordentliche Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns. Dividenden können nur aus dem Bilanzgewinn der Gesellschaft gezahlt werden. Vorstand und Aufsichtsrat sind berechtigt, nach eigenem Ermessen bis zur Hälfte des in einem Geschäftsjahr anfallenden Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen. Die Satzung ermächtigt darüber hinaus Vorstand und Aufsichtsrat, im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses einen größeren Teil des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen. Von diesem Recht darf allerdings kein Gebrauch gemacht werden, wenn nach der Einstellung die anderen Gewinnrücklagen die Hälfte des Grundkapitals übersteigen würden. Die Aktionäre werden an Dividendenzahlungen im Verhältnis des rechnerischen Nennwerts ihrer Aktien beteiligt. Unter bestimmten Umständen kann der Vorstand nach Ablauf des Geschäftsjahres Abschlagszahlungen auf den voraussichtlichen Bilanzgewinn an die Aktionäre leisten.

Das Aktiengesetz schreibt die Bildung einer gesetzlichen Rücklage in Höhe von einem Zehntel des Grundkapitals der Gesellschaft oder den in der Satzung bestimmten höheren Teil des Grundkapitals vor. Die Satzung von Telegate sieht keinen höheren Betrag vor. Bis die gesetzliche Rücklage und die Kapitalrücklagen nach § 272 Abs. 2 Nr. 1-3 HGB diesen Betrag erreichen, muß die Gesellschaft fünf Prozent ihres um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr geminderten Jahresüberschusses in die gesetzliche Rücklage einstellen. Übersteigen die gesetzliche Rücklage und die vorgenannten Kapitalrücklagen nicht einen Betrag in Höhe von einem Zehntel des Grundkapitals, dürfen sie zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrags nur verwandt werden, soweit dieser nicht durch einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr gedeckt ist und nicht durch Auflösung anderer Gewinnrücklagen ausgeglichen werden kann, und zum Ausgleich eines Verlustvortrags aus dem Vorjahr nur, soweit dieser nicht durch einen Jahresüberschuß gedeckt ist und nicht durch Auflösung anderer Gewinnrücklagen gedeckt werden kann. Übersteigen die gesetzliche Rücklage und die vorgenannten Kapitalrücklagen ein Zehntel des Grundkapitals, so darf der übersteigende Betrag zum Ausgleich eines nicht durch einen Gewinnvortrag gedeckten Jahresfehlbetrages oder zum Ausgleich eines nicht durch einen Jahresüberschuß gedeckten Verlustvortrages aus dem Vorjahr verwendet werden sowie zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln nach den §§ 207-220 Aktiengesetz.



## Mitteilungs- und Bekanntmachungspflichten

Nach dem Aktiengesetz ist jedes Unternehmen, das Aktien der Gesellschaft besitzt, verpflichtet, der Gesellschaft unverzüglich mitzuteilen, sobald die Gesamtzahl der von ihm gehaltenen Anteile den Schwellenwert von 25% des Grundkapitals entweder über- oder unterschreitet oder dem Unternehmen die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschaft gehört bzw. nicht mehr gehört. Solange das Unternehmen die Mitteilung nicht gemacht hat, bestehen Rechte aus den Aktien (wie etwa Stimmrechte, Bezugsrechte und Rechte zum Bezug von Dividenden) nicht. Diese Mitteilungspflicht nach dem Aktiengesetz gilt nicht für Aktien einer Gesellschaft, die "börsennotiert" im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes ist. Das Wertpapierhandelsgesetz bestimmt, daß jede Person, die durch den Erwerb, die Veräußerung oder auf sonstige Weise 5%, 10%, 25%, 50% oder 75% der Stimmrechte an einer "börsennotierten" Gesellschaft erreicht, überschreitet oder unterschreitet, der Gesellschaft sowie dem Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel unverzüglich und spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen das Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der genannten Schwellenwerte sowie die Höhe ihres Stimmrechtsanteils schriftlich mitzuteilen hat. Zudem muß die Person dem Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel ihre Adresse angeben. Solange die Mitteilungspflichten nicht erfüllt werden, bestehen Rechte aus den Aktien nicht. "Börsennotiert" im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes sind Gesellschaften mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, deren Aktien zum amtlichen Handel an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind. Hierzu zählt nach derzeitiger Rechtslage der Geregelter Markt (Marktsegment Neuer Markt) nicht.

## Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft

Nach dem Aktiengesetz ist die Gesellschaft – von bestimmten enumerativen, im Gesetz aufgeführten Ausnahmen abgesehen – nicht berechtigt, eigene Aktien zu erwerben. Außerhalb der engen im Aktiengesetz vorgesehenen Ausnahmen darf eine Aktiengesellschaft eigene Aktien erwerben, wenn sie durch Hauptversammlungsbeschluß hierzu für eine bestimmte Periode, die 18 Monate nicht überschreiten darf, ermächtigt wird; dabei muß der Ermächtigungsbeschluß den niedrigsten und den höchsten Gegenwert für die zu erwerbenden Aktien festlegen. Von dieser Möglichkeit hat die Hauptversammlung der Telegate bislang keinen Gebrauch gemacht. Der Gesamtnennbetrag der von der Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien darf 10% des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten. Einzelheiten der Geschäfte der Gesellschaft mit ihren eigenen Aktien sind jedes Jahr im Geschäftsbericht der Gesellschaft zu veröffentlichen.

## Altaktionäre

Die folgende Übersicht zeigt die Namen der Altaktionäre und deren Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft vor dem Angebot (ohne die Kapitalerhöhung um Euro 2.000.000,-):

Name des Aktionärs	Aktienbesitz vor dem Angebot	
	Stück	Prozent (gerundet)
Telegate Holding GmbH	6.490.577	60,49
THC Century AG	599.807	5,59
RED LINE Telekommunikations GmbH	1.073.000	10,00
Sachsen LB Corporate Finance Holding GmbH	469.974	4,38
Herr Peter Wunsch	914.196	8,52
Dr. Klaus Harisch	806.896	7,52
Dr. Christian Schwarz-Schilling	207.089	1,93
Herr Dirk Roesing	168.461	1,57

Nach Abschluß des Angebots werden die Altaktionäre wie folgt Aktien halten, bzw. einen (gerundeten) Prozentsatz der ausstehenden Aktien halten:

Name des Aktionärs	Ohne Ausübung der Mehrzuteilungsoption ("Greenshoe")		Mit Ausübung der Mehrzuteilungsoption ("Greenshoe")	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Telegate Holding GmbH.....	6.490.577	50,99	6.490.577	50,99
THC Century AG.....	236.077	1,85	143.782	1,13
RED LINE Telekommunikations GmbH .....	163.675	1,28	—	—
Sachsen LB Corporate Finance Holding GmbH .....	469.974	3,69	234.987	1,84
Herr Peter Wünsch .....	914.196	7,18	914.196	7,18
Dr. Klaus Harisch .....	806.896	6,33	806.896	6,33
Dr. Christian Schwarz-Schilling .....	207.089	1,63	207.089	1,63
Herr Dirk Roesing .....	168.461	1,32	168.461	1,32

Am Kapital der Telegate Holding GmbH sind die RSL Com Deutschland GmbH (eine indirekte Tochtergesellschaft der RSL Communications Ltd., Bermuda) zu 50,20%, die Ligapart AG, Baar/Schweiz (eine Gesellschaft der Metro Holding AG (Schweiz) Gruppe), zu 42,74%, Herr Peter Wünsch zu 3,53% und Herr Dr. Klaus Harisch zu 3,53% beteiligt. Über die THC Century, Liechtenstein, eine private Investmentgesellschaft, hält das Vorstandsmitglied Peter Wünsch als einer der Treugeber einen durchgerechneten Anteil an der Telegate von vor dem Angebot 0,56%. Über die THC Century AG hält als einer der Treugeber auch ein Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft einen durchgerechneten Anteil an der Telegate von vor dem Angebot 0,28%. Ansonsten halten die Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft keine Aktien an der Telegate. Die Anteile an der RED LINE Telekommunikations GmbH werden von Privatpersonen gehalten; davon sind zwei Anteilsinhaber Rechtsanwälte einer Sozietät, die in der Vergangenheit ständige Rechtsberatungsdienstleistungen gegenüber der Gesellschaft erbracht hat; die weiteren Anteilsinhaber sind Familienmitglieder der vorgenannten Anteilsinhaber.

#### **Beziehungen der Gesellschaft zu den Altaktionären**

Einige der Altaktionäre sind ebenfalls auf dem Gebiet der Telekommunikation oder verwandten Branchen tätig und haben mit der Telegate Verträge abgeschlossen. Die wesentlichen vertraglichen Beziehungen werden nachfolgend zusammenfassend erläutert. Alle diese Verträge wurden von der Telegate so ausgehandelt, wie sie auch mit Dritten, mit Telegate nicht verbundenen Unternehmen ausgehandelt worden wären.

*Zusammenschaltungsvereinbarung mit RSL Com.* Telegate steht derzeit in Verhandlungen über den Abschluß eines Zusammenschaltungsvertrages mit der RSL Com, die mittelbar (über die Telegate Holding GmbH) an Telegate beteiligt ist. Dieser Vertrag sieht neben der Abgabe von Anrufen im Wege der Weitervermittlung in das Netz der RSL Com das Erbringen von Verbindungsleistungen im Rahmen der Sprachtelefonie (call by call) vor. Dies erfolgt derzeit noch auf Grundlage einer formlosen Vereinbarung.

*Outsourcing-Vertrag mit debitel.* Telegate hat im Januar 1998 mit der debitel AG, an der Gesellschaften, die von der Metro Holding AG (Schweiz) beherrscht werden (die mittelbar mit vor dem Angebot durchgerechnet 25,86% an Telegate beteiligt ist), mit einer Minderheitsbeteiligung beteiligt sind, einen Outsourcing-Vertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag sieht vor, daß Telegate Auskunftsdienste für Kunden der debitel gegen ein Entgelt erbringt. Der Outsourcing-Vertrag mit debitel unterscheidet sich strukturell nicht von anderen Verträgen, die Telegate mit Outsourcing-Partnern geschlossen hat.

*Call-Center Outsourcing-Vertrag mit der Walter Telemarketing.* Telegate hat in der Vergangenheit im Rahmen eines Outsourcing-Vertrages die Abwicklung von Auskunftsdiensten auf ein von der Walter Telemarketing GmbH & Co. betriebenes Call-Center übertragen. An der Walter Telemarketing ist mittelbar die BHS Holding GmbH & Co. KG mit 75% beteiligt. BHS Holding GmbH & Co. KG ist eine Gesellschaft, deren Gesellschafterkreis dem Gesellschafterkreis der Metro-Gruppe im wesentlichen entspricht. Dieser Outsourcing-Vertrag wurde mit Wirkung zum 30.6.1999 beendet.

*Softwarevertrag mit PC-Plus Computing GmbH.* Telegate hat die Software, die die Anbindung an die Auskunftsdatenbanken der nationalen und internationalen Netzbetreiber ermöglicht, von der Firma PC-Plus Computing GmbH bezogen. An der Muttergesellschaft der PC-Plus Computing GmbH, der PC-Plus Informatik AG ist das Vorstandsmitglied Peter Wünsch zu 29,5% beteiligt.

*Darlehensvertrag mit Telegate Holding GmbH.* Auf die Telegate Holding GmbH wurden von einer früheren Darlehensgeberin der Telegate Darlehensforderungen übertragen. Diese Forderungen valutieren zur Zeit noch mit ca. DM 8,5 Mio. Der Zinssatz beträgt 1,1% über DM 6-Monats-Libor bzw. des an seine Stelle tretenden 6-Monats-Euribor, wobei jeweils der am 1.1. und 1.7. (Referenzdaten) bestehende DM 6-Monats-Libor bzw. 6-Monats-Euribor für die Zeit bis zum nächsten Referenzdatum maßgeblich ist. Als erster Zinssatz für das Referenzdatum 1.1.1999 wurde abweichend ein Zinssatz in Höhe von 4,375% festgelegt. Das Darlehen wird vorrangig vor anderen Gesellschafterdarlehen getilgt, sobald es nach Kapitalerhaltungsgrundsätzen möglich ist, jedoch nicht vor dem 1.7.1999.

*Darlehensverträge mit Ligapart AG, Baar/Schweiz und Walter Telemarketing.* Aus Darlehensverträgen zwischen der Telegate und der Ligapart AG, Baar/Schweiz bzw. Walter Telemarketing GmbH & Co. KG valutieren derzeit Darlehensforderungen in Höhe von DM 5,0 Mio. bzw. DM 1,25 Mio. An der Ligapart AG ist die Metro Holding AG (Schweiz) zu 100% beteiligt. Mittelbarer Mehrheitsgesellschafter der Walter Telemarketing GmbH & Co. KG ist mit 75% die BHS Holding GmbH & Co. KG; BHS Holding GmbH & Co. KG ist eine Gesellschaft, deren Gesellschafterkreis dem Gesellschafterkreis der Metro-Gruppe im wesentlichen entspricht. Der Zinssatz der Darlehen beträgt 6% p.a., mindestens jedoch 2% über dem Basiszinssatz (vormals Diskontsatz der Deutschen Bundesbank). Die Darlehen sind bis zum 31. Dezember 2000 tilgungsfrei und danach in vier gleich hohen Halbjahresraten am 30. Juni 2001, 31. Dezember 2001, 30. Juni 2002 und am 31. Dezember 2002 zurückzuzahlen.

*Kreditbeziehung mit Landesbank Sachsen Girozentrale.* Die Landesbank Sachsen Girozentrale (deren Tochtergesellschaft Sachsen LB Corporate Finance Holding GmbH seit dem 18. Dezember 1998 mit 4,38% an der Telegate beteiligt ist) hat der Telegate bereits im März 1998 eine Kreditlinie i.H.v. DM 20 Mio. eingeräumt, die jedoch bislang nicht in vollem Umfang genutzt wurde.

## **Organe**

### **Überblick**

Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz und in der Satzung geregelt.

Der Vorstand ist verantwortlich für die Leitung der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, der Bestimmungen der Satzung, der Beschlüsse der Hauptversammlung und einer etwaigen Geschäftsordnung für den Vorstand und vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstandes und ist berechtigt, diese abzuberufen. Er hat den Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft zu überwachen. Der Aufsichtsrat ist nicht an der Geschäftsführung der Gesellschaft beteiligt. Der Aufsichtsrat kann jedoch bestimmen, daß bestimmte Arten von Geschäften nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen. Der Aufsichtsrat der Telegate hat in einer Geschäftsordnung für den Vorstand bestimmt, daß besonders wichtige, in der Geschäftsordnung im einzelnen definierte Geschäfte, der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen. Diese Geschäftsordnung darf nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates geändert werden. Verweigert der Aufsichtsrat die Zustimmung zu einem Geschäft, kann der Vorstand verlangen, daß die Hauptversammlung über die Zustimmung entscheidet; der Hauptversammlungsbeschluß, durch den die Zustimmung erteilt wird, bedarf einer Mehrheit von mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen. Eine Person kann nicht gleichzeitig Mitglied des Vorstandes und des Aufsichtsrates sein.

Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates haben bei der Erfüllung ihrer Pflichten die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Dabei ist ein weites Spektrum von Interessen einschließlich der Interessen der Gesellschaft und ihrer Aktionäre, ihrer Mitarbeiter und ihrer Gläubiger zu beachten. Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die ihre Pflichten verletzen, haften der Gesellschaft als Gesamtschuldner für den dadurch entstehenden Schaden. Steht eine Verletzung der Pflichten der Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates in Rede, so sind nach geltendem Aktienrecht die Aktionäre nicht berechtigt, gegen die Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitglieder Klage zu erheben. Lediglich der Gesellschaft steht das Recht zu, von den Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates Schadenersatz verlangen.

Nach deutschem Recht dürfen Aktionäre oder andere Personen ihren Einfluß auf die Gesellschaft nicht dazu zu nutzen, um Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates zu Handlungen zu verleiten, die den Interessen der Gesellschaft schaden. Insbesondere darf ein Unternehmen, das die Gesellschaft beherrscht, seinen Einfluß nicht dazu nutzen, die Gesellschaft zu veranlassen, gegen ihre Interessen zu verstoßen, es sei denn, das herrschende Unternehmen gleicht der Gesellschaft die ihr hierdurch entstehenden Nachteile aus.

## **Aufsichtsrat**

Zum Zeitpunkt ihrer Gründung bestand der Aufsichtsrat der Gesellschaft aus drei Mitgliedern, die alle von den Aktionären gewählt wurden. Mittlerweile beschäftigt Telegate regelmäßig über 500 Arbeitnehmer und ihr Aufsichtsrat ist daher nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 zusammenzusetzen. Deshalb wurde Mitte Januar 1999 das sogenannte Statusverfahren des Aktiengesetzes eingeleitet und durch Hauptversammlungsbeschluß vom 18. März 1999 die Satzung der Gesellschaft dahingehend geändert, daß der Aufsichtsrat von Telegate aus 6 Mitgliedern besteht. Von diesen werden 4 von den Aktionären in der Hauptversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Aktiengesetzes gewählt. 2 Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Arbeitnehmern der Gesellschaft nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 gewählt. Das Wahlverfahren für die Arbeitnehmervertreter wurde im März 1999 eingeleitet. Der Abschluß des Verfahrens und damit die Vervollständigung des Aufsichtsrates durch zwei Arbeitnehmervertreter wird noch vor Ende des ersten Halbjahres 1999 erwartet. Die von den Aktionären ernannten Mitglieder des Aufsichtsrates können von den Aktionären mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der in der Hauptversammlung abgegebenen Stimmen abberufen werden. Die von den Arbeitnehmern gewählten Aufsichtsratsmitglieder können durch einen Beschluß der Arbeitnehmer, der mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der abstimmenden Arbeitnehmer gefaßt werden muß, abberufen werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Dem Aufsichtsratsvorsitzenden obliegt die Einberufung und die Leitung der Aufsichtsratssitzungen. Soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen ist, entscheidet der Aufsichtsrat mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Aufsichtsratsmitglieder können nicht für längere Zeit als bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt werden, die über ihre Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn ihrer Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird dabei nicht mitgerechnet. Eine Wiederwahl ist zulässig.

Die Namen und Hauptberufe der gegenwärtigen Mitglieder des Aufsichtsrates der Gesellschaft sind wie folgt:

<b>Name</b>	<b>Hauptberuf</b>
Herbert Brenke	Unternehmensberater, Essen
Peter Titz	Direktor der Invision AG, Baar (Schweiz)
Nir Tarlovsky	Vice President der RSL Communication Inc., New York
Hans-Werner Moritz	Rechtsanwalt, München

Vorstehende Aufsichtsratsmitglieder sind bis zum Ablauf der Hauptversammlung bestellt, die über ihre Entlastung für das Geschäftsjahr 2002 entscheidet. Die Geschäftsadresse der Mitglieder des Aufsichtsrates entspricht der Geschäftsadresse der Gesellschaft.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält außer dem Ersatz seiner Auslagen eine Jahresvergütung in Höhe von DM 10.000,-; die Jahresvergütung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats beträgt DM 15.000,-. Die für diese Bezüge zu entrichtende Umsatzsteuer wird den Aufsichtsratsmitgliedern ersetzt. Für das Geschäftsjahr 1998 belief sich die Vergütung des Aufsichtsrates, der in diesem Geschäftsjahr noch aus drei Personen bestand, aufgrund einer abweichenden Satzungsregelung einschließlich Auslagenersatz auf zusammengekommen DM 39.265,17.

Vor dem Angebot sind die Mitglieder des Aufsichtsrates direkt gar nicht und indirekt mit 0,28% an der Telegate beteiligt.

## **Vorstand**

Die Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft, der gegenwärtig aus 3 Mitgliedern besteht, werden vom Aufsichtsrat bestellt.

Der Vorstand besteht nach der Satzung aus mindestens 2 Mitgliedern. Der Aufsichtsrat ist berechtigt, die Zahl der Mitglieder des Vorstandes zu erhöhen. Die Mitglieder des Vorstandes werden höchstens für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens 5 Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung.

Der Vorstand leitet die Gesellschaft. Die Gesellschaft wird vertreten durch zwei Mitglieder des Vorstandes oder ein Mitglied des Vorstandes zusammen mit einem Prokuristen. Derzeit hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlassen, wonach eine Reihe von wichtigen Geschäftsführungsmaßnahmen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf. Ein Vorstandsmitglied vertritt die Gesellschaft nicht bei Verträgen zwischen ihm und der Gesellschaft.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat regelmäßig über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung, die Rentabilität der Gesellschaft (insbesondere die Rentabilität des Eigenkapitals), den Gang der Geschäfte (insbesondere den Umsatz), und die Lage der Gesellschaft sowie die Geschäfte, die für die Rentabilität oder Liquidität der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sein können, zu berichten. Außerdem ist dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates aus sonstigen wichtigen Anlässen zu berichten.

Die gegenwärtigen Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft sind:

*Herr Dr. Klaus Harisch*, 35 Jahre, hat gemeinsam mit Herrn Wunsch die Gesellschaft gegründet und ist als Sprecher des Vorstandes zuständig für Marketing und Vertrieb sowie für regulatorische Fragen. Vor Gründung der Telegate hat Herr Dr. Harisch fünf Jahre lang zusammen mit Herrn Dr. Schwarz-Schilling (ehemaliger Bundespostminister) Beratungsdienstleistungen im Telekommunikationsmarkt angeboten.

*Herr Dirk Roesing*, 35 Jahre, ist seit Januar 1998 Vorstandsmitglied der Gesellschaft und für das kaufmännische Ressort zuständig. Vor seiner Tätigkeit bei der Gesellschaft hat Herr Roesing diverse leitende Funktionen im Bereich Revision, Finanzen und Controlling innerhalb der Daimler-Benz Gruppe bzw. der Metro Gruppe bekleidet.

*Herr Peter Wunsch*, 44 Jahre, gehört mit Dr. Harisch zu den Gründern der Gesellschaft und ist für Produktentwicklung, Technik, Infrastruktur und Betrieb der Call-Center zuständig. Herr Wunsch gründete 1983 die Gesellschaft PC-Plus Computing GmbH, einen Software-Anbieter für Telekommunikationsunternehmen. In dieser Gesellschaft war Herr Wunsch bis zur Gründung der Telegate in der Geschäftsführung tätig.

Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder endet am 31.12.2002. Für das Geschäftsjahr 1998 wurden an die Vorstandsmitglieder Bezüge in Höhe von insgesamt DM 1,2 Mio. (inkl. Boni) gezahlt. Telegate hat einem Vorstandsmitglied, welches zugleich Aktionär ist, ein Darlehen gewährt, welches zum 31. Dezember 1998 mit DM 45.000,- valutierte. Das Darlehen wird mit einem dem Basiszinssatz (vormals Diskontsatz der Deutschen Bundesbank) entsprechenden Zinssatz verzinst und ist bis zum 31. Dezember 2001 in drei gleich großen Raten zurückzahlbar.

Vor dem Angebot sind die Mitglieder des Vorstands direkt mit 17,61% und indirekt mit 4,83% am Grundkapital der Telegate beteiligt.

### **Hauptversammlung**

Die Hauptversammlung kann vom Vorstand, dem Aufsichtsrat oder Aktionären, deren Anteile zusammen mindestens 5% des Grundkapitals der Gesellschaft oder einen Gesamtnennbetrag von 500.000 Euro ausmachen, einberufen werden. Die ordentliche Hauptversammlung, die unter anderem über die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die Verwendung des Bilanzgewinns sowie über die Bestellung des Abschlußprüfers beschließt, muß innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahres am Sitz der Gesellschaft in Planegg oder an einem deutschen Börsenplatz oder am Sitz einer Betriebsstätte oder Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft abgehalten werden. Jede Aktie gewährt eine Stimme in der Hauptversammlung.

Falls in der Satzung der Gesellschaft oder im Aktiengesetz nichts anderes vorgesehen ist, werden Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, oder wenn eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit der einfachen Mehrheit des vertretenen Grundkapitals gefaßt. Wichtige gesellschaftliche Ereignisse wie Verschmelzungen, die Schaffung genehmigten oder bedingten Kapitals oder der Abschluß von Unternehmensverträgen bedürfen einer Mehrheit von drei Viertel des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals. Aktionäre können sich durch Erteilung schriftlicher Vollmacht vertreten lassen. Die Ausübung von an Banken erteilten Stimmvollmachten wird durch besondere Vorschriften des Aktiengesetzes geregelt. Gemäß der Satzung der Gesellschaft steht das Recht, an der Hauptversammlung teilzunehmen und dort abzustimmen, nur den Aktionären zu, die ihre Aktien während der Geschäftsstunden für die Dauer der Hauptversammlung bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder einer anderen, in der Einberufung der Hauptversammlung bezeichneten Hinterlegungsstelle, hinterlegt haben. Die

Aktien gelten als hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot verwahrt werden. Die Hinterlegung muß spätestens am fünften Tag vor der Versammlung erfolgen. Fällt der letzte Tag der Hinterlegungsfrist auf einen Sonntag, Samstag oder einen gesetzlichen Feiertag in einem Land der Bundesrepublik Deutschland, so hat die Hinterlegung spätestens am vorhergehenden Werktag zu erfolgen. Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die hierüber auszustellende Bescheinigung spätestens am ersten Werktag, ausgenommen der Samstag, nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

Die Einberufung von Hauptversammlungen ist mindestens einen Monat vor dem Tag, an dem die Aktien spätestens hinterlegt werden müssen, im Bundesanzeiger bekanntzumachen. Der Tag der Bekanntmachung und der letzte Hinterlegungstag sind insoweit nicht mitzurechnen. In der Bekanntmachung sind das Datum, die Zeit und der Ort der Hauptversammlung sowie die Tagesordnung und die Bedingungen für die Teilnahme der Aktionäre anzugeben. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Aktionäre und Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates berechtigt, durch Klage beim zuständigen Landgericht Beschlüsse der Hauptversammlung unter verschiedenen rechtlichen Gesichtspunkten anzufechten bzw. deren Nichtigkeit gerichtlich feststellen zu lassen.

### **Bekanntmachungen, Zahl- und Hinterlegungsstelle**

Nach der Satzung sind Bekanntmachungen durch die Gesellschaft im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Bekanntmachungen hinsichtlich der Aktien sind zudem in mindestens einem überregionalen Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse zu veröffentlichen. Als Zahl- und Hinterlegungsstelle wurde die DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank AG, Frankfurt am Main benannt.

### **Dividenden**

Dividenden werden gegebenenfalls nach dem Beschluß über die Verwendung des Bilanzgewinns in der ordentlichen Hauptversammlung ausgezahlt. Zur Dividendenpolitik der Gesellschaft siehe oben "Dividendenpolitik".

Der Vorstand und der Aufsichtsrat sind durch die Satzung ermächtigt, bei der Feststellung des Jahresabschlusses den Jahresüberschuß, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und eines Verlustvortrages verbleibt, ganz oder zum Teil in andere Gewinnrücklagen einzustellen. Die Einstellung von mehr als der Hälfte des Jahresüberschusses ist nicht zulässig, soweit nach der Einstellung die anderen Gewinnrücklagen die Hälfte des Grundkapitals übersteigen würden.

Solange die Aktien, welche zur Zahlung von Dividenden berechtigen, in einem Clearingsystem verwahrt werden, werden die Dividenden gemäß den Regeln des jeweiligen Clearingsystems ausgezahlt.

## **AUFLÖSUNG**

Außer im Falle der Insolvenz kann die Gesellschaft durch Beschluß der Hauptversammlung, welcher einer Mehrheit von drei Viertel des vertretenen Grundkapitals bedarf, aufgelöst werden. Das nach der Berichtigung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Gesellschaft (Liquidationsüberschuß) ist im Falle eines solchen Beschlusses unter den Aktionären nach dem Verhältnis der rechnerischen Aktiennennbeträge zu verteilen.

## **ABSCHLUSSPRÜFER**

Abschlußprüfer der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1998 ist die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft, Elsenheimerstr. 31, 80687 München. Der Abschlußprüfer (vormals firmierend als C&L Deutsche Revision Aktiengesellschaft) hat die Jahresabschlüsse der Gesellschaft nach HGB zum 31. Dezember 1996, 1997 und 1998 geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Abschlußprüfer hat auch die konsolidierten Jahresabschlüsse der Gesellschaft nach U.S. GAAP zum 31. Dezember 1997 und 1998 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Siehe "Finanzteil – Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers zu den konsolidierten Abschlüssen und den konsolidierten Kapitalflußrechnungen für die Geschäftsjahre 1997 und 1998 (U.S. GAAP)".

## MARKTINFORMATIONEN

Der Neue Markt ist ein in der Bundesrepublik Deutschland als Handelssegment der Frankfurter Wertpapierbörse im März 1997 eröffneter Handelsmarkt für die Notierung von kleinen und mittleren, innovativen Unternehmen. Der Handel der am Neuen Markt notierten Aktien findet derzeit auf dem Parkett der Wertpapierbörse und im "Exchange Electronic Trading System" ("XETRA") statt. Die an der Frankfurter Wertpapierbörse notierten Wertpapiere werden grundsätzlich in einem Auktionsverfahren gehandelt, jedoch auch im Interbankenmarkt der Händler. Die Preisfestsetzung erfolgt im Wege des Ausrufes durch Freimakler, die selbst Mitglied der Börse sind, jedoch vom Handel mit dem Publikum ausgeschlossen sind. Für die Kurse der aktiv gehandelten Wertpapiere besteht während der Börsenstunden eine fortlaufende Notierung. Für alle Wertpapiere wird um die Mitte jedes Börsentages, an dem die Frankfurter Wertpapierbörse für den Börsenhandel geöffnet ist, ein Einheitskurs ermittelt. Im computerisierten Geschäft der Frankfurter Wertpapierbörse, welches den traditionellen Wertpapierhandel ergänzt, wurde am 28. November 1997 das "Integrierte Börsenhandels- und Informationssystem" ("IBIS") durch Xetra ersetzt. Xetra wird von der Deutsche Börse AG verwaltet. Die Wertpapiere, die derzeit in Xetra gehandelt werden, beinhalten außer den 100 Dax-Werten auch alle Werte des Neuen Marktes, bestimmte Optionsscheine, Anleihen, Staatsobligationen und Wertpapiere anderer öffentlicher Emittenten. Es wird erwartet, daß Xetra in den nächsten Jahren auf weitere, vielleicht auf alle Wertpapiere, die an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt werden, erweitert wird. Der Handel in Xetra wird von Banken und Wertpapierhändlern, die zumindest an einer deutschen Börse zugelassen sind, vorgenommen. In den regulären Handelsstunden haben die Teilnehmer durch ihren Computer Zugriff auf eine Übersicht von allen derzeit ausstehenden Kauf- und Verkaufsangeboten. Der Aktienhandel in Xetra findet an jedem Börsentag zwischen 8.30 Uhr und 17.00 Uhr statt. Xetra ist in die Frankfurter Wertpapierbörse integriert und an ihre Regeln und Vorschriften gebunden.

Die Vereinigung der Mitglieder der Frankfurter Wertpapierbörse veröffentlicht täglich im Namen der Frankfurter Wertpapierbörse eine Liste der Notierungen, die die festgesetzten Einheitskurse sowie die jährlichen Höchst- und Tiefstpreise aller gehandelten Wertpapiere enthält.

Die Geschäfte an der Frankfurter Wertpapierbörse werden am zweiten Geschäftstag nach dem Abschlußtag abgerechnet. Außerbörsliche Geschäfte (die etwa für große Volumina oder dann abgeschlossen werden, wenn eine der Parteien Ausländer ist) werden im allgemeinen auch am zweiten Geschäftstag nach dem Abschlußtag abgerechnet, wobei auch ein abweichender Zeitraum von den Parteien vereinbart werden kann. Aufgrund einer kürzlichen Änderung der von den deutschen Banken verwandten allgemeinen Geschäftsbedingungen für Wertpapiergeschäfte ("Sonderbedingungen für Wertpapiergeschäfte") müssen Kundenorder für börsennotierte Wertpapiere an der Börse ausgeführt werden, es sei denn, der Kunde erteilt ausdrücklich entgegenstehende Anweisungen. Die Notierung kann von der Frankfurter Wertpapierbörse ausgesetzt werden, falls der ordnungsgemäße Handel in dem Wertpapier vorübergehend gefährdet ist oder falls eine Aussetzung zum Schutz des Publikums geboten erscheint.

Der Handel an den deutschen Wertpapierbörsen wird vom Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel überwacht.



## BESTEuerung IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bezüglich der steuerlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland wird auf die folgenden ausgewählten Aspekte hingewiesen. Die Darstellung kann nicht den Anspruch erheben, sämtliche steuerliche Überlegungen, die für den Erwerb der angebotenen Aktien maßgeblich sein können, vollständig wiederzugeben. Den Erläuterungen wurden die im Zeitpunkt der Abfassung dieses Prospektes geltenden steuerlichen Bestimmungen in Deutschland zugrunde gelegt, die Veränderungen unterworfen sind, möglicherweise sogar mit Rückwirkung. Die Ausführungen beschränken sich darauf, auf die steuerliche Behandlung von Dividenden, Veräußerungsgewinnen sowie von Schenkungs- und Erbvorgängen einzugehen; die damit zusammenhängenden steuerlichen Fragen werden jedoch nicht erschöpfend behandelt. Die Erläuterungen gehen nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne Erwerber der Aktien von Bedeutung sein könnten. Im übrigen werden steuerliche Problemstellungen, die für in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen von Bedeutung sein können, nicht erörtert. Es wird mit Nachdruck empfohlen, bei steuerlichen Zweifelsfragen den eigenen Steuerberater zu konsultieren.

### *Besteuerung von Dividenden*

Dividenden, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Aktiengesellschaft an ihre ausländischen Anteilseigner ausschüttet, unterliegen der Kapitalertragsteuer in Höhe von 25% der Bruttodividende. Soweit ausländische Anteilseigner die Anwendung eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder der Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990 (sogenannte Mutter-/ Tochter-Richtlinie) beanspruchen können, werden im Einzelfall Steuerentlastungen gewährt. Ohne die Voraussetzungen für die letztgenannte Vergünstigungen an dieser Stelle im einzelnen erläutern zu können, finden diese Regelungen nur auf Muttergesellschaften Anwendung, die nach dem Steuerrecht eines Mitgliedstaates der Europäischen Union in bezug auf den steuerlichen Wohnsitz als in diesem Staat ansässig betrachtet werden.

Ausländische Anteilseigner haben möglicherweise Anspruch auf Steuerermäßigung hinsichtlich der auf die Dividende einbehaltenen Kapitalertragsteuer nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Der Anspruch auf Ermäßigung der Kapitalertragsteuer nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung muß allerdings durch den Anteilseigner gegenüber den deutschen Finanzbehörden im Erstattungswege geltend gemacht werden. Für Ausschüttungen an bestimmte Körperschaften, die die Voraussetzungen für einen besonderen ermäßigten Quellensteuersatz nach dem betreffenden Doppelbesteuerungsabkommen erfüllen, kann die ausschüttende Aktiengesellschaft unter bestimmten Bedingungen berechtigt sein, die Kapitalertragsteuer von vornherein nur nach dem ermäßigten Satz zu erheben.

Zufließende Dividenden unterliegen ferner dem Solidaritätszuschlag, der sich ab dem 1. Januar 1998 auf 5,5% der zu erhebenden Kapitalertragsteuer beläuft. Der Solidaritätszuschlag beträgt damit 1,375% der ausgeschütteten Bruttodividende. Je nach dem in einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vorgesehenen Höchstbetrag der zu erhebenden Kapitalertragsteuer steht ausländischen Anteilseignern möglicherweise ein Anspruch auf teilweise oder vollständige Erstattung des Solidaritätszuschlages zu, sofern nicht in bestimmten Fällen bereits seine Erhebung wegen Ermäßigung der Quellensteuer aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens unterbleiben kann.

Gehören die Aktien zum Vermögen einer inländischen Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung, die der ausländische Anteilseigner in Deutschland unterhält, erfolgt die Besteuerung wie bei einem in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Anteilseigner, der die Aktien seinem inländischen Betriebsvermögen gewidmet hat. Der Anteilseigner kann in diesem Falle die Vorteile des steuerlichen Anrechnungsverfahrens in Anspruch nehmen. Für in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Anteilseigner hat das körperschaftsteuerliche Anrechnungssystem die Vermeidung der Doppelbesteuerung zur Folge; im Ergebnis werden die der Dividende zugrundeliegenden Einkünfte dabei mit dem individuellen Einkommen- oder Körperschaftsteuersatz des Anteilseigners besteuert. Um dies bewerkstelligen zu können, wird der Kapitalertrag des Anteilseigners auf den Bruttobetrag (einschließlich der von der Gesellschaft gezahlten Körperschaftsteuer) aufgestockt; das heißt, von einer beschlossenen Dividende in Höhe von DM 70 fließen dem in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Anteilseigner unter Berücksichtigung des Solidaritätszuschlages zunächst DM 51,5375 in bar zu, DM 18,4625 werden ihm wegen einbehaltener Kapitalertragsteuer und wegen des Solidaritätszuschlages sowie DM 30 wegen der von der Gesellschaft gezahlten Körperschaftsteuer als Ausschüttungsbelastung angerechnet. Zu versteuern ist der Bruttobetrag von DM 100. Falls die aufgrund des persönlichen Steuersatzes festgesetzte Steuer (einschließlich 5,5% Solidaritätszuschlag) die Anrechnungsbeträge übersteigt, ergibt sich eine Steuernachzahlung. Übersteigen die Anrechnungsbeträge die festgesetzte Steuer (einschließlich Solidaritätszuschlag), ergibt sich ein Steuererstattungsanspruch.

Erträge aus Aktien, die zum Vermögen einer Betriebsstätte oder einer festen Geschäftseinrichtung einer ausländischen Körperschaft in Deutschland gehören, unterliegen auf der Ebene des Anteilseigners der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag in Höhe von insgesamt 42,2% (40% Körperschaftsteuer zuzüglich des Solidaritätszuschlages in Höhe von 5,5% des Steuerbetrages). Bei in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätten ausländischer Personengesellschaften oder natürlicher Personen gelten die individuellen Steuersätze, mindestens aber 25% (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Erträge aus Aktien, die zum Vermögen einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte gehören, unterliegen grundsätzlich auch der Gewerbesteuer auf den Gewerbeertrag. Die Übertragung der Dividende von einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung an das ausländische Stammhaus unterliegt keiner Kapitalertragsteuer.

### ***Besteuerung von Veräußerungsgewinnen***

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien durch einen beschränkt steuerpflichtigen Anteilseigner unterliegen nicht der deutschen Einkommensbesteuerung, es sei denn, daß

- (a) die Aktien zu einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte oder einer festen Geschäftseinrichtung gehören oder
- (b) der Anteilseigner zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der letzten 5 Jahre vor der Veräußerung am Nennkapital der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar nach geltendem Recht zu mindestens 10% beteiligt war. Die meisten Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland sehen vor, daß nicht in Deutschland ansässige Aktionäre, die keine Betriebsstätte in Deutschland unterhalten, mit solchen Veräußerungsgewinnen nicht der deutschen Einkommen- oder Körperschaftsteuer unterliegen.

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien unterliegen indes möglicherweise in anderen Staaten, zu denen der Anteilseigner einen Bezug hat, der Besteuerung. Sollte ein Veräußerungsgewinn im Fall (b) ausnahmsweise der deutschen Besteuerung unterliegen, so wird dieser nach den Änderungen durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 nicht mehr wie bisher bis zur Höhe von DM 15 Millionen zu dem halben durchschnittlichen Steuersatz besteuert, sondern unterliegt einheitlich dem Steuersatz unterliegen, der sich für die übrigen Einkünfte zuzüglich eines Fünftels des Veräußerungsgewinns ergibt (Progressionsmilderung).

### ***Erbschaft- und Schenkungsteuer***

Der Erwerb von Aktien, die von beschränkt steuerpflichtigen Anteilseignern gehalten werden, durch Erwerb von Todes wegen oder durch Schenkung unter Lebenden unterliegt nicht der deutschen Erbschaft- oder Schenkungsteuer, es sei denn, daß

- (a) die Aktien zum Vermögen einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte oder einer festen Geschäftseinrichtung des Anteilseigners gehören oder
- (b) der Erblasser, der Schenker oder der Erwerber, Inländer im Sinne des § 2 des ErbStG ist oder
- (c) der Anteilseigner entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahestehenden Personen am Nennkapital der Gesellschaft mindestens zu 10% unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

### ***Sonstige Steuern in der Bundesrepublik Deutschland***

Die Bundesrepublik Deutschland erhebt keine Börsenumsatz-, Gesellschaftsteuer, Stempelabgabe oder ähnliche Steuer auf die Übertragung von Aktien. Vermögensteuer wird für Veranlagungszeiträume nach dem 31. Dezember 1996 nicht mehr erhoben.

## **FINANZTEIL**

### **INHALTSVERZEICHNIS DER JAHRESABSCHLÜSSE**

#### **Konsolidierte Abschlüsse der Telegate AG (nach U.S. GAAP)**

Konsolidierte Bilanzen zum 31. Dezember 1997 und 1998

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre 1997 und 1998

Konsolidierte Kapitalflußrechnungen für die Geschäftsjahre 1997 und 1998

Konsolidierter Anhang für das Geschäftsjahr 1998 (nach U.S. GAAP)

#### **Einzelabschlüsse der Telegate AG (nach HGB)**

Bilanzen zum 31. Dezember 1996, 1997 und 1998

Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre 1996, 1997 und 1998

Anhang für das Geschäftsjahr 1998

**TELEGATE AG**  
**KONZERNABSCHLÜSSE (nach U.S. GAAP)**

**TELEGATE AG**

**KONZERNBILANZEN (nach U.S. GAAP)**

	<b>31. Dezember</b>	
	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>DM</i>	<i>DM</i>
<b>AKTIVA</b>		
Liquide Mittel.....	7.412.152	6.870.276
Festgelder.....	400.000	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, abzüglich Wert- berichtigungen von DM 543.739 zum 31.12.1998 bzw. DM 193 zum 31.12.1997.....	10.905.770	6.661
Andere Forderungen.....	138.748	820.497
Ausstehende Zuschüsse.....	1.879.425	3.106.537
Vorausbezahlte Umsatzsteuer.....	471.396	1.202.180
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstiges Umlaufvermögen.....	784.178	288.205
Umlaufvermögen insgesamt.....	21.991.669	12.294.356
Sachanlagen, netto.....	18.769.455	8.973.434
Darlehensforderungen gegen Aktionären.....	45.000	–
Immaterielle und andere Vermögensgegenstände.....	573.912	130.000
<b>AKTIVA INSGESAMT</b> .....	<b>41.380.036</b>	<b>21.397.790</b>
<b>PASSIVA</b>		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.....	13.400.289	10.995.621
Langfristige Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr.....	1.551.733	–
Sonstige Verbindlichkeiten.....	38.162	820.497
Abgegrenzter Zinsaufwand.....	2.445.323	880.467
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige Verbindlichkeiten.....	14.674.118	2.997.864
Kurzfristige Verbindlichkeiten insgesamt.....	32.109.625	15.694.449
Rückstellungen für Altersversorgung.....	153.382	–
Langfristige Verbindlichkeiten.....	20.324.412	17.084.739
<b>EIGENKAPITAL</b>		
Stammaktien, Nennwert DM 5; ausgegebene Aktien 290.000 (1998) bzw. 263.636 (1997).....	1.450.000	1.318.180
Kapitalrücklage.....	33.431.805	9.790.320
Bilanzverlust.....	(46.089.188)	(22.489.899)
<b>EIGENKAPITAL</b> insgesamt.....	<b>(11.207.383)</b>	<b>(11.381.398)</b>
<b>PASSIVA INSGESAMT</b> .....	<b>41.380.036</b>	<b>21.397.790</b>

*Der beigefügte Anhang ist Bestandteil dieser Jahresabschlüsse*

**TELEGATE AG**

**KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNGEN (nach U.S. GAAP)**

	<b>Geschäftsjahr zum 31. Dezember</b>	
	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>DM</i>	<i>DM</i>
Umsatzerlöse .....	79.361.082	10.269.691
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen .....	54.814.535	11.550.997
<b>Bruttoergebnis vom Umsatz .....</b>	<b>24.546.547</b>	<b>(1.281.306)</b>
Werbekosten .....	26.620.028	9.403.481
Personalkosten .....	6.215.933	2.805.048
Abschreibungen .....	5.420.861	2.240.857
Allgemeine Verwaltungskosten .....	8.208.411	3.639.567
	46.465.233	18.088.953
<b>Betriebsergebnis .....</b>	<b>(21.918.686)</b>	<b>(19.370.259)</b>
Zinsertrag .....	237.795	20.494
Zinsaufwand .....	1.955.635	911.995
Sonstige Erträge (Aufwendungen) .....	37.237	(1.349)
	(23.599.289)	(20.263.109)
Jahresfehlbetrag vor Steuern .....	(23.599.289)	(20.263.109)
Ertragssteuerentlastung (-aufwand) .....	-	-
<b>Jahresfehlbetrag .....</b>	<b>(23.599.289)</b>	<b>(20.263.109)</b>
Unverwässerter und verwässerter Verlust je Aktie .....	<b>(84,58)</b>	<b>(119,73)</b>
Anzahl der Aktien für die Berechnung des Gewinns je Aktie .....	279.015	169.238

*Der beigefügte Anhang ist Bestandteil dieser Jahresabschlüsse*

**TELEGATE AG**

**KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNGEN (nach U.S. GAAP)**

	<b>Geschäftsjahr zum 31. Dezember</b>	
	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>DM</i>	<i>DM</i>
Jahresfehlbetrag.....	(23.599.289)	(20.263.109)
Wertberichtigungen zur Anpassung des Reingewinns an den Mittelzufluß aus Betriebsstätigkeit		
Abschreibungen.....	5.420.860	2.240.856
Erlöse aus dem Abgang von Anlagevermögen.....	(33.000)	–
Wertberichtigung auf Forderungen .....	543.546	193
Veränderung bei Betriebsvermögen und -verbindlichkeiten:		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen .....	(11.442.655)	66.436
Sonstige Vermögensgegenstände.....	427.650	(1.816.728)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen .....	2.404.668	3.341.113
Sonstige Verbindlichkeiten .....	12.612.156	4.337.475
	(13.666.064)	(12.093.764)
Mittelabfluß aus laufender Geschäftstätigkeit .....		
Investitionstätigkeit:		
Zugänge zu Sachanlagen und immat. VG .....	(14.834.120)	(10.177.642)
Erlöse aus dem Abgang von Anlagevermögen.....	45.960	–
	(14.788.160)	(10.177.642)
Mittelabfluß aus Investitionstätigkeit.....		
Finanztätigkeit:		
Kapitaleinlagen .....	1.440.000	–
Einzahlungen aus Aktienemissionen .....	20.000.000	8.847.600
Einzahlungen aus öffentlichen Zuschüssen .....	3.556.100	2.823.500
Gesellschafterdarlehen .....	–	17.084.739
Einzahlungen aus der Aufnahme von Bankkrediten.....	5.500.000	–
Rückzahlung von Bankkrediten.....	(1.100.000)	–
Festgelder.....	(400.000)	–
	28.996.100	28.755.839
Mittelzufluß aus Finanzierungstätigkeit .....		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes .....	541.876	6.484.433
Finanzmittelbestand am Jahresanfang.....	6.870.276	385.843
	7.412.152	6.870.276
Finanzmittelbestand am Jahresende .....	7.412.152	6.870.276

*Der beigefügte Anhang ist Bestandteil dieser Jahresabschlüsse*

**TELEGATE AG**

**AUFSTELLUNG ÜBER VERÄNDERUNGEN DES EIGENKAPITALS IM KONZERN  
(nach U.S. GAAP)**

	<u>Aktien</u>	<u>Nennwert</u>	<u>Kapital- rücklage</u>	<u>Bilanz- verlust</u>	<u>Eigenkapital insgesamt</u>
		<i>DM</i>	<i>DM</i>	<i>DM</i>	<i>DM</i>
Stand am 1.1.1997.....	86.600	433.000	1.827.900	(2.226.790)	34.110
Aktienemission.....	177.036	885.180	7.962.421	–	8.847.601
Fehlbetrag .....	–	–	–	(20.263.109)	(20.263.109)
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
Stand am 31.12.1997.....	263.636	1.318.180	9.790.321	(22.489.899)	(11.381.398)
Aktienemission.....	26.364	131.820	19.868.180	–	20.000.000
Kapitaleinlage.....	–	–	1.440.000	–	1.440.000
Kapitaleinlage aus Schuldumwandlung.....	–	–	2.333.304	–	2.333.304
Fehlbetrag .....	–	–	–	(23.599.289)	(23.599.289)
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
Stand am 31.12.1998.....	290.000	1.450.000	33.431.805	(46.089.188)	(11.207.383)
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

*Der beigefügte Anhang ist Bestandteil dieser Jahresabschlüsse*



## KONSOLIDIRTER ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 1998 (nach U.S. GAAP)

### 1. Grundlagen der Bilanzierung

Die Telegate AG (die "Gesellschaft") erbringt Telefonauskunfts- und -vermittlungsdienstleistungen für private Kunden und Firmenkunden verschiedener deutscher Telefongesellschaften. Die Dienstleistungen werden derzeit ausschließlich in Deutschland erbracht.

Die beigefügten Konzernabschlüsse sind nach den Grundsätzen US-amerikanischer Rechnungslegung (U.S. GAAP) erstellt worden. Entsprechend den deutschen Vorschriften muß die Gesellschaft ihren Jahresabschluß nach den Regeln des Handelsgesetzbuches (HGB), das die in Deutschland geltenden Grundsätze ordnungsgemäßer Rechnungslegung enthält, erstellen und veröffentlichen. Die deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Rechnungslegung unterscheiden sich in einigen Punkten erheblich von den US-amerikanischen Grundsätzen. Deshalb hat die Gesellschaft bestimmte Anpassungen vorgenommen, um die beigefügten Konzernabschlüsse im Einklang mit den Grundsätzen der US-amerikanischen Rechnungslegung aufzustellen.

Von Anfang an hat die Gesellschaft ihre Geschäftstätigkeit vor allem durch Kapitaleinlagen und langfristige Kredite der Gesellschafter finanziert. Die Gesellschaft hat als Wachstumsunternehmen der Telekommunikationsbranche in der Start-up-Phase im Rahmen des Aufbaus des Geschäftsbetriebes in den ersten beiden Jahren, wie erwartet, erhebliche Anlaufverluste erlitten. Zum 31. Dezember 1998 beträgt das negative working capital der Gesellschaft DM 10.117.956. Während die Geschäftsleitung der Gesellschaft davon ausgeht, daß der Kapitalzufluß der zukünftigen Eigen- und Fremdfinanzierung sowie dem operativen Cash Flow von den gegenwärtigen Anteilseignern ausreichen wird, um den Bedarf der Gesellschaft an Betriebskapital zu decken, kann nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß diese Mittelzuflüsse zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ausreichen werden. Die beigefügten Jahresabschlüsse berücksichtigen diese Unsicherheiten nicht.

### 2. Zusammenfassung wesentlicher Bilanzierungsgrundsätze

#### *Konsolidierungsgrundsätze*

In die Konzernabschlüsse sind die Abschlüsse der Gesellschaft und soweit vorhanden ihrer Tochtergesellschaften einbezogen. Zu den in die Konzernabschlüsse einbezogenen Gesellschaften gehören betreffend den Konzernabschluß zum 31. Dezember 1997 die Telegate Neubrandenburg Gesellschaft für telefonische Informationsdienste mbH, Neubrandenburg, die Telegate Greifswald Gesellschaft für telefonische Informationsdienste mbH, Greifswald, und die Telegate Anklam Gesellschaft für telefonische Informationsdienste mbH, Anklam. Die Telegate Neubrandenburg Gesellschaft für telefonische Informationsdienste mbH sowie die Telegate Greifswald Gesellschaft für telefonische Informationsdienste mbH übertragen zum 1. Januar 1998 ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung im Wege der Verschmelzung gemäß §§ 2 Nr. 1, 46 ff., 60 ff. UmwG auf die Telegate AG (Verschmelzung durch Aufnahme). Im Konzernabschluß nach U.S. GAAP zum 31. Dezember 1998 ist daher einbezogene Tochtergesellschaft nur noch die Telegate Anklam Gesellschaft für telefonische Informationsdienste mbH. Alle bedeutenden Umsatzerlöse sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Gesellschaften wurden eliminiert.

#### *Ausweis der Umsatzerlöse in der Gewinn- und Verlustrechnung*

Die Gesellschaft weist Umsatzerlöse in der GuV aus, wenn Dienstleistungen erbracht worden sind. Umsatzerlöse werden auf der Grundlage der Anzahl und Dauer der von den Kunden über die Gesellschaft geführten Anrufe erfolgswirksam verbucht.

#### *Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen*

Die Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen umfassen im wesentlichen die Kosten für Leitungsgebühren und für den Zugang zur Teilnehmerdatenbank der Deutschen Telekom AG ("DTAG") sowie Personalaufwendungen für die Operatoren.

#### *Werbekosten*

Werbekosten werden zum Zeitpunkt ihres Anfalls als Aufwand verbucht.

#### *Liquide Mittel*

Die Gesellschaft betrachtet alle hochliquiden Anlagen mit ursprünglichen Laufzeiten von drei oder weniger Monaten als liquide Mittel.

### *Festgelder*

Festgelder, die zur Hinterlegung von Mietavalen bei Banken abgeschlossen wurden, sind getrennt von den liquiden Mitteln in den beigefügten Bilanzen ausgewiesen.

### *Immaterielle Vermögensgegenstände*

Immaterielle Vermögensgegenstände, welche Sprachlizenzen der Klasse 4, auf bestimmte Linien beschränkt, umfassen, werden jeweils linear über die Laufzeit der Lizenz abgeschrieben. Zum 31. Dezember 1998 betrug die Wertberichtigung auf Lizenzen DM 9.375. Zum 31. Dezember 1997 wurde keine Wertberichtigung auf immaterielle Vermögensgegenstände vorgenommen.

### *Sachanlagen*

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten ausgewiesen und im wesentlichen degressiv über die geschätzte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die zwischen 3 Jahren (Computer-Ausrüstung, außer Software) und 10 Jahren (Büro- und Geschäftseinrichtung) liegt, abgeschrieben. Erworbene Software wird linear über den Zeitraum von 3 bis 5 Jahren abgeschrieben.

### *Wertminderung langlebiger Vermögensgegenstände*

Langlebige Vermögensgegenstände (einschl. immaterieller Vermögensgegenstände) werden regelmäßig auf Wertminderung auf der Grundlage nicht abgezinster Cash Flows geprüft. Langlebige Vermögensgegenstände mit ausgewiesenen Werten, die erwartungsgemäß nicht durch zukünftige Cash Flows wiedererlangbar sind, werden auf den gegenwärtigen Zeitwert abgeschrieben. Der Zeitwert wird aus den geschätzten, abgezinnten zukünftigen Netto-Cash Flows bestimmt. Die Geschäftsleitung geht davon aus, daß ihre langlebigen Vermögensgegenstände realisierbar sind und daß eine Wertberichtigung aufgrund von Wertminderung nicht notwendig ist.

### *Forderungen aus öffentlichen Zuschüssen*

Investitionszuschüsse von Behörden zur Anschaffung von Sachanlagevermögen werden als Verringerung der Bewertungsgrundlage des betreffenden Sachanlagevermögens verbucht. Einarbeitungszuschüsse von Behörden in Form einer Erstattung der Gehälter für eingestellte Langzeitarbeitslose werden als Verringerung des Personalaufwands der Gesellschaft verbucht. Öffentliche Zuschüsse und Zulagen werden für bestimmte Investitionen im Rahmen von verschiedenen Beihilfeprogrammen gewährt. Die Behörden haben das Recht, die Verwendung der erhaltenen Zahlungen zu überprüfen.

### *Ertragsteuern*

Die Gesellschaft berechnet Ertragsteuern mit der *liability*-Methode. Bei diesem Verfahren werden latente Ertragssteuern aufgrund von zeitlichen Bewertungsunterschieden der Vermögens- und Schuldposten in der Handels- und Steuerbilanz gebildet, und zwar mit den Steuersätzen der Jahre, in denen sich die Unterschiede erwartungsgemäß umkehren werden. Die Auswirkung einer Änderung des Steuersatzes für aktive und passive latente Steuern wird in dem Zeitraum verbucht, in dem der Steuersatz geändert wird. Aktive latente Steuern werden wertberichtigt, wenn von der Geschäftsleitung nicht davon ausgegangen werden kann, daß die betreffende aktive Steuer ganz oder teilweise realisiert werden wird.

### *Zeitwert der Finanzinstrumente*

Der Buchwert von Finanzinstrumenten wie z. B. liquide Mittel, Finanzanlagen, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entspricht ungefähr dem Zeitwert der Finanzinstrumente, der wiederum auf der kurzfristigen Laufzeit dieser Instrumente basiert. Der Buchwert der Verbindlichkeiten der Gesellschaft ist dem Zeitwert angenähert, der mit Hilfe von abgezinnten Cash Flow-Analysen, die auf gegenwärtigen Neukredit-Zinsen für ähnliche Darlehenstypen basieren, geschätzt wird.

### *Schätzungen*

Die Aufstellung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsgemäßer Rechnungslegung erfordert Schätzungen und Annahmen durch die Geschäftsleitung, die die ausgewiesenen Beträge der Vermögens- und Schuldposten, den Ausweis der ungewissen Ansprüche und der ungewissen Verbindlichkeiten zum Abschlußstichtag des Jahresabschlusses und die ausgewiesenen Erlöse und Aufwendungen im Berichtszeitraum beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Schätzungen abweichen.

### Konzentration von Kreditrisiken

Die Gesellschaft wickelt ihr Geschäft mit einer Vielzahl von Kunden ab. Kreditrisiken verteilen sich somit auf eine große Anzahl von Kunden. Die Gesellschaft läßt den größten Teil ihrer Umsatzerlöse mit den Endkunden (96% bzw. 100% im Geschäftsjahr 1998 bzw. 1997) durch die DTAG zentral inkassieren. Zum 31. Dezember 1998 bzw. 1997 beliefen sich die Forderungen gegenüber der DTAG aus diesem Inkassovertrag auf 86% bzw. 100% der Gesamtforderung. Zudem ist die DTAG für die Telegate AG ein sehr wichtiger Vorleistungslieferant. Die Telegate AG hat von der DTAG das Leitungsnetz angemietet. Sie erhält über die Netzzuführung der DTAG einen Großteil der Anrufe sowie die für die telefonischen Auskunftsdienste erforderlichen Teilnehmerdaten. Sollte die DTAG ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, könnte dies negative Auswirkungen auf das Betriebsergebnis der Gesellschaft haben. Aufgrund der Finanz- und Ertragskraft der DTAG, den Verpflichtungen aus der Deregulierung des Telekommunikationsmarktes und der vorhandenen Notfallkonzepte, ist damit aus heutiger Sicht jedoch nicht zu rechnen.

### 3. Sachanlagen

Die Sachanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	Zum 31. Dezember	
	1998	1997
	DM	DM
Computer-Software	2.101.790	664.615
Technische Anlagen	16.170.234	8.038.531
Büro- und Geschäftseinrichtung	3.252.259	1.570.831
Finanzierungsleasing (technische Anlagen)	2.832.967	–
Anzahlungen auf Anlagevermögen	1.754.827	911.194
	<hr/>	<hr/>
	26.112.077	11.185.171
minus Wertberichtigung Finanzierungsleasing	(127.484)	–
minus Wertberichtigungen	(7.215.138)	(2.211.737)
	<hr/>	<hr/>
Sachanlagen, netto	18.769.455	8.973.434
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

### 4. Anlagen

Die Gesellschaft bilanzierte zum 31. Dezember 1997 sowie zum 31. Dezember 1998 ein Einlagenzertifikat (Sparbrief) von einem Kreditinstitut in Höhe von DM 50.000, das im Jahre 2001 fällig wird. Zum 31. Dezember 1998 bilanzierte die Gesellschaft auch eine Anlage in einem Investment-Fonds in Höhe von DM 303.720. Sowohl der Sparbrief als auch der Investment-Fonds sind als Sicherheiten für die Übernahme von Mietkautionsbürgschaften an Kreditinstitute verpfändet. Die Anlagen sind den immateriellen und anderen Vermögensgegenständen zugeordnet.

### 5. Leasinggegenstände

Die Gesellschaft least Einrichtungen und Ausrüstungen im Rahmen von langfristigen Operating-leasingverträgen. Die zukünftigen Mindestzahlungen aus den unkündbaren Operatingleasing- und Finanzierungsleasingverträgen mit ursprünglichen Laufzeiten von einem Jahr oder länger stellen sich wie folgt dar:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	Finanzierungsleasing	Operatingleasing
	DM	DM
1999	601.635	2.300.244
2000	601.635	2.281.850
2001	601.635	2.313.862
2002	601.635	2.217.235
2003	400.910	2.017.328
danach		5.478.787

Die Leasingkosten der Gesellschaft aus Mietverträgen beliefen sich insgesamt auf DM 1.409.458 zum 31. Dezember 1998 bzw. DM 478.069 zum 31. Dezember 1997.

## 6. Kurzfristige Kredite

Aufgrund von Vereinbarungen mit mehreren Banken stehen der Gesellschaft zum 31. Dezember 1998 Überziehungskredite von insgesamt DM 21.000.000 zur Verfügung. Der Zinssatz für diese Überziehungskredite beträgt 6,5%. Eine Gebühr für nicht in Anspruch genommene Beträge wird nicht erhoben. Zum 31. Dezember 1997 hatte die Gesellschaft DM 269.480 aus dem Überziehungskredit in Anspruch genommen. Zum 31. Dezember 1998 waren keine Beträge aus dem Überziehungskredit in Anspruch genommen.

## 7. Langfristige Verbindlichkeiten

Die langfristigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft zum 31. Dezember 1998 bestanden aus Darlehen von ehemaligen Gesellschaftern, einem Bankkredit und einer Finanzierungsleasing-Verpflichtung. Nach Maßgabe von Klauseln in den Verträgen über Gesellschafterdarlehen und gemäß deutschem Recht sind Tilgungsleistungen und Zinszahlungen durch die Gesellschaft auf solche Jahre beschränkt, in denen die Summe der Aktiva der Gesellschaft größer ist als die Summe der Passiva und in denen die Gesellschaft einen Reingewinn aus ihrer Geschäftstätigkeit erzielt. Die Darlehen werden wie folgt zusammengefaßt:

	<b>Zum 31. Dezember</b>	
	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>DM</i>	<i>DM</i>
6% besicherte Schuldverschreibung A, fällig in vier halbjährlichen Raten ab 30. Juni 2001.....	5.400.000	5.400.000
6% ungesicherte Wandelschuldverschreibung B, fällig in vier halbjährlichen Raten ab 30. Juni 2001 .....	3.101.480	3.684.739
6% ungesicherte Wandelschuldverschreibung C, fällig in vier halbjährlichen Raten ab 30. Juni 2001 .....	5.000.000	6.750.000
6% (mind. 2% über dem Basiszinssatz (früher: Diskontsatz) liegende) ungesicherte Schuldverschreibung D, fällig in vier halbjährlichen Raten ab 30. Juni 2001.....	1.250.000	1.250.000
Bankkredit, Tilgung und Zinsen fällig in jährlichen Zahlungen bis einschließlich Dezember 2002 .....	4.400.000	–
Finanzierungsleasing-Verpflichtung – Operator- Computerarbeitsplätze.....	2.724.665	–
	<hr/>	<hr/>
	21.876.145	17.084.739
Kurzfristig fällig werdender Teil der langfristigen Verbindlichkeiten.....	(1.551.733)	–
	<hr/>	<hr/>
	<u>20.324.412</u>	<u>17.084.739</u>

Die besicherte Schuldverschreibung A enthält eine Bestimmung über einen Rückzahlungsaufschlag in Höhe von 40% des Darlehensnennwerts. Dieser Aufschlag wird mit Hilfe der Barwertvergleichsmethode über die Laufzeit des Darlehens abgegrenzt und unter dem Posten "abgegrenzter Zinsaufwand" in den beigefügten Bilanzen ausgewiesen. Das Darlehen ist durch bestimmte, im Besitz der Gesellschaft befindliche Ausrüstungen gesichert.

Die ungesicherte Wandelschuldverschreibung B enthielt eine Option, die es dem Obligationsinhaber gestattete, DM 583.304 des Darlehensnennwerts in Stammaktien der Gesellschaft umzuwandeln. Im März 1998 hat der Aktionär die Option ausgeübt (siehe Punkt 10). Im April 1998 wurden Aktien auf einen anderen Aktionär übertragen.

Die ungesicherte Wandelschuldverschreibung C enthielt eine Option, die es dem Obligationsinhaber gestattete, DM 1.750.000 des Darlehensnennwerts in Stammaktien der Gesellschaft umzuwandeln. Im März 1998 hat der Aktionär die Option ausgeübt (siehe Punkt 10). Im Mai 1998 wurden Aktien an einen anderen Aktionär verkauft. Die Schuldverschreibung enthält auch eine Bestimmung über einen Rückzahlungsaufschlag in Höhe von 20% des Darlehensnennwerts. Dieser Aufschlag wird mit Hilfe der Barwertvergleichsmethode über die Laufzeit des Darlehens abgegrenzt und unter dem Posten "abgegrenzter Zinsaufwand" in den beigefügten

Bilanzen ausgewiesen. Der Aktionär hat seine Rechte und Pflichten aus der Wandelschuldverschreibung zum 31.12.1998 an einen anderen Aktionär verkauft.

Die Gesellschaft hat einen Investitionsdarlehensvertrag mit der Deutschen Bank, der ihr gestattet, bis zu DM 13.500.000 zu variablen Zinssätzen nicht über 5,5% zu leihen. Der durchschnittliche Zinssatz auf die geliehenen Mittel betrug 1998 4,3%.

Die Laufzeiten der langfristigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft für Geschäftsjahre nach dem 31. Dezember 1998 stellen sich wie folgt dar:

	<b>Zum 31. Dezember</b>
	<i>DM</i>
1999.....	1.551.733
2000.....	1.582.892
2001.....	8.991.947
2002.....	9.027.561
2003.....	438.705
danach .....	—

## 8. Altersversorgungspläne

Die Gesellschaft hat einen leistungsorientierten Versorgungsplan für die Mitglieder des Vorstandes mit Wirkung vom 31. Dezember 1998 aufgestellt. Die Versorgungsleistung ist ein im voraus festgelegter jährlicher Betrag, der ab dem Zeitpunkt, zu dem der Berechtigte das 65. Lebensjahr vollendet, zu zahlen ist. Alle Berechtigten sind mit unverfallbaren Pensionsansprüchen in den Plan eingebunden. Die folgende Tabelle zeigt die Dotierung des Plans und die erfolgswirksam verbuchten Beträge für den leistungsorientierten Versorgungsplan in den Konzernabschlüssen der Gesellschaft:

	<b>Zum 31. Dezember</b>
	<b>1998</b>
	<i>DM</i>
Prognose der Pensionsverpflichtung am Jahresanfang.....	—
Nicht erfolgswirksam verrechneter versicherungsmathematischer Gewinn .....	(8.584)
Nicht erfolgswirksam verrechneter aperiodischer Aufwand verteilt über die voraussichtliche Restdienstzeit der Aktiven.....	68.151
Pensionsaufwand .....	93.815
Prognose der Pensionsverpflichtung am Jahresende.....	153.382
Zeitwert des Planvermögens .....	—
Über den beizulegenden Wert des Planvermögens hinausgehende .....	153.382
Pensionsverpflichtung = Abgegrenzter Pensionsaufwand .....	153.382
Transitorische Aktiva .....	(59.567)
Pensionsaufwand .....	93.815

Die Gesellschaft nahm für die Schätzung der Pensionsverpflichtung einen Zinssatz von 6% an. Die Gesellschaft leistete zum 31. Dezember 1998 weder Beiträge zu dem Plan noch zahlte sie irgendwelche Leistungen aus dem Plan. Der Pensionsaufwand setzt sich 1998 wie folgt zusammen:

	<b>Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998</b>
	<u>DM</u>
Dienstzeitbezogener Aufwand .....	86.442
Zinsaufwand.....	4.275
Amortisation des aperiodischen Aufwands verteilt über die voraussichtliche Restdienstzeit der Aktiven.....	3.098
	<u>          </u>
Pensionsaufwand .....	93.815
	<u>          </u>

## 9. Ergebnis je Aktie

Die folgende Tabelle zeigt die Berechnung des Ergebnisses je Aktie.

	<b>Zum 31. Dezember</b>	
	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<u>DM</u>	<u>DM</u>
<b>Zähler:</b>		
Fehlbetrag – Zähler für unverwässerten und verwässerten Verlust je Aktie ...	(23.599.289)	(20.263.109)
	<u>          </u>	<u>          </u>
<b>Nenner:</b>		
Gewogenes Mittel der umlaufenden Aktien – Nenner für unverwässerten und verwässerten Verlust je Aktie.....	279.015	169.238
	<u>          </u>	<u>          </u>
Unverwässerter und verwässerter Verlust je Aktie .....	(84,58)	(119,73)
	<u>          </u>	<u>          </u>

Im Nenner für den verwässerten Verlust je Aktie sind die wandelbaren Schuldverschreibungen nicht enthalten, da die Behandlung der wandelbaren Schuldverschreibungen wie gewandelte Schuldverschreibungen einen der Verwässerung entgegenwirkenden Effekt hätte.

## 10. Eigenkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt DM 1.450.000,-. Durch Hauptversammlungsbeschluss vom 30. Dezember 1998 wurde die Erhöhung des Grundkapitals um bis zu DM 27.550.00,- durch Ausgabe von bis zu 5.510.000 Stammaktien beschlossen. Inhaber von Stammaktien haben eine Stimme je Aktie in allen Angelegenheiten, die den Aktionären zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Stammaktien sind nicht rückzahlbar und ohne Umtauschrechte.

Dividenden können nur aus dem ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn, der sich aus dem deutschen gesetzlichen Jahresabschluss ergibt, beschlossen und gezahlt werden. Außerdem können Dividenden nur in solchen Jahren, in denen die Gesellschaft einen Reingewinn erwirtschaftet, beschlossen und gezahlt werden.

Am 31. März 1998 haben zwei Aktionäre der Gesellschaft ihre Option auf Umwandlung eines Teils ihrer langfristigen Verbindlichkeiten in Eigenkapital ausgeübt. Anstelle der Ausgabe neuer Aktien wurden die umlaufenden Aktien der Gesellschaft mit Zustimmung der Optionsinhaber unter den vorhandenen Aktionären umverteilt, um die Prozentanteile der einzelnen Aktionäre am gezeichneten Kapital so anzupassen, wie sie sich bei Durchführung der Wandlung ergeben hätten. Folglich wurde die Umwandlung als Kapitaleinlage behandelt, was zu einer Erhöhung des Eigenkapitals um DM 2.333.304 führte.

## 11. Rückstellungen für Ertragsteuern

Die Dienstleistungen der Gesellschaft werden überwiegend in Deutschland erbracht. Aufgrund der aufgelaufenen Verluste hat die Gesellschaft in den Jahren zum 31. Dezember 1997 und zum 31. Dezember 1998 keine Rückstellungen für Ertragsteuern ausgewiesen.

Die latenten Steuern setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>Zum 31. Dezember</b>	
	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>DM</i>	<i>DM</i>
Aktive latente Steuern:		
Steuerliche Verlustvorträge.....	20.023.679	8.478.111
Sachanlagen.....	416.110	932.491
Andere Unterschiede.....	(6.574)	–
Aktive latente Steuern.....	20.433.215	9.410.602
Wertberichtigung.....	(20.433.215)	(9.410.602)
Aktive latente Steuern, wertberichtigt.....	–	–

Zum 31. Dezember 1998 standen der Gesellschaft kumulierte steuerliche Verlustvorträge in Höhe von etwa DM 48,4 Mio. zur Verfügung. Nach geltendem deutschem Steuerrecht können diese Verlustvorträge zur Verrechnung mit künftigen Gewinnen genutzt werden, wobei die Beschränkungen für die Nutzung von Verlustvorträgen im Zusammenhang mit Verschmelzungen zu beachten sind. Die Geschäftsleitung hat eine Wertberichtigung für alle aktiven latenten Steuern vorgenommen. Diese Wertberichtigung beruht auf der Unsicherheit der Einschätzungen der Geschäftsleitung hinsichtlich der Erzielung zukünftiger zu versteuernder Gewinne, die zur Realisierung dieser latenten Steuern notwendig sind. Falls die Gesellschaft dennoch zukünftig ausreichende zu versteuernde Gewinne erwirtschaften sollte, würde die Wertberichtigung ergebniswirksam storniert werden.

## 12. Cash Flows

Die Zinszahlungen beliefen sich zum 31. Dezember 1998 insgesamt auf DM 277.301 bzw. zum 31. Dezember 1997 auf DM 3.144. Die Gesellschaft zahlte im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998 Ertragsteuern in Höhe von DM 49.434 für Erträge aus kurzfristigen Anlagen (Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag). Die Gesellschaft zahlte im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 keine Ertragsteuern.

Im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998 finanzierte die Gesellschaft den Erwerb bestimmter Computer-Ausrüstungen durch den Abschluß eines Finanzierungsleasingvertrages.

## 13. Geschäfte zwischen wirtschaftlich nahestehenden Unternehmen

Wie ausführlicher in Punkt 7 beschrieben, hatte die Gesellschaft Darlehen von ihren ehemaligen Aktionären in Höhe von DM 14.751.480 zum 31. Dezember 1998 und DM 17.084.739 zum 31. Dezember 1997 erhalten.

Die Gesellschaft hat einem ihrer Aktionäre, der zugleich Mitglied des Vorstandes ist, ein Darlehen in Höhe von DM 45.000 zum 31. Dezember 1998 gewährt. Das Darlehen wird mit einem variablen Zinssatz entsprechend dem Basiszinssatz (vormals: Diskontsatz der Deutschen Bundesbank) verzinst. 1998 betrug der durchschnittliche Effektivzins etwa 2,5%. Tilgung und Zinsen sind jährlich fällig.

Im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 bezog die Gesellschaft Dienstleistungen von einem Aktionär in Höhe von DM 1.518.181. Die von einer anderen Gesellschaft bezogenen Dienstleistungen, die wiederum mit einem der Aktionär der Telegate verbunden war, beliefen sich auf DM 1.064.366 im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998 bzw. DM 98.573 im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997. Im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998 bezog die Gesellschaft weitere Dienstleistungen in Höhe von DM 37.694 von einem früheren Aktionär.

Wie unter Punkt 7 bereits ausführlicher dargelegt, hat die Telegate AG von einem früheren Aktionär ein Darlehen über DM 1.250.000 erhalten, das zu 6% zu verzinsen war. Von diesem früheren Aktionär bezog die Telegate Dienstleistungen in Höhe von DM 3.168.513.

#### 14. Haftungsverhältnisse

Zum 31. Dezember 1998 hatte die Gesellschaft offene Verpflichtungen aus Bestellobligo in Höhe von DM 4.417.093, die erwartungsgemäß im Geschäftsjahr 1999 anfallen werden.

Die Gesellschaft hat Verträge für Marketing- und EDV-Leistungen abgeschlossen. Die zukünftigen Mindestzahlungen im Rahmen der unkündbaren Verträge mit ursprünglichen Laufzeiten von einem Jahr oder mehr stellen sich wie folgt dar:

	<b>Geschäftsjahr zum 31. Dezember</b>
	<hr/> <i>DM</i>
1999.....	2.694.339
2000.....	2.490.008
2001.....	1.334.364
2002.....	1.334.364
2003.....	1.000.224
danach .....	497.520

Die Geschäftsleitung hat keine Kenntnisse von Sachverhalten, die zu bedeutsamen Verbindlichkeiten führen könnten, die zu wesentlichen negativen Auswirkung auf die Finanzlage oder das Betriebsergebnis der Gesellschaft führen könnten.

#### 15. Geschäftstätigkeit

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen aller Art, insbesondere die Erbringung operatorgestützter Auskunft- und Informationsdienste. Auf der Grundlage von Outsourcing-Verträgen werden diese Dienstleistungen auch für andere Telefongesellschaften in Deutschland erbracht.

#### 16. Jahr 2000/Euro-Umstellung

Viele Computersysteme und Anwendungen arbeiten derzeit mit zweistelligen Jahreszahlen. Folglich könnten Systeme mit zweistelligen Datumsfeldern das Jahr 2000 als 1900 oder gar nicht erkennen, was zu falschen Berechnungen oder Systemausfällen führen könnte.

Die Gesellschaft hat ihre Computersysteme dahingehend geprüft, ob sie das Jahr 2000 richtig erkennen können und ob die Funktionsfähigkeit der Systeme bei der Euro-Umstellung erhalten bleibt. Sie wendet die notwendigen internen und externen Mittel auf, um alle bedeutenden Systeme, die das Jahr 2000 bzw. die Euro-Umstellung nicht richtig erkennen, zu ersetzen, zu aktualisieren oder zu verändern. Die Gesellschaft erwartet, daß alle ihre Systeme und Anwendungen vor Ablauf des Jahres 1999 Jahr-2000 bzw. Euro-fähig sein werden. Die Gesellschaft hat auch das Ausmaß, in dem ihre Geschäftstätigkeit durch die Jahr-2000-Fähigkeit bzw. Euro-Umstellung ihrer Hauptkunden und -lieferanten beeinträchtigt werden könnte, untersucht. Die Gesellschaft hat keinen Alternativplan für den Fall eines Systemausfalls aufgrund des Jahr 2000/Euro-Problems, da sie davon überzeugt ist, daß alle ihre Computersysteme und Anwendungen sowie die ihrer Hauptkunden und -lieferanten Jahr-2000 bzw. Euro-fähig sein werden.

Aufgrund der Einschätzung der Geschäftsleitung und aktuellen Informationen wird nicht erwartet, daß die Kosten für das Jahr-2000/Euro-Umstellungs-Problem eine wesentliche negative Auswirkung auf die Finanzlage, das Betriebsergebnis oder den Kapitalfluß der Gesellschaft haben.

#### 17. Aktuelle Verlautbarung

Im März 1998 hat das AICPA (American Institute of Certified Public Accountants) das SOP 98-1 "Bilanzielle Behandlung der Kosten der für den internen Gebrauch entwickelten oder erworbenen Computer-Software" herausgegeben. Nach dieser Vorgabe muß Computer-Software, die die Kriterien für intern genutzte Software erfüllt, in der Projektvorlaufphase erfolgswirksam verbucht und danach aktiviert werden. Aktivierte Beträge müssen linear über die geschätzte Nutzungsdauer der Software abgeschrieben werden. Die Vorgabe gilt für nach



dem 15. Dezember 1998 beginnende Geschäftsjahre; eine frühere Anwendung ist gestattet. Die Gesellschaft erwartet nicht, daß sich SOP 98-1 wesentlich auf die Konzernbilanzen oder auf die Betriebsergebnisse auswirken wird.

**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS ZU DEN KONSOLIDierten  
ABSCHLÜSSEN UND DEN KONSOLIDierten KAPITALFLUSSRECHNUNGEN FÜR DIE  
GESCHÄFTSJAHRE 1997 UND 1998 (U.S. GAAP)**

An die Aktionäre und den Vorstand der Telegate AG, Planegg-Martinsried.

Wir haben die beigelegte Konzernbilanz der Telegate AG und ihrer Tochtergesellschaften ("Gesellschaft") zum 31. Dezember 1998 und 31. Dezember 1997 sowie die entsprechenden Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen, die Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals sowie die konsolidierten Cash Flow-Rechnungen für die zu diesem Stichtag endenden Geschäftsjahre geprüft. Für die Abschlüsse zeichnet die Geschäftsführung verantwortlich. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Abschluß auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung.

Die Prüfung haben wir gemäß den allgemein anerkannten Prüfungsgrundsätzen der Vereinigten Staaten von Amerika durchgeführt. Nach diesen Grundsätzen ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, daß ein hinreichend sicheres Urteil abgegeben werden kann, daß der Jahresabschluß frei von wesentlichen Falschaussagen ist. Eine Prüfung beinhaltet die Untersuchung der Nachweise für Beträge und Angaben im Abschluß auf der Grundlage von Stichproben. Eine Prüfung beinhaltet auch die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der wesentlichen, durch die Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Abschlusses. Wir sind der Auffassung, daß unsere Prüfung eine hinreichende Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt.

Nach unserer Überzeugung stellt der Abschluß in allen wesentlichen Belangen die Konzernvermögens- und -finanzlage der Telegate AG und ihrer Tochterunternehmen zum 31. Dezember 1998 und 31. Dezember 1997 sowie die Ertragslage und den Kapitalfluß für die abgelaufenen Geschäftsjahre in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Rechnungslegungsvorschriften in den Vereinigten Staaten von Amerika (US-GAAP) angemessen dar.

München, den 26. März 1999

**C&L Deutsche Revision  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

<b>Wagner</b>	<b>Straub</b>
<b>Wirtschaftsprüfer</b>	<b>Wirtschaftsprüfer</b>

**TELEGATE AG**  
**JAHRESABSCHLÜSSE (nach HGB)**

## BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 1998 (nach HGB)

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

	31.12.1998		31.12.1997	
	DM	DM	DM	DM
<b>Aktiva</b>				
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte .....	2.162.849,00		2,00	
2. Geleistete Anzahlungen .....	960.261,12	3.123.110,12	0,00	2,00
II Sachanlagen				
1. Technische Anlagen und Maschinen .....	14.624.620,00		0,00	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung .....	2.898.525,00		480.448,00	
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau .....	964.565,61	18.487.710,61	80.000,00	560.448,00
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen .....	100.000,00		300.000,00	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen			14.690.615,55	
3. Sonstige Ausleihungen .....	45.000,00	145.000,00		14.990.615,55
Summe Anlagevermögen .....		21.755.820,73		15.551.065,55
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen .....	11.444.480,15		0,00	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen .....	0,00		196.622,41	
3. Sonstige Vermögensgegenstände .....	2.591.975,38	14.036.455,53	2.116.547,56	2.313.169,97
II. Sonstige Wertpapiere .....		353.720,00		50.000,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten ...		7.812.156,82		7.023.844,76
Summe Umlaufvermögen .....		22.202.332,35		9.387.014,73
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				632.338,34
<b>D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ...</b>				14.056.163,90
<b>Summe der Aktiven .....</b>		<b>58.646.655,32</b>		<b>31.804.876,39</b>
<b>Passiva</b>				
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Gezeichnetes Kapital .....	1.450.000,00		1.318.180,00	
II. Kapitalrücklage .....	33.431.804,82		9.790.321,32	
III. Verlustvortrag .....	(17.847.797,43)		(1.702.482,00)	
IV. Jahresfehlbetrag, soweit durch Eigenkapital gedeckt .....	(17.034.007,39)	0,00	(9.406.019,32)	0,00
Jahresfehlbetrag insgesamt DM 31.090.171,29 (i.V.: 16.145.315,43) davon nicht durch Eigenkapital gedeckt (vgl. Posten D. der Aktivseite) DM14.056.163,90 (i.V.: 6.739.296,11)				
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen .....</b>		4.869.394,90		
<b>C. Rückstellungen</b>				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen .....	120.553,00			
2. Sonstige Rückstellungen .....	15.428.211,76	15.548.764,76	8.756.754,72	8.756.754,72
<b>D. Verbindlichkeiten</b>				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten .....	4.400.004,63		133.874,91	
2. Erhaltene Anzahlungen .....	38.161,94		820.497,25	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen .....	13.400.288,65		3.521.978,85	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht .....	0,00		18.233.387,49	
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen .....	99.706,46		243.214,90	
6. Sonstige Verbindlichkeiten .....	20.275.541,14	38.213.702,82	95.168,27	23.048.121,67
davon aus Steuern: DM 233.984,69 (i.V.: DM 71.845,54) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: DM 923.596,18 (i.V.: DM23.322,73)				
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten .....</b>		14.792,84		
<b>Summe der Passiven .....</b>		<b>58.646.655,32</b>		<b>31.804.876,39</b>

## BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 1997 (nach HGB)

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

	31.12.1997		31.12.1996	
	<i>DM</i>	<i>DM</i>	<i>DM</i>	<i>DM</i>
<b>Aktiva</b>				
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		2,00		4.330,00
II. Sachanlagen				
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung .....	480.448,00			177.126,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau .....	80.000,00	560.448,00		0,00
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen....	300.000,00		100.000,00	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen.....	14.690.615,55	14.990.615,55	3.927.015,85	4.027.015,85
<b>Summe Anlagevermögen</b> .....		15.551.065,55		4.208.471,85
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen .....	0,00		73.273,30	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen.....	196.622,41		3.248.404,96	
3. Sonstige Vermögensgegenstände.....	2.116.547,56	2.313.169,97	542.661,88	3.864.340,14
II. Sonstige Wertpapiere .....		50.000,00		75.000,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		7.023.844,76		110.094,35
<b>Summe Umlaufvermögen</b> .....		9.387.014,73		4.049.434,49
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b> .....		127.500,00		6.491,60
<b>D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>		6.739.296,11		0,00
<b>Summe der Aktiven</b> .....		31.804.876,39		8.264.397,94
<b>Passiva</b>				
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Gezeichnetes Kapital (bedingtes Kapital: DM 589.525,00) .....	1.318.180,00		433.000,00	
II. Kapitalrücklage .....	9.790.321,32		1.827.900,00	
III. Verlustvortrag .....	(1.702.482,00)		-	
IV. Jahresfehlbetrag, soweit durch Eigenkapital gedeckt. Jahresfehlbetrag insgesamt DM 16.145.315,43 davon nicht durch Eigenkapital gedeckt (vgl. Posten D. der Aktivseite) DM 6.739.296,11 .....	(9.406.019,32)	0,00	(1.702.482,00)	558.418,00
<b>B. Rückstellungen</b>				
Sonstige Rückstellungen .....		8.756.754,72		332.451,33
<b>C. Verbindlichkeiten</b>				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.	133.874,91		0,00	
2. Erhaltene Anzahlungen .....	820.497,25		0,00	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen .....	3.521.978,85		7.360.021,83	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht .	18.233.387,49		0,00	
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.....	243.214,90		0,00	
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: DM 71.845,54 (i.V.: DM 11.326,84) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: DM 23.322,73 (i.V.: DM 820,00) .....	95.168,27	23.048.121,67	13.506,78	7.373.528,61
<b>Summe der Passiven</b> .....		31.804.876,39		8.264.397,94

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT  
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 1998 (nach HGB)**

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

	1.1.-31.12.1998		1.1.-31.12.1997	
	DM	DM	DM	DM
1. Umsatzerlöse .....	79.550.330,36		10.255.421,37	
2. Sonstige betriebliche Erträge .....	11.936.574,87	91.486.905,23	6.124.264,58	16.379.685,95
3. Aufwendungen für bezogene Leistungen .....		34.623.064,57		8.580.269,96
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter .....	23.586.828,33		2.007.307,50	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung .....	4.506.876,00	28.093.704,33	155.249,58	2.162.557,08
davon für Altersversorgung: DM 112.892,00 (i.V.: DM 60.000,00)				
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen .....		6.760.117,85		180.036,15
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen .....		44.321.968,47		21.080.522,01
		(22.311.949,99)		(15.623.699,25)
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens .....	81.666,66		380.906,15	
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge ...	237.794,93		19.794,94	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen .....	1.867.656,16	(1.548.194,57)	911.650,91	(510.949,82)
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit .....		(23.860.144,56)		(16.134.649,07)
11. Außerordentliche Aufwendungen	7.172.201,91		0,00	
12. Außerordentliches Ergebnis .....		7.172.201,91		0,00
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag .....	49.434,07		5.245,53	
14. Sonstige Steuern .....	8.390,75	57.824,82	5.420,83	10.666,36
15. Jahresfehlbetrag .....		(31.090.171,29)		(16.145.315,43)

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT  
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 1997 (nach HGB)**

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

	1.1.-31.12.1997		7.8.-31.12.1996	
	<i>DM</i>	<i>DM</i>	<i>DM</i>	<i>DM</i>
1. Umsatzerlöse .....	10.255.421,37		177.788,73	
2. Sonstige betriebliche Erträge .....	6.124.264,58	16.379.685,95	6.979.092,23	7.156.880,96
3. Aufwendungen für bezogene Leistungen.....		8.580.269,96		205.972,42
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter .....	2.007.307,50		420.108,05	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: DM 60.000,00 (i.V.: DM 17.000,00) .....	155.249,58	2.162.557,08	35.823,90	455.931,95
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen .....		180.036,15		29.835,55
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen .....		21.080.522,01		8.170.046,58
		(15.623.699,25)		(1.704.905,54)
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens ...	380.906,15			
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge .....	19.794,94		2.968,15	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen.....	911.650,91	(510.949,82)	148,61	2.819,54
		(16.134.649,07)		(1.702.086,00)
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit				
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag....	5.245,53			
12. Sonstige Steuern .....	5.420,83	10.666,36		396,00
		(16.145.315,43)		(1.702.482,00)
13. Jahresfehlbetrag		(16.145.315,43)		(1.702.482,00)

## ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 1998

### A. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluß 1998

Der Jahresabschluß der Telegate AG, Planegg-Martinsried, (Firmierung bis 11.01.1999: Telegate Aktiengesellschaft für telefonische Informationsdienste) wurde nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Rechnungslegungsvorschriften des HGB sowie des Aktiengesetzes erstellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Im Geschäftsjahr 1998 fand eine gesellschaftsrechtliche Umstrukturierung der Telegate Gruppe statt, die sich wie folgt auf die Telegate AG auswirkte: Die unten genannten Call-Center der Telegate AG wurden bei ihrer Gründung gesellschaftsrechtlich als Gesellschaften mit beschränkter Haftung errichtet, so daß die Telegate AG bis zum 31.12.1997 alleinige Gesellschafterin der folgenden Gesellschaften war:

- Telegate Neubrandenburg Gesellschaft für telefonische Informationsdienste mbH, Neubrandenburg (im folgenden "Telegate Neubrandenburg GmbH");
- Telegate Greifswald Gesellschaft für telefonische Informationsdienste mbH, Greifswald (im folgenden "Telegate Greifswald GmbH");
- Telegate Anklam Gesellschaft für telefonische Informationsdienste mbH, Anklam (im folgenden "Telegate Anklam GmbH").

Mit Unternehmenskaufvertrag zwischen der Telegate AG und der Telegate Anklam GmbH vom 10. August 1998 wurden die Aktiva und Passiva der Telegate Anklam GmbH an die Telegate AG verkauft und übertragen. Die Übertragung der Vermögensgegenstände, Rechte, Pflichten und Verbindlichkeiten gemäß dieses Vertrages erfolgte mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31. Juli 1998, 24.00 Uhr.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 24. August 1998 zwischen der Telegate AG und der Telegate Neubrandenburg GmbH sowie der Telegate Greifswald GmbH übertrugen diese Tochtergesellschaften rückwirkend zum 1. Januar 1998 ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung im Wege der Verschmelzung gemäß §§ 2 Nr. 1, 46 ff., 60 ff. UmwG auf die Telegate AG (Verschmelzung durch Aufnahme). Von Beginn des 1. Januar 1998 gelten alle Handlungen und Geschäfte der Telegate Neubrandenburg GmbH und der Telegate Greifswald GmbH als für Rechnung der Telegate AG vorgenommen.

Diese Umstrukturierung hat somit zur Folge, daß der Betrieb sämtlicher Call-Center von der Telegate AG durchgeführt wird. Sowohl die Telegate Neubrandenburg GmbH als auch die Telegate Greifswald GmbH sind mit der Umstrukturierung untergegangen, der Mantel der Telegate Anklam GmbH bleibt jedoch bestehen.

### B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt.

Die **Sachanlagen** sind mit Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet, die im wesentlichen nach der degressiven Methode vorgenommen wurden. Die degressive Methode wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit mit Unternehmen aus der Telekommunikation und zur Berücksichtigung der besonderen Risiken aus der zukünftigen technischen Entwicklung des Telekommunikationsmarktes gewählt. Die Abschreibungen werden grundsätzlich mit den steuerlich höchstzulässigen Sätzen vorgenommen, steuerliche Vereinfachungsverfahren werden genutzt: Zugänge an beweglichen Gegenständen des Anlagevermögens werden gemäß der Vereinfachungsregel R 44 Abs. 2 S. 3 EStR im ersten Halbjahr mit dem vollen, bei späterem Zugang mit dem halben Jahressatz abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne von § 6 Abs. 2 EStG werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und sind im Anlagenspiegel als Zugang und Abgang ausgewiesen. Zugänge von Wirtschaftsgütern bis zu DM 100,- werden direkt als Aufwand gebucht.

Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesene 100%-ige Beteiligung an der Telegate Anklam GmbH wurde zu Anschaffungskosten bewertet.

**Forderungen** werden zum Nominalwert bilanziert. Für Ausfallrisiken werden Einzel- und Pauschalwertberichtigungen gebildet.



**Sonstige Vermögensgegenstände, Wertpapiere des Umlaufvermögens und flüssige Mittel** sind zum Nennbetrag angesetzt.

Die **Eigenkapitalposten** sind zum Nennbetrag bewertet.

Rechnungsgrundlage für die **Pensionsverpflichtung** gemäß § 6 a EStG i.V.m. 41 EStR gegenüber dem Vorstand der Telegate AG sind die Richttafeln von Dr. Klaus Heubeck aus 1983. Zur Abdiskontierung wurde ein Zinssatz von 6% zugrundegelegt.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen in ausreichendem Maße.

**Verbindlichkeiten** sind mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet.

## **C. Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz**

### **1. Anlagevermögen**

Die Aufgliederung und Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und der Abschreibungen ist im Anlagenspiegel dargestellt, der dem Anhang als Anlage beigelegt ist.

### **2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände**

Zum Bilanzstichtag sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TDM 11.444 ausgewiesen, die mit TDM 9.769 im wesentlichen gegenüber der Deutschen Telekom AG (DTAG) bestehen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen hauptsächlich die anteilige Forderung auf den bewilligten Investitionszuschuß, Vorsteuererstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt, Forderungen gegenüber dem Arbeitsamt für Ausbildungsmaßnahmen und Ansprüche aus einer Rückdeckungsversicherung.

### **3. Gezeichnetes Kapital**

Das gezeichnete Kapital wurde im Geschäftsjahr von DM 1.318.180 um DM 131.820 auf DM 1.450.000 erhöht und setzt sich aus 290.000 vinkulierten Namensaktien im Nennwert von je DM 5,00 zusammen.

### **4. Noch nicht durchgeführte Kapitalerhöhung**

Die Hauptversammlung hat am 30. Dezember 1998 eine Kapitalerhöhung um bis zu TDM 27.550 auf bis zu TDM 29.000 durch Ausgabe von bis zu 5.510.000 neuen vinkulierten Namensaktien mit einem Nennwert von je DM 5,- beschlossen. Diese Kapitalerhöhung war bis zum Ende des Berichtszeitraums noch nicht durchgeführt.

### **5. Kapitalrücklage**

Die Kapitalrücklage entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	<i>TDM</i>
Stand am 01.01.1998.....	9.790
Einstellung in die Kapitalrücklage im Geschäftsjahr 1998 .....	23.642
	<hr/>
Stand am 31.12.1998.....	33.432
	<hr/> <hr/>

### **6. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen**

Der Telegate AG wurden vom Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern und vom Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten, Bremen, Investitionszuschüsse aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in Verbindung mit Mitteln des "Europäischen Fonds für regionale Entwicklung" (nur Mecklenburg-Vorpommern) bewilligt. Diese Zuschüsse, die für den Aufbau und die Erweiterung von Call-Centern gewährt wurden, werden in der Bilanz als Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen ausgewiesen und entsprechend der Abschreibung der geförderten Vermögensgegenstände erfolgswirksam aufgelöst. Die Entwicklung des Sonderpostens zeigt die folgende Übersicht:

	<i>TDM</i>
<b>Stand am 01.01.1998</b> .....	0
Zugang aus Verschmelzung 01.01.1998 .....	3.788
Zugang aus Unternehmenskauf Telegate Anklam GmbH 01.08.1998.....	708
Einstellungen in den Sonderposten 1998 .....	2.101
Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens 1998 .....	(1.728)
	<hr/>
<b>Stand am 31.12.1998</b> .....	4.869
	<hr/> <hr/>

## 7. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im wesentlichen ausstehende Eingangsrechnungen (TDM 9.569), Kosten für den im 1. Halbjahr 1999 geplanten Börsengang (TDM 3.350), Beratungs-, Prozeß-, Jahresabschluß- und Prüfungskosten sowie den Personalbereich.

## 8. Verbindlichkeiten

Die Laufzeiten der Verbindlichkeiten lassen sich wie folgt darstellen:

<b>Laufzeit:</b>	<b>bis 1 Jahr</b>	<b>1-5 Jahre</b>	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>TDM</i>	<i>TDM</i>	<i>TDM</i>	<i>TDM</i>
Verbindlichkeiten gegenüber				
Banken .....	1.100	3.300	4.400	134
Erhaltene Anzahlungen .....	38	0	38	820
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen .....	13.400	0	13.400	3.522
Verbindlichkeiten gegenüber				
Beteiligungsunternehmen .....	0	0	0	18.233
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen				
Unternehmen .....	100	0	100	243
Sonstige Verbindlichkeiten .....	3.079	17.197	20.276	95
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	17.717	20.497	38.214	23.047
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Die sonstigen Verbindlichkeiten entfallen hauptsächlich auf vormalige Gesellschafterdarlehen einschließlich anteiliger Zinsabgrenzung und Rückzahlungsgagio (i.V. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen). Die wesentlichen weiteren Positionen dieses Postens sind Verbindlichkeiten aus dem Lohn- und Gehaltsbereich und Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Sicherungsübereignung der Call-Center-Ausstattungen (im wesentlichen workstations) und eine Abtretung der Kundenforderungen gesichert.

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 1. August 1997 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1997 Wandelschuldverschreibungen bis zu einem Gesamtbetrag von DM 10.434.783,68 auszugeben. Zum Erwerb der Wandelschuldverschreibungen wurden unter Ausschluß des Bezugsrechtes der übrigen Aktionäre Metro mit einem Betrag bis zu DM 6.750.000,00 und DIALOG mit einem Betrag bis zu DM 3.684.783,68 zugelassen.

Zum Zweck der Gewährung von Umtauschrechten in Aktien wurde eine bedingte Kapitalerhöhung von bis zu DM 589.525,00 durch die Ausgabe von bis zu 117.905 Namensaktien zu je DM 5,00 beschlossen. Der Vorstand wurde ermächtigt, die weiteren Einzelheiten des Umtauschs in Aktien festzulegen.

## Umtauschrecht I

Die Metro kann in Anspruch genommene Wandelschuldverschreibungen bis zur Höhe von DM 1.750.000,00 und DIALOG bis zur Höhe von DM 583.303,50 wie folgt in Aktien der Telegate AG umtauschen:

	Anzahl der Aktien	Nennbetrag der Aktien in DM	Aufgeld in DM	Summe
Metro Vermögensverwaltungsges. GmbH & Co. KG, Düsseldorf .....	19.773	98.865,00	1.651.135,00	1.750.000,00
DIALOG Beteiligungsges f. Komm.dienste mbH, Hannover .....	6.591	32.955,00	550.348,50	583.303,50
	<u>26.364</u>	<u>131.820,00</u>	<u>2.201.483,50</u>	<u>2.333.303,50</u>

Das entspricht DM 5,00 pro eingetauschter Aktie und DM 83,50 Aufgeld pro Aktie. Im Vertrag über die Bereinigung der Beteiligungsverhältnisse an der Telegate AG haben Metro und DIALOG auf ihre Rechte aus der Wandelschuldverschreibung (Umtauschrecht I) verzichtet.

## D. Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

### 1. Allgemeines

Aufgrund der oben erläuterten Umstrukturierung innerhalb der Telegate Gruppe ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahresangaben (i.V.: im Vorjahr) nur bedingt möglich. Zu ausgewählten Positionen wurden aus diesem Grund erläuternde Angaben gemacht.

### 2. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse und Anrufe des Geschäftsjahres zeigt die folgende Übersicht:

	1998		1997	
	Anrufe (in Tsd.)	TDM	Anrufe (in Tsd.)	TDM
Deutsche Inlandsauskunft.....	45.970	75.681	5.525	10.255
Sonstiges.....	1.789	3.869	0	0
	<u>47.759</u>	<u>79.550</u>	<u>5.525</u>	<u>10.255</u>

### 3. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TDM 11.937 (i.V. 6.124) betreffen im wesentlichen Einarbeitungszuschüsse des Arbeitsamtes für Operator (TDM 4.817, i.V. TDM 0), Weiterbelastungen an die Telegate Anklam GmbH (TDM 2.273, i.V. TDM 6.063 an alle Tochterunternehmen), Erträge aus der Einstellung der Forderung für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen (TDM 2.101, i.V. TDM 0) und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen (TDM 1.728, i.V. TDM 0). Die Weiterbelastungen beruhen auf für die Telegate Anklam GmbH verauslagten Kosten für fixe und variable Leitungs- und Datentransaktionskosten sowie für Bereitstellungsgebühren des Leitungsnetzes.

### 4. Personalaufwand

	1998	1997
	TDM	TDM
Löhne und Gehälter .....	23.587	2.007
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung.....	4.507	155
(davon: für Altersversorgung).....	(113)	(60)
	<u>28.094</u>	<u>2.162</u>

Die Personalaufwendungen des Vorjahres aus den Aktivitäten der ehemaligen Tochtergesellschaften der Telegate AG, die im Geschäftsjahr 1998 auf die Telegate AG verschmolzen bzw. per Unternehmenskauf übernommen wurden, beliefen sich auf TDM 4.202.

## 5. Abschreibungen

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden im Geschäftsjahr mit TDM 354 (i.V. TDM 4) abgeschrieben. Auf Sachanlagen wurden TDM 6.406 (i.V. TDM 119) Abschreibungen verrechnet. Dabei entfallen TDM 14 auf außerplanmäßige Abschreibungen und TDM 260 auf die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern.

## 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TDM 44.322, i.V. TDM 21.081) sind hauptsächlich Aufwendungen für Werbung (TDM 26.611, i.V. TDM 9.372), Fremdleistungen (TDM 6.580, i.V. TDM 9.130), Aufwendungen aus der Zuführung zum Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen (TDM 2.101, i.V. TDM 0), Rechts- und Beratungskosten (TDM 2.712, i.V. TDM 1.322), Miete (TDM 1.265, i.V. TDM 108) und Instandhaltungsaufwendungen (TDM 946, i.V. TDM 184) enthalten. Die Fremdleistungen betreffen die Umsatzweitergabe an die Telegate Anklam GmbH für ihre erbrachten Call-Center-Dientleistungen vom 1.1.1998 bis 31.7.1998)

## 7. Finanzergebnis

	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>TDM</i>	<i>TDM</i>
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens...	82	381
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge.....	238	20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(1.868)	(912)
	<u>(1.548)</u>	<u>(511)</u>

## 8. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis betrifft mit TDM 3.350 Kosten für den Börsengang und mit TDM 3.822 den Verschmelzungsverlust, der lediglich einen Buchverlust darstellt und im konsolidierten Abschluß eliminiert wurde, da er bereits in den Geschäftsjahren 1996 und 1997 angefallen ist.

## 9. Steuern

	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>TDM</i>	<i>TDM</i>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag .....	49	5
Sonstige Steuern .....	8	5
	<u>57</u>	<u>10</u>

In diesem Posten sind folgende Steuerarten enthalten: Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag, pauschale Lohnsteuer und Kfz-Steuer.

## E. Ergänzende Angaben

### 1. Anzahl der Mitarbeiter

Die Anzahl der Mitarbeiter verteilt sich im Geschäftsjahr 1998 folgendermaßen auf die drei Vorstandsbereiche:

	Stichtag 31.12.1998		Jahresdurchschnitt	
	<i>absolut</i>	<i>in Vollzeitköpfen</i>	<i>absolut</i>	<i>in Vollzeitköpfen</i>
Finanzen / Personal .....	19	19	13	13
Technik / Betrieb .....	1.257	922	983	738
(davon Operator) .....	(1.190)	(855)	(925)	(680)
Marketing / Vertrieb .....	7	7	6	6
	<u>1.283</u>	<u>948</u>	<u>1.002</u>	<u>757</u>

Im Vorjahr waren bei der Telegate AG durchschnittlich drei Angestellte und zwei Teilzeitkräfte beschäftigt. Bei den ehemaligen Tochtergesellschaften der Telegate AG, die im Geschäftsjahr 1998 auf die Telegate AG verschmolzen bzw. per Unternehmenskauf übernommen wurden, waren am 31.12.1997 insgesamt 368 Mitarbeiter beschäftigt (im Jahresdurchschnitt: 113).

### 2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>1998</b>	<b>1997</b>
	<i>TDM</i>	<i>TDM</i>
Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen .....	19.416	4.568
Verpflichtungen aus Wartungsverträgen .....	6.862	1.687
Bestellobligo .....	4.417	6.406
Verpflichtungen aus Werbeverträgen .....	2.485	1.990
	<u>33.180</u>	<u>14.651</u>

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen des Vorjahres aus den Aktivitäten der ehemaligen Tochtergesellschaften der Telegate AG, die im Geschäftsjahr 1998 auf die Telegate AG verschmolzen bzw. per Unternehmenskauf übernommen wurden, beliefen sich auf TDM 9.344.

Als Haftungsverhältnisse weist die Gesellschaft zum Stichtag im Anhang eine Patronatserklärung für die Telegate Anklam GmbH (TDM 2.000) und Mietbürgschaften (TDM 373) aus.

## F. Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Telegate AG ist alleinige Gesellschafterin der Telegate Anklam GmbH, wobei die beiden Gesellschaften gem. § 271 Abs. 2 HGB verbundene Unternehmen sind. Die Verpflichtung der Telegate AG zur Aufstellung eines Konzernabschlusses entfällt aufgrund der größenabhängigen Befreiung gem. § 293 Abs. 1 HGB. Das Ergebnis der Telegate Anklam GmbH für Telekommunikation belief sich im Geschäftsjahr 1998 auf TDM 533. Die Telegate Holding GmbH, Planegg, ist mehrheitlich an der Telegate AG beteiligt.

## **G. Angaben zu den Gesellschaftsorganen**

### **1. Aufsichtsrat**

Herr Günther H. Scheuten, Vorsitzender des Aufsichtsrates (bis 31.12.1998)  
Rechtsanwalt  
Hannover

Herr Richard Leitermann, stellvertretender Vorsitzender (bis 07.07.1998)  
Rechtsanwalt und Diplom-Kaufmann  
Frankfurt am Main

Herr Nir Tarlovsky (ab 07.07.1998)  
Vice President  
New York, USA

Herr Peter Titz, stellvertretender Vorsitzender ab 07.07.1998  
Direktor  
Oberwil, Schweiz

### **2. Vorstand**

Herr Peter Wunsch, Sprecher des Vorstandes bis 30.09.1998  
Diplom-Informatiker  
Gauting

Herr Dr. Klaus Harisch, Sprecher des Vorstandes ab 01.10.1998  
Diplom-Physiker  
München

Herr Dirk Roesing  
Diplom-Betriebswirt (BA)  
München

### **3. Bezüge des Aufsichtsrates und des Vorstandes**

Die Bezüge des Aufsichtsrates beliefen sich im Geschäftsjahr 1998 auf TDM 39 (i.V. TDM 55).

Die dem Vorstand gewährten Gesamtbezüge beliefen sich im Geschäftsjahr 1998 auf TDM 1.164 (i.V. TDM 980).

### **4. Ausleihungen**

Die Gesellschaft hat ein Darlehen in Höhe von TDM 60 an ein Vorstandsmitglied gewährt. Das Darlehen ist in vier gleichen Tilgungsraten in Höhe von TDM 15 jeweils zum 31.12.1998 – 2001 zu tilgen und in Höhe des Diskontsatzes der Deutschen Bundesbank zu verzinsen.

## **Lagebericht 1998 für die Telegate AG, Planegg-Martinsried**

Die Telegate Aktiengesellschaft für telefonische Informationsdienste wurde am 7. August 1996 in Herrsching am Ammersee gegründet und mit Wirkung vom 11. Januar 1999 in die Telegate AG umfirmiert.

### **Umsatzentwicklung und Produkte**

Seit Dezember 1996 bietet Telegate bundesweit Auskunftsdienstleistungen (Inlands- und Auslandsauskunft) über das Festnetz an; zunächst über die Rufnummer 0 11 99, seit Oktober 1997 über die neue Rufnummer 11 88 0. Seit dem 1. Januar bzw. 1. Februar 1998 ist Telegate über die Rufnummer 11 88 0 auch über Mobilfunk aus dem D2- sowie dem D1-Netz und seit dem 1. April 1998 aus dem e-plus-Netz erreichbar. Heute verfügt Telegate über 6 Call-Center, aus denen Auskunftsdienstleistungen erbracht werden. Neben dem Kerngeschäftsfeld telefonische Auskunftsdienstleistungen bietet Telegate weitere Dienstleistungen wie den Zugang zu Servicenummern, den Zugang zur Wetterauskunft und Weitervermittlung an. Die nachfolgende Tabelle demonstriert die Entwicklung des abgewickelten Anrufvolumens seit Aufnahme des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft bis Ende 1998.

Entwicklung der Calls pro Quartal:

1997				1998			
1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
0,351	0,425	0,499	4,250	8,424	9,673	13,051	16,611

Die Zahlen bedeuten Mio Calls.

Die durch die Deregulierung des Telekommunikationsmarktes bewirkte Preiserhöhung am Auskunftsmarkt hat zu einem kurzfristigen Rückgang der Nachfrage geführt. Aufgrund des weitgehend konjunkturunabhängigen Charakters der Dienstleistung geht die Gesellschaft von einem Marktwachstum in den nächsten Jahren aus.

Das bloße Anbieten von Auskunftsdiensten einschließlich der Terminierung von Anrufen durch Weitervermittlung ist lizenzfrei. Ein Auskunftsdienst bedarf jedoch der Zuteilung einer Rufnummer, deren Vergabe sich nach Vergaberichtlinien richtet, die von dem Bundesminister für Post und Telekommunikation (BMPT), Bonn aufgestellt wurden und eine Zuverlässigkeitsprüfung beinhalten.

Nach den derzeit geltenden vorläufigen Richtlinien dient ein Auskunftsdienst allein der Weitergabe von Nummern und Teilnehmerdaten; zulässig ist daneben die Weitervermittlung an eine vom Anfragenden gewünschte Teilnehmernummer. Informationsdienste, die nicht der Weitergabe von Nummern und Teilnehmerdaten dienen, können daher unter der Auskunftsnummer 11 88 0 nur in Form der Weitervermittlung erbracht werden.

Für das Angebot von Sprachtelefondiensten ist nach dem Telekommunikationsgesetz („TKG“) eine Lizenz erforderlich.

Die Telegate AG besitzt seit dem Februar 1999 eine bundesweite Sprachlizenz der Klasse 4, womit sie das Anrecht auf Netzzugangstarife mit der Deutsche Telekom AG auf Basis der Interconnection-Tarife hat.

Die von der DTAG Dritten (Lizenznehmern) für die Zurverfügungstellung von Daten in Rechnung gestellten Tarife müssen nach dem TKG angemessen sein.

Im Rahmen eines Mißbrauchsverfahrens hat das Bundeskartellamt Eckpunkte für eine vertragliche Einigung zwischen der DTAG und z. B. der Telegate AG definiert. Aufgrund dieser Eckpunkte ist zu erwarten, daß sich für Telegate nach Abschluß eines neuen Vertrages mit der DTAG die Datenkosten auf ein wirtschaftlich tragfähiges Maß reduzieren werden.

Das Ziel von Telegate besteht darin, der führende alternative Anbieter von Telefonauskunftsdienstleistungen neben der DTAG und ein führender Anbieter sonstiger Informationsdienstleistungen in Deutschland zu werden. Telegate beabsichtigt weiter, Informationsdienstleistungen mittelfristig auch im Ausland anzubieten und ihre technische Infrastruktur dazu zu benutzen, auch Sprachtelefondienstleistungen mit Spezialtarifen zu erbringen.

Telegate beabsichtigt, sich zum allgemeinen Informationsanbieter weiter zu entwickeln und deckt mit dem Zugang zur Wetterauskunft bereits einen ersten Service in diesem Bereich ab. Im Laufe des Jahres 1999 soll dieses Geschäftsfeld durch bundesweiten Zugang zu Kinoauskunft und Börsen- sowie Sportinformationen und danach durch kontinuierliche Hinzufügung weiterer Informationsdienstleistungen erweitert werden.

Im Bereich Call-Center Dienste erbringt Telegate bereits im Outsourcing Auskunftsdienste für die alternativen Telekommunikationsgesellschaften Mannesmann Arcor, debitel, o.tel.o und e-plus. Telegate beabsichtigt, ihre bestehenden Call-Center auch für andere Dienstleistungen Dritter (z. B. für Reservierungen, Bestellungen, Kundendienste) zwecks optimaler Ausnutzung ihrer Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Telegate beschafft sich derzeit die für Auskunftsdienstleistungen erforderlichen Daten von Dritten, insbesondere von der DTAG. Telegate wird zukünftig so beschaffte Daten selbst verwalten und pflegen, um diesen Datenbestand Dritten (etwa Marktforschungsunternehmen, Verlagen und allgemein Firmen für Mailingaktionen) gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen.

Telegate beabsichtigt, das in Deutschland gewonnene Know-how und die bei der Entwicklung des Auskunftsdienstes gewonnene Erfahrung in Abhängigkeit von den einzelstaatlichen Regulierungsrahmen dazu auszunutzen, um Auskunftsdienste auch in anderen Ländern Europas sowie in den USA anzubieten.

Dabei plant Telegate, in Europa zunächst nur eine ausschließlich über Mobilfunk erreichbare sogenannte Reiseauskunft anzubieten, bei der Urlaubern aus der Bundesrepublik Deutschland über Mobilfunk mittels einer speziellen Rufnummer der Zugang zu Telegate aus dem Ausland ermöglicht wird.

Telegate verfügt für die technische Abwicklung ihrer Auskunftsdienstleistungen über ein angemietetes Telekommunikationsnetz und eigene Vermittlungsstellen. Telegate beabsichtigt, diese Infrastruktur zwecks Ausnutzung von Synergien auch zum Anbieten von Sprachtelefondiensten im Festnetz in ausgewählten Bereichen einzusetzen (Netzzugangsnummer 0 10 80). Hierbei wird sich Telegate auf Sprachtelefondienste aus ausgewählten Großstädten konzentrieren und besonders günstige Tarife für Gespräche zwischen diesen Großstädten („city to city“) und von solchen Großstädten („city to nation“) anbieten.

### **Vermögens- und Ertragslage**

Seit Gründung der Gesellschaft wurden mehr als DM 25 Mio. in Vermögensgegenstände investiert, wobei der überwiegende Teil in den Auf- und Ausbau der technischen Infrastruktur für das Kerngeschäft entfiel.

Die Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag mit einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von TDM 14.056 bilanziell überschuldet. Die Rechtsfolgen hieraus sind für die Telegate AG durch Erklärungen, die den Charakter von Rangrücktrittserklärungen in bezug auf die bestehenden Darlehen von ehemaligen Gesellschaftern haben, zum Bilanzstichtag beseitigt.

Der Umsatzanstieg 1998 spiegelt die Ausweitung des Geschäftsbetriebes im Jahr 1998 mit einer kontinuierlichen Steigerung der Anzahl der Anrufe von knapp 8,4 Mio. im ersten Quartal 1998 auf 16,6 Mio. Anrufe im vierten Quartal 1998 wider. Bezogen auf die Umsatzerlöse zeigt sich eine signifikante Ergebnisverbesserung. Der relative Rückgang bei allen Kostenpositionen im Vergleich zu den Umsatzerlösen ist typisch für ein Wachstumsunternehmen. Bedingt durch hohe Anlaufkosten, insbesondere für die technische Ausstattung der Vermittlungseinrichtungen und Call-Center sowie eines brandbildenden übermäßigen Werbeaufwandes, konnte ein Überschuß noch nicht erzielt werden.

Bei planmäßiger Ertragsentwicklung in 1999 erwartet die Gesellschaft ein positives Ergebnis.

### **Verbundene Unternehmen**

Über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand nach § 312 AktG gesondert berichtet. Der Bericht enthält folgende abschließende Feststellung:

In Bezugnahme auf oben stehende Ausführungen erklären wir, daß unsere Gesellschaft nach den Umständen, die uns in den Zeitpunkten bekannt waren, in dem die vorgenannten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Andere berichtspflichtige Maßnahmen wurden weder getroffen noch unterlassen.

### **Voraussichtliche weitere Entwicklung**

Telegate operiert in einem Markt, der wesentlich durch die DTAG als ehemaligem Monopolnetzbetreiber geprägt ist. Bei einem Gesamtumsatz für Telefonauskunftsdienstleistungen in Deutschland von geschätzt DM 1 Mrd. im Jahr 1998 belief sich der Marktanteil von Telegate auf ca 10 %. Die Gesellschaft konkurriert in Gestalt der DTAG mit einem Unternehmen, welches über erheblich größere finanzielle Ressourcen und einen wesentlich höheren Bekanntheitsgrad als Telegate verfügt. Telegate betreibt Wettbewerb vor allem mit den Faktoren Qualität und Service bei einem wettbewerbsorientierten Preis. In der jüngeren Vergangenheit hat die



DTAG ihre Preise für Telefonauskünfte erhöht, um ihre Verluste in diesem Geschäftsfeld zu senken und damit dem Vorwurf der Quersubventionierung zu begegnen.

Telegate AG ist der Auffassung, daß das Unternehmen durch seinen zeitlichen Vorsprung in bezug auf den Markteintritt und die damit aufgebauten Markteintrittsbarrieren gute Voraussetzungen geschaffen hat, seine Wettbewerbsposition konsequent auszubauen und zu sichern.

Telegate unterhält ein auf angemieteten Standleitungen der DTAG basierendes Netzwerk. Die Gesellschaft hat mit der DTAG einen Vertrag über den besonderen Netzzugang geschlossen, der die Zuführung und Übergabe von Anrufen aus dem Festnetz der DTAG in das Netzwerk der Telegate regelt. Die Vermittlungsstellen des Telegate-Netzwerkes verfügen jeweils über eine bestimmte Anzahl von sog. Interconnect Anschlüssen (ICA), d. h. technischen Vorrichtungen, über die Verbindungen vom Netz der DTAG aufgenommen werden. Diese Interconnect Anschlüsse werden derzeit nur von der DTAG (gegen Entgelt) zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, daß die DTAG, soweit bei einem Anstieg der Zahl der von Telegate abgewickelten Anrufe eine entsprechend höhere Zahl von Interconnect Anschlüssen benötigt wird, diese zeitgerecht zur Verfügung stellt.

Das Kerngeschäftsfeld von Telegate bilden bislang Auskunftsdienstleistungen. Telegate beabsichtigt, sich als allgemeiner Informationsanbieter weiterzuentwickeln und ihre Netzinfrastruktur auch zum Angebot von Sprachtelefonie mit Spezialtarifen im Festnetz zu benutzen. Die Möglichkeit des Angebots von allgemeinen Informationsdienstleistungen durch Telegate unter der Rufnummer 11 88 0 wird durch regulatorische Rahmenbedingungen begrenzt, insbesondere durch die vorläufigen Regeln für die Zuteilung von Rufnummern für Auskunftsdienste, die von der zuständigen Behörde, soweit erforderlich, geändert werden können.

Der Wettbewerb im Bereich der Sprachtelefonie ist außerordentlich hart und durch Unsicherheiten bei der Auslegung regulatorischer Rahmenbedingungen gekennzeichnet; es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß zukünftig regulatorische Rahmenbedingungen zu Ungunsten alternativer Netzbetreiber geändert werden. Es gibt daher keine Gewähr dafür, daß Telegate sich weitere Geschäftsfelder erfolgreich erschließen kann. Sollte dies nicht der Fall sein, wären die damit in Zusammenhang stehenden Investitionen unrentabel; dies hätte einen nachteiligen Effekt auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Zur Sicherung des Fortbestandes des Unternehmens durch die Zuführung neuen Kapitals plant die Gesellschaft die Zulassung zum geregelten Markt mit Aufnahme des Handels im neuen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse. Die Geschäftsführung geht davon aus, daß die Gesellschaft Ende April am neuen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse notiert sein wird.

Planegg/Martinsried, den 12. März 1999

Der Vorstand

**BESTÄTIGUNGSVERMERKE DES ABSCHLUSSPRÜFERS ZU DEN  
EINZELABSCHLÜSSEN FÜR DIE GESCHÄFTSJAHRE 1996, 1997 UND 1998 (HGB)**

Die Jahresabschlüsse der Telegate AG (bis zum 11.1.1999 firmierend als Telegate Aktiengesellschaft für telefonische Informationsdienste) für die Geschäftsjahre 1996, 1997 und 1998 sind mit den nachfolgend im Wortlaut wiedergegebenen Bestätigungsvermerken versehen worden:

**Telegate Aktiengesellschaft für telefonische Informationsdienste**  
Jahresabschluß zum 31. Dezember 1996  
**Bestätigungsvermerk**

“Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.”

München, den 19. Juni 1997

**C&L Deutsche Revision**  
**Aktiengesellschaft**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

**Eiber**                      **Bartl**  
**Wirtschaftsprüfer**      **Wirtschaftsprüfer**

**Telegate Aktiengesellschaft für telefonische Informationsdienste**  
Jahresabschluß zum 31. Dezember 1997  
**Bestätigungsvermerk**

“Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.”

München, den 26. Juni 1998

**C&L Deutsche Revision**  
**Aktiengesellschaft**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

**Wagner**                      **Straub**  
**Wirtschaftsprüfer**      **Wirtschaftsprüfer**

**Telegate Aktiengesellschaft für telefonische Informationsdienste**

Jahresabschluß zum 31. Dezember 1998

**Bestätigungsvermerk**

“Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.”

München, den 12. März 1999

**C&L Deutsche Revision  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

**Wagner  
Wirtschaftsprüfer**

**Straub  
Wirtschaftsprüfer**

## GESCHÄFTSENTWICKLUNG UND AUSBLICK

Die Geschäftsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 1999 weist auf eine Fortsetzung des positiven Geschäftsverlaufes des vergangenen Jahres hin. Die Anzahl der abgearbeiteten Anrufe konnte im ersten Quartal 1999 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 8,4 Mio. auf 19,5 Mio. gesteigert werden. Im Januar 1999 wies die Gesellschaft einen Umsatz von DM 9,6 Mio., im Februar von DM 9,9 Mio. aus. Die bisherige Entwicklung der Kosten bestätigt die Prognosen im Rahmen der Unternehmensplanung. Nach der ungeprüften internen Kostenrechnung der Gesellschaft wurden die nach dem Regelwerk Neuer Markt bestehenden Eigenkapitalanforderungen von Euro 1.500.000 zum 31. März 1999 erfüllt. Dabei wurde das Eigenkapital um die Rückstellungen für die voraussichtlichen Kosten des Börsengangs bereinigt. Die dem Börsengang vorangehende Durchführung und Eintragung der am 12. April 1999 beschlossenen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital um nominal Euro 2.000.000 wurde bei der vorstehenden Ermittlung des Eigenkapitals noch nicht berücksichtigt. Vor dem Hintergrund eines weiterhin dynamischen Umsatzwachstums und der Realisierung sich einstellender Kostendegressionseffekte durch eine bessere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten ist für die nächsten Jahre eine gegenüber der Vergangenheit verbesserte Ergebnisentwicklung der Gesellschaft zu erwarten. Zudem zeichnet sich aufgrund einer im Januar 1999 zwischen dem Bundeskartellamt und der DTAG erzielten Einigung bezüglich der Angemessenheit der Preisgestaltung bei der Bereitstellung von Teilnehmerdaten durch die DTAG eine merkliche Reduzierung der Datenzugriffskosten und damit eines zentralen Kostenfaktors für die Erbringung von Auskunftsdienstleistungen ab. Die Gesellschaft erwartet daher aus derzeitiger Sicht, daß sich ihr Ergebnis im Geschäftsjahr 1999 gegenüber der Verlusthöhe des Vorjahres verbessern wird. Hierfür gibt es jedoch keine Gewähr, siehe hinsichtlich der Risiken der zukünftigen Geschäftsentwicklung auch "Risikofaktoren", insbesondere "Kurze Unternehmensdauer; Anlaufverluste".

In den nächsten Monaten wird die Telegate das vorhandene Service-Portfolio kontinuierlich erweitern und die internationale Ausdehnung der Geschäftsaktivitäten forcieren. Zu diesem Zweck erfolgt ein sukzessiver Aufbau der Call-Center Kapazitäten im Inland sowie gegebenenfalls auch im Ausland. Insbesondere durch die weitere Verbesserung der bereits hohen Servicequalität, einer sukzessiven Verbreiterung des Dienstleistungsportfolios und der Umsetzung einer integrierten Produkt- und Marketingstrategie strebt die Telegate an, ihren Marktanteil weiterhin auszubauen. Dabei wird durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder (z.B. Datenvermarktung und Telefonie) sowohl eine Diversifizierung des Dienstleistungsportfolios als auch die Nutzung vorhandener Synergiepotentiale angestrebt

Die Umsetzung der internationalen Ausdehnungsstrategie der Telegate wird in erheblichem Maße vom Fortschritt der Deregulierung der Telekommunikations- bzw. Auskunftsmärkte in den entsprechenden Zielländern bestimmt werden. Aufgrund der Tatsache, daß Telegate bereits in Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Öffnung des Auskunftsmarktes für den Wettbewerb geleistet hat, hat sich die Gesellschaft das Ziel gesetzt, diesbezüglich auch in den Zielländern ihrer internationalen Expansion eine aktive Rolle zu übernehmen.

Zur Umsetzung der beschriebenen Ziele hat die Gesellschaft bereits frühzeitig begonnen, ein leistungsfähiges Managementteam aufzubauen. Sie ist sich jedoch bewußt, daß zur Bewältigung des angestrebten Wachstums die Verpflichtung weiterer hochqualifizierter Mitarbeiter und der Ausbau einer gut funktionierenden Organisationsstruktur von essentieller Bedeutung sind. Zudem soll auch durch den Aufbau strategischer Partnerschaften der langfristige Erfolg der Gesellschaft gesichert werden.

München, den 20. April 1999

Telegate AG

Aufgrund dieses Prospekts sind

die

**Euro 12.730.000,-  
Stück 12.730.000 Inhaberstammaktien  
ohne Nennbetrag (Stückaktien)**

**mit einem rechnerischen Nennbetrag von jeweils Euro 1 und jeweils mit voller  
Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 1999**

der

**TELEGATE AG  
Planegg (Landkreis München)**

zum Regelten Markt mit Aufnahme des Handels  
**im Neuen Markt**

an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen worden.

Frankfurt am Main, den 20. April 1999

**Morgan Stanley Bank AG**

**DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank AG**

**Credit Suisse First Boston Aktiengesellschaft**

**Sal. Oppenheim jr. & Cie.  
Kommanditgesellschaft auf Aktien**

**Bankhaus Reuschel & Co.**

**Landesbank Sachsen  
Girozentrale**







[www.telegate.de](http://www.telegate.de)